

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1987/88

17.05.1990 - Plenarprotokoll 64. Sitzung

# 64. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Mai 1990

## Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	4241	Abg. Brückner (SPD) . . . . .	4274
<b>Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße vom 19. April 1990</b> (Drucksache 12/844)		Abg. Kudella (CDU) . . . . .	4275
D a z u		Abg. Dr. Koring (SPD) . . . . .	4278
<b>Minderheitenvoten des Vertreters der FDP-Fraktion und der Vertreterin der Fraktion DIE GRÜNEN vom 2. Mai 1990</b> (Drucksache 12/858)		Abg. Frau Dr. Schumann (DIE GRÜNEN) . . . . .	4284
<b>Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Bekämpfung der Amterpatronage)</b>		Senator für Gesundheit und für Bundesangelegenheiten Frau Dr. Rüdiger . . . . .	4287
Antrag der Fraktion der FDP vom 26. März 1990 (Drucksache 12/830)		Abg. Jäger (FDP) . . . . .	4290
1. Lesung		Abg. Dittbrenner (SPD) . . . . .	4294
<b>Ausstehende Konsequenzen aus dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße“</b>		Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) . . . . .	4296
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Mai 1990 (Drucksache 12/869)		Abg. Metz (CDU) . . . . .	4298
Abg. Lojewski, Berichterstatter . . . . .	4241	Abstimmung . . . . .	4300
Abg. Klein (CDU) . . . . .	4245	<b>Stand der Übersiedlung von Bürgerinnen und Bürgern aus der DDR nach den Wahlen in der DDR nach Bremen</b>	
Abg. Frau Dr. Schumann (DIE GRÜNEN) . . . . .	4252	Mitteilung des Senats vom 19. März 1990 (Drucksache 12/820) . . . . .	4301
Abg. Welke (FDP) . . . . .	4257	<b>12. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 29. März 1990</b> (Drucksache 12/815) . . . . .	4301
Abg. Lojewski (SPD) . . . . .	4263	<b>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37 vom 17. April 1990</b> (Drucksache 12/845) . . . . .	4301
Ordnungsrufe für den Abg. Altermann (DVU)	4268	<b>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 23. April 1990</b> (Drucksache 12/848) . . . . .	4301
Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung . . . . .	4269		
Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit . . . . .	4270		

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 39  
vom 7. Mai 1990**

(Drucksache 12/865) ..... 4301

**Wahl eines Bremerhavener Mitglieds der De-  
putation für Wirtschaft, Technologie und Au-  
ßenhandel** .....

4302

**Wahl eines Bremerhavener Mitglieds der De-  
putation für Jugendhilfe** ..... 4302**Wahl eines Mitglieds der Deputation für den  
Fischereihafen in Bremerhaven** ..... 4302

E n t s c h u l d i g t fehlen die Abgeordneten Frehe, Frau Jahnke, Ravens, Tepperwien.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Frau Leinemann**

**Schriftführer Frau Lenz**

**Vizepräsident v. d. Schulenburg**

---

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit

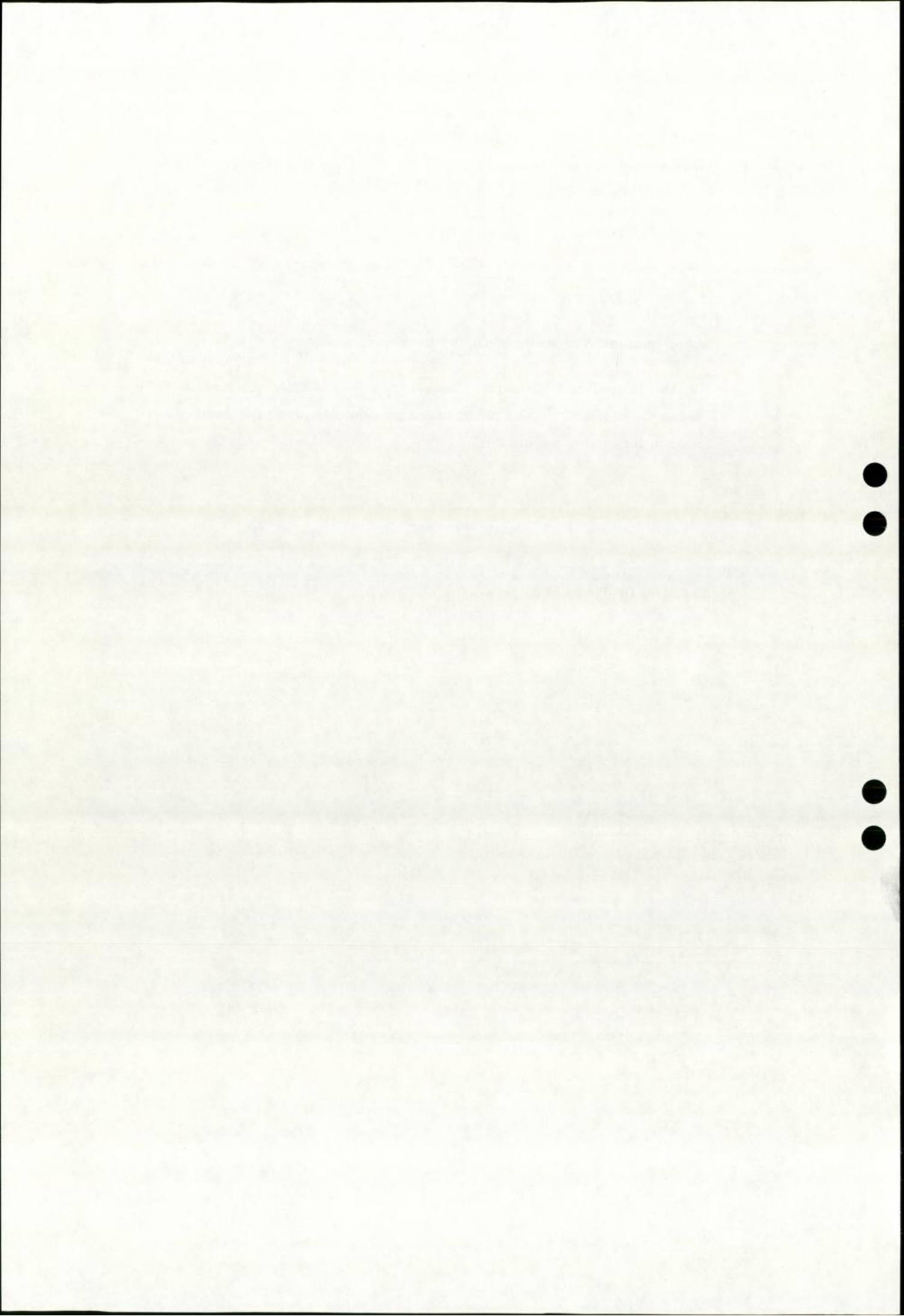
Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und für das Bauwesen **Kunick** (SPD)

Senator für Gesundheit und für Bundesangelegenheiten Frau **Dr. Rüdiger** (SPD)

Senator für Inneres **Sakuth** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Fuchs** (Senatskanzlei)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.46 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 64. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Hauswirtschaftlichen Berufsschule am Schulzentrum Neustadt, eine Klasse vom Schulzentrum Waller Ring, eine Klasse der Berufsschule für Gestaltung und eine Gruppe von Aussiedlern der Sprachschule „Dialog e. V.“

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Den Eingang bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

**Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

Konsequenzen aus dem Fünften Gesetz zur Änderung besoldungsmäßiger Vorschriften (Beschluß des Bundesrates vom 11. Mai 1990)

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 16. Mai 1990  
(Drucksache 12/875)

Die Anfrage kommt auf die Tagesordnung der Juni-Sitzungen.

(B)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat zu Beginn der gestrigen Sitzung beschlossen, am heutigen Tag die Aussprache über den Bericht des Untersuchungsausschusses ZKH St.-Jürgen-Straße durchzuführen. Ich rufe daher auf:

**Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße vom 19. April 1990**

(Drucksache 12/844)

D a z u

**Minderheitenvoten des Vertreters der FDP-Fraktion und der Vertreterin der Fraktion DIE GRÜNEN vom 2. Mai 1990**

(Drucksache 12/858)

Wir verbinden hiermit:

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Bekämpfung der Ämterpatronage)**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 26. März 1990  
(Drucksache 12/830)  
1. Lesung

**Ausstehende Konsequenzen aus dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße** (C)

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 1990  
(Drucksache 12/869)

Wir kommen zur ersten Lesung über den Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Wir haben uns vorgenommen, daß der Berichtserstatter bis zirka 30 Minuten erhält und daß die Redezeit je Fraktion dann bis zu 75 Minuten betragen kann, wobei die Fraktionen selbst über die Aufteilung der Zeit bestimmen können.

Nach dem Berichtserstatter würde ich das Wort geben dem Vertreter der CDU-Fraktion, dann dem der Fraktion DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP und dann der Fraktion der SPD, und dann hätte der Senat die Möglichkeit, sich einzuschalten, und dann beginnt eine neue Runde. Das zur Reihenfolge!

Meine Damen und Herren, ich gebe das Wort dem Berichtserstatter, dem Abgeordneten Lojewski.

Abg. **Lojewski**, Berichtserstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 29. Februar 1988 setzte dieses Parlament einen Untersuchungsausschuß auf Antrag der CDU mit Ergänzungen der GRÜNEN ein zur Aufklärung der Mißstände im Krankenhaus St.-Jürgen-Straße. Der Einsetzung ging voraus eine Berichterstattung in der Presse über eventuelle Mißstände und Unregelmäßigkeiten. (D)

Als bald nahm der Untersuchungsausschuß seine Arbeit auf. Er hatte umfangreiche Zeugenvernehmungen zu bewältigen. Er hat 170 Zeugen gehört in 70 öffentlichen Sitzungen, er hat zirka 90 nicht-öffentliche Sitzungen hinter sich gebracht. Nach nunmehr über zwei Jahren diskutieren wir den vorliegenden Bericht nach sehr intensiver und gründlicher Arbeit. Ich glaube, daß das Ergebnis dieses Berichts sich sehen lassen kann und den Ansprüchen an einen Bericht eines Untersuchungsausschusses gerecht wird.

Dies war keine Arbeit von uns allein. Dies war auch die Arbeit der Mitarbeiter, ich nenne Herrn Dr. Wilken, ich nenne Herrn Härtl, ich nenne Herrn Puls, die einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Arbeit geleistet haben. Das gilt gleichfalls für die Protokollführung, das gilt gleichfalls für die Technik, meinen herzlichen Dank!

(Beifall)

Mein Dank gilt auch den Ausschußmitgliedern aller Fraktionen. Ich glaube, wir haben belegt, daß es trotz kontroverser Positionen, trotz kontroverser politischer Grundauffassungen möglich ist, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß so zu führen und so arbeiten zu lassen, daß er in der Tat

(A) den Namen verdient: die schärfste Waffe des Parlaments zur Kontrolle der Exekutive.

Meine Damen und Herren, wir mußten eine Vielzahl von Mißständen aufklären, wir haben dies geleistet. Ich kann nur einige Stichworte nennen. Ich hoffe, daß ich einigermaßen vollständig dabei bin.

Zunächst hatten wir mit Mißständen im Beschaffungswesen zu tun. Verstöße gegen Beschaffungsordnungen waren im Krankenhaus fast alltäglich, durch die Direktion veranlaßt. Es kam zu Entwendungen aus den Lägern, aus den Materiallagern, aus den Proviantlagern. Es kam in diesem Zusammenhang auch zu Bereicherungen. Ich nenne als Beispiele nur die Desinfektionsmittel, die Beschaffung von Kaffeemaschinen, die Beschaffung von Kraftfahrzeugen.

Ich nenne als besonders herausragendes Beispiel, was die Nichtbeachtung von Beschaffungsvorschriften angeht, die Gerätebeschaffung für die Frauenklinik. Hier haben wir uns der Hilfe des Rechnungshofes versichert durch eine gutachtliche Stellungnahme vom 27. Oktober 1988. Der Rechnungshof hat folgendes festgestellt, ich zitiere:

„Nach den obigen Ausführungen stellt der Rechnungshof fest, daß die maßgebenden Bestimmungen für Beschaffungen nicht genügend beachtet worden sind. Nach unserem Eindruck ist dies wesentlich darauf zurückzuführen, daß der ehemalige Verwaltungsdirektor maßgeblich Einfluß auf die Vergabe genommen hat.“ Es ging dabei um ein Beschaffungsvolumen von zirka 4,5 Millionen DM.

(B) Im Mittelpunkt unserer Ermittlungen stand eine Anzahl von grauen Kassen. Diese wurden eingerichtet und verwaltet zu Lasten des Krankenhaushaushaltes. Es ist nicht auszuschließen, daß Herr Galla sich in dem einen oder anderen Falle in diesem Zusammenhang bereichert hat.

Der Förderverein spielt hier eine besondere Rolle. Er wurde von Herrn Galla eingerichtet, Herr Galla bestimmte die Geschäftsführung maßgeblich, er war die treibende Kraft. Zweck des Fördervereins waren Anschaffungen und Leistungen für die Krankenhäuser. Es kam nicht einfach nur zu Spenden, sondern auch zu Zahlungen der Spender im Zusammenhang mit Leistungen von Ärzten an die zahlenden Firmen, Vorträge, Gutachten, Auswertungen. Wir mußten zweckwidrige Mittelverwendungen feststellen, zum Beispiel Reisen von Herrn Galla, aber auch einer weiteren Person nach London, nach China, in 1985 und 1986. Die Reisekosten sind von Herrn Galla unterdessen eingeklagt. Die andere Person hat die Reisekosten ersetzt.

Zusammenfassend haben wir folgendes festgestellt: Der Förderverein St.-Jürgen-Straße befindet sich in der Liquidation. Die Prüfung des zuständigen Finanzamtes, ob im Zusammenhang mit dem Verein Steuervergünstigungen zu Unrecht gewährt wurden, ist noch nicht abgeschlossen. Die festgestellten Mißstände konnten auftreten, weil einerseits die Mitglieder des Vereins Herrn Gallas satzungswidrige

Geschäftsführung zuließen und andererseits der damalige Senator für Gesundheit sowie die zuständigen Mitarbeiter der senatorischen Behörde eine Kontrolle des Vereins weder für möglich noch für erforderlich hielten. Durch den neuen Erlass der Gesundheitssenatorin hierzu ist dieser Mißstand beseitigt.

Schließlich kam es zu Unregelmäßigkeiten bei Baumaßnahmen. Ich nenne die Fassadensanierung. Ich möchte ein weiteres Beispiel herausgreifen, das Tablettsystem. Hierüber hat der Untersuchungsausschuß ein umfangreiches Gutachten in Auftrag gegeben.

Wir haben, kurz skizziert, festgestellt eine chaotische Planung und Durchführung der Maßnahmen: Die Aufsicht war nicht ordnungsgemäß, die fehlende Planung dieses Vorhabens war der Aufsicht bekannt. Sie stellte die Mittel aber trotz der fehlenden Planung zur Verfügung. Trotz einer Beschwerde hat die senatorische Behörde den Vorgang weder ordnungsgemäß bearbeitet noch beaufsichtigt.

Wir müssen des weiteren feststellen, daß Herr Galla bei dieser Gelegenheit über Dritte, Stichwort Geldwaschanlage, größere Beträge auf ausländische Konten abgesteuert hat. Dies betrifft jetzt den Bereich der Schmiergeldzahlungen. Der Untersuchungsausschuß hat ermittelt, daß Herr Galla bereits seit 1978 Schmiergeldzahlungen eingefordert hat. Diese wurden teilweise direkt an Herrn Galla gezahlt, teilweise gelangten sie über Scheinrechnungen Dritter an Herrn Galla. Als Beispiel nenne ich die Scheinrechnungen der Firma System Service. Dort war Frau Galla Geschäftsführerin, Herr Galla war Gesellschafter.

Darüber hinaus haben wir Mängel in der Leitungs- und Organisationsstruktur des Krankenhauses festgestellt, vor dem Hintergrund zweier Gutachten und in Auswertung dieser Gutachten, die der Senator für Gesundheit in Auftrag gegeben hat. Es handelt sich dabei um die Gutachten der Firma Ernst und Whinney sowie der Wibera. Stichwortartig läßt sich die betriebswirtschaftliche Situation des Krankenhauses wie folgt skizzieren: keine hinreichende Datenlage, keine interne Revision, eine unzureichende EDV.

Es fehlte jeder Ansatz von vernünftiger Delegation, alle wesentlichen Entscheidungen waren auf den Verwaltungsleiter konzentriert, insbesondere — an den üblichen Zuständigkeiten vorbei — die Entscheidungen über Beschaffungen. Es galt nicht einmal das Vieraugenprinzip. Wir haben gesagt, insgesamt herrschte ein feudaler Führungsstil.

Wir konnten trotz schwieriger Probleme im Baubereich keine interne Investitionsplanung feststellen. Dies gilt auch und vor allem für die von der Behörde — dies ist nicht gesetzlich angeordnet, aber die Behörde hatte es veranlaßt — angeordnete Geräteinvestitionsplanung. Es handelte sich also um einen eklatanten Fall von Mißmanagement, betriebswirtschaftliche Führungsinstrumente fehlten. Dieses Miß-

(C)

(D)

(A) management und das daraus resultierende strukturelle Chaos waren Nährboden für Straftaten von Herrn Galla und anderen. Diese Straftaten, darauf lege ich besonderen Wert, waren aber der Aufsichtsbehörde in keiner Weise bekannt.

Wir haben Feststellungen zu Einzelproblemen im Bereich der Hygiene vorgenommen. Wir haben ermittelt, daß die Hygienekommission nicht ordnungsgemäß getagt hat, die Hygienekommission als eine wichtige organisatorische Voraussetzung für eine vernünftige Hygienearbeit in einem solchen großen Krankenhaus.

Für Mängel im medizinischen Bereich allerdings hat es keinerlei Anhaltspunkte gegeben. Vielmehr ist zu sagen, daß das Krankenhaus einen hohen medizinischen Standard hat.

(Beifall bei der SPD)

Mängel in der Aufsichtsebene entsprachen den Mängeln in der Führungs- und Leitungsstruktur des Krankenhauses. Die Führungs- und Leitungsstrukturmängel im Krankenhaus waren der Aufsichtsebene weitgehend bekannt. Dies gilt auch für die fehlende Qualifikation Gallas. Vernünftige Abhilfe wurde nicht geschaffen. Statt dessen kam es zur Duldung oder zu Ersatzmaßnahmen, die aber nicht den nötigen Erfolg zeitigten. Ich möchte drei Stichworte nennen, Bettenzentrale, septischer OP, Tablettsystem. Diese Problembereiche sind durch die Presse gegangen und der Öffentlichkeit bekannt, ich glaube, ich brauche nicht weiter darauf einzugehen. Zusammenfassend: Die Fachaufsicht wurde nicht hinreichend ausgeübt.

(B)

Die Kürzung der Investitionspauschalen hat zur Verschärfung der Probleme beigetragen und war unseres Erachtens nicht mit dem Krankenhausgesetz von 1972 vereinbar. Ab 1981 wurden die Pauschalmittel zwischen 18 und 63 Prozent gekürzt, im Durchschnitt 37,6 Prozent. Damit lagen diese Kürzungen noch unter der durchschnittlichen Kürzung aller kommunalen Krankenhäuser von 41,7 Prozent.

Wir haben uns mit dem sogenannten Pflegesatzstreit auseinandergesetzt. Der Pflegesatzstreit hatte Auswirkungen auf die finanzielle und wirtschaftliche Situation des ZKH St.-Jürgen-Straße, deswegen war er unser Untersuchungsgegenstand. Der Pflegesatzstreit war gekennzeichnet durch die Aufrechterhaltung sozialpolitisch wünschenswerter, aber, was die Verhandlungsebene mit den Krankenhäusern angeht, unrealistischer Positionen. Es war von vornherein absehbar, daß ein Teil dieser Positionen nicht durchzusetzen war.

Ich nenne Beispiele: Schwesternwohnheim und die Pflegesatzfähigkeit von Ausbildungskosten. Wir haben festgestellt, daß durch die Aufrechterhaltung solcher Positionen das Pflegesatzrisiko sich erheblich erhöht hat. Wir haben weiter festgestellt, daß die Aufrechterhaltung der Position „vollständige Pflegesatzfähigkeit der Ausbildungskosten“ objek-

tiv zur haushaltspolitischen Absicherung der Frauenklinik diene. (C)

Wir mußten uns mit der Frage des Zuschußbedarfs der Krankenhäuser während der Zeit des Pflegesatzstreites auseinandersetzen. Der tatsächliche Zuschußbedarf für die Jahre 1981 bis 1985 war weder in den Wirtschaftsplänen noch in den Haushaltsplänen ausgewiesen. Vielmehr wurde er durch Kassenkredite abgedeckt. Später wurden Verpflichtungsermächtigungen eingestellt ohne Abdeckung durch entsprechend vergrößerte Anschläge in den Folgejahren. Dieses Vorgehen ist mit der Landeshaushaltsordnung nicht zu vereinbaren.

Zur Aufsicht muß zusammenfassend gesagt werden: Die Aufsicht hat im Hinblick auf das ZKH St.-Jürgen-Straße grundlegend versagt. Es sind erhebliche Schäden entstanden. Ich habe einige Schadenspositionen bereits genannt: Bauinvestitionen, Tablettsystem, Beschaffungsvorgänge, Zinsschäden im Zusammenhang mit dem Pflegesatzstreit.

Darüber hinaus hatte der Untersuchungsausschuß einen weiteren Schwerpunkt. Er hatte das aufzuklären, was wir bezeichnet haben mit dem „Reich Gallas“. Der Untersuchungsausschuß hat hierzu festgestellt: Galla hat ein undurchsichtiges Netz von Beziehungen aufgebaut, welches zusammen mit den verfehlten Strukturen im Krankenhaus seinen Einfluß verfestigte. Er rühmte sich vielfältiger Kontakte und politischer Beziehungen, um sich gegenüber Mitarbeitern des Krankenhauses und Geschäftspartnern den Nimbus der Unangreifbarkeit zu geben. Der Ausschuß ist dem Beziehungsgeflecht im einzelnen nachgegangen. Er hat dabei insbesondere geschäftliche und personelle Beziehungen zum ASB festgestellt. (D)

Der Verkauf des Personalwohnheimes geschah nach den Feststellungen des Gutachterausschusses erheblich unter Verkehrswert — wobei Verkehrswert nicht mit Marktwert zu verwechseln ist —, nämlich zum Buchwert in Höhe von zirka 500 000 DM. Der Verkehrswert hingegen betrug wenigstens 850 000 DM nach den Feststellungen des Gutachterausschusses. Nebenbei, der Förderverein, Vorsitzender war Herr Galla, residierte in einem ASB-Büro. Weitere Geschäfte waren festzustellen, etwa Krankenhaustransporte. Im Zuge der Krankenhaustransporte hat der ASB unstreitig günstige Bedingungen erhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Untersuchungen lag in der Einstellung und Entlassung Herrn Gallas. Zur Einstellung haben wir folgendes ermittelt: Die Einstellung war ein Fehlgriff. Wir haben ausgeführt: Es bleibt festzustellen, daß Herr Galla die in der Ausschreibung geforderten Qualifikationen nicht nachweisen konnte. Ihm fehlten jegliche Erfahrungen in der Leitung eines Krankenhauses. Organisationsgeschick und die Fähigkeit zur Personalführung lagen nicht vor. Der formale Entscheidungsablauf über den Personalaufsatz bis zur Einladung der Bewerber zu einem Vorstellungsgespräch in der Deputation für Gesundheit und Umweltschutz war

(A) nicht nachvollziehbar. Die nachträglich vorgetragenen Gründe für die Auswahlentscheidung waren nicht überzeugend. Dies gilt insbesondere für den behaupteten Zusammenhang zwischen unterem Qualifikationsniveau und Höhe der Vergütung, da sich nach Aktenlage den Ausschreibungsanforderungen entsprechende Bewerber in Kenntnis der angebotenen Vergütung beworben hatten. Wir haben festgestellt, daß trotz der erkennbar großen Bedeutung der Personalentscheidung der nicht hinreichend qualifizierten beratene Senator keine eigene Prüfung der Bewerberlage angestellt hat.

Spätestens seit 1985, aber eigentlich schon seit 1983 — hier spielt der Pfleigesatzstreit eine Rolle, Untersuchungen der Firmen Ernst und Whinney spielen eine Rolle — war klar, daß Herr Galla unfähig war und damit hätte abgelöst werden müssen. Dies zeigt auch die Diskussion um die Kommissarslösung, die um diese Zeit begann. Schließlich kam es aber nicht zur Einsetzung eines Kommissars. Die aufsichtsführenden Beamten haben immer wieder auf die Unfähigkeit Gallas hingewiesen und auf die Notwendigkeit, eine andere personelle Lösung zu finden, allerdings keinen, dies muß man feststellen, Weg aufgezeigt. Es kam schließlich auch zu keiner Personalentscheidung, es kam dann zur Beauftragung einer weiteren Gutachterfirma, der Firma Wibera. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß die erneute Begutachtung durch die Firma Wibera überflüssig war.

(B) Herr Dr. Scherf hat nach der Amtsübernahme rasch erkannt, daß Galla erstens unfähig war und daß zweitens eine Zwangsablösung unumgänglich war. Diese Zwangsablösung hat Herr Dr. Scherf Ende 1987 konsequent vollzogen.

Die Entscheidung, Herrn Galla abzulösen, war überfällig und richtig. Nach Auffassung des Ausschusses war der gewählte Weg jedoch falsch. Es hätte zum Beispiel, nur eine Möglichkeit ist dies, die Möglichkeit einer raschen Versetzung auch gegen den Willen des Herrn Galla bestanden, wengleich dies auch zu allerdings überwindbaren Schwierigkeiten geführt hätte. Statt dessen hat Herr Dr. Scherf Herrn Galla in den Ruhestand geschickt; dies war rechtlich zulässig, gesetzeskonform, in der Sache jedoch nicht gerechtfertigt.

Außergewöhnlich war schließlich auch, mit dem Bevollmächtigten eines Beamten folgende Vereinbarung zu treffen: „Erstens, Herr Galla bringt unverzüglich eine Krankheitsbescheinigung über seine derzeitige Dienstunfähigkeit bei. Zweitens, Herr Galla wird mit Wirkung zum 31. 12. 1987 von der Funktion des Verwaltungsdirektors des ZKH St.-Jürgen-Straße abberufen. Drittens, Herr Bürgermeister Dr. Scherf und Herr Galla verpflichten sich, folgende Fragen bis zum 15. 1. 1988 verbindlich zu klären: a) Beibringung eines ärztlichen Gutachtens über seine dauernde Dienstunfähigkeit durch Herrn Galla, b) Versetzung von Herrn Galla in den vorzeitigen

Ruhestand, c) Herr Bürgermeister Dr. Scherf verpflichtet sich, bis zu dem genannten Zeitpunkt die Förderungsmöglichkeiten des Herrn Galla für den Fall zu konkretisieren, daß dieser später beabsichtigt, eine für seinen Gesundheitszustand mögliche selbständige Tätigkeit auszuüben.“

Im ursprünglichen Entwurf, den ich als Vorsitzender vorlegte, habe ich diesen Handel als einen "Deal" bezeichnet. Die Bezeichnung dieses Handels als Deal im Entwurf konnte im Ausschlußbericht keinen Bestand haben, da von einer Fraktion dieser Begriff ausdrücklich mißverstanden wurde und zu ungerechtfertigten Angriffen gegen Dr. Scherf geführt hatte.

Es ist schließlich festzustellen, daß die Zurruehsetzung Herrn Gallas gegen ein Rundschreiben der Senatskommission für das Personalwesen vom 17. Juni 1984 verstößt. Danach hätte ein im Gesetz allerdings nicht vorgesehenes amtsärztliches Gutachten eingeholt werden müssen. Vom Untersuchungsausschuß veranlaßte nachträgliche Prüfungen haben ergeben, daß die der Zurruehsetzung zugrundeliegenden Gutachten nicht plausibel waren und Herr Galla im Zeitpunkt der nachträglichen Untersuchung aus medizinischen Gründen nicht generell dienstunfähig war.

Meine Damen und Herren, soweit die kurze Berichterstattung über die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße! Gestatten Sie mir noch eine Schlußbemerkung! Bei Einsetzung des Untersuchungsausschusses war allen Fraktionen hier im Hause klar, daß es unumgänglich ist, mögliche Mißstände, ohne vorzuerurteilen, aufzuklären. Es war auch allen klar, ich habe dies nachgelesen, und es wurde auch mehrfach betont, daß es nicht darum gehen kann und nicht darum gehen darf, ein Krankenhaus mit hohem medizinischen Standard,

(Beifall bei der SPD)

mit engagierten Mitarbeitern, die mit all diesen Mißständen nichts zu tun gehabt haben, insbesondere natürlich engagierte Mitarbeiter im Pflegebereich, zu diskreditieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Verpflichtung, dem Anspruch, den wir uns zu Beginn unserer Arbeit gesetzt haben, gerecht zu werden. Deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir heute den Begriff der „Schwarzgeldklinik“ beerdigen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Ich bedanke mich bei dem Berichterstatte für seinen Bericht. Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich einen Besucher auf dem Besucher-

- (A) rang begrüßen. Es ist Besuch aus Rostock. Es ist der Generaldirektor der Deutschen Seereederei Rostock, Dr. Arthur Maul. Die Rostock-Besucher unter uns kennen Herrn Dr. Maul. Wir begrüßen Sie sehr herzlich. Ich glaube, Ihr Besuch dokumentiert die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rostock und Bremen, insbesondere zwischen den Deutschen Seereederei Rostock und dem Bremer Vulkan.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen einen wirtschaftlich erfolgreichen und persönlich angenehmen Aufenthalt in Bremen!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein großer vielschichtiger Skandal, der geschehen ist im Verantwortungsbereich des bremischen Senats, ist aufgeklärt worden. Der Untersuchungsausschuß legt Ihnen den festgestellten erheblichen Sachverhalt vor. Es ist jetzt Aufgabe der Bürgerschaft, diesen Sachverhalt politisch zu bewerten und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Es geht darum, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, daß sich ein solcher Skandal in Bremen nicht wiederholt!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Zentrale Bewertung der CDU-Fraktion: An diesem großen Skandal, der viele Jahre geschwärt hat, ist ausschließlich die bremische SPD schuld.

(Beifall bei der CDU)

Es ist deshalb in erster Linie Pflicht der bremischen SPD, durch grundlegende Reformen dazu beizutragen, daß wirksame Abhilfemaßnahmen ergriffen werden können und Wiederholungen mit Sicherheit vermieden werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir als antragstellende Oppositionsfraktion wollen zur politischen Bewertung und zu den unverzichtbaren Konsequenzen unseren Beitrag leisten, und dem werde ich mich im folgenden widmen.

Der ehemalige Gesundheitssenator und Landesvorsitzende der bremischen SPD, Herr Brückner, hat große Schuld auf sich geladen. Es ist ihm vorzuwerfen, daß er Herrn Galla als Verwaltungsdirektor des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße eingestellt hat. Es ist ihm vorzuwerfen, daß er gegenüber Herrn Galla keinerlei Aufsichtsmaßnahmen ergriffen hat und noch nicht einmal Kritik an der Amtsführung von Herrn Galla zugelassen hat.

Herr Galla war, wie der Untersuchungsausschuß festgestellt hat, für das Amt des Verwaltungsdirektors einer so großen Klinik ungeeignet. Das stand damals schon fest, denn er hatte sich bereits einmal für

die Position des Verwaltungsdirektors beworben, und die zuständigen Fachbeamten der senatorischen Behörde unter dem Vorgänger von Herrn Brückner, Herrn Senator Müller, hatten ihn abgelehnt. Er war nicht in die engere Wahl gekommen. Ein anderer war berufen worden.

Dann versuchte Herr Galla, damals Mitarbeiter bei der Wirtschaftskammer, Planungsbeauftragter bei der senatorischen Behörde für Gesundheit zu werden. Die Fachleute der Planungsleitstelle unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Hennemann lehnten Herrn Galla auch als Planungsbeauftragten als fachlich ungeeignet ab. Es gab nur einen Befürworter, der hatte mit der Planungsleitstelle und der Funktion eines Planungsbeauftragten für Gesundheit nichts zu tun, das war der damalige Vizepräsident der Bürgerschaft und Syndikus der Wirtschaftskammer, der SPD-Abgeordnete Bugla. Die Akten bezeugen, daß nur wegen des befürwortenden Votums von Herrn Bugla Herr Galla Planungsbeauftragter wurde, 1974!

Als dann die Stelle des Verwaltungsdirektors erneut vakant wurde, bewarben sich nach öffentlicher Ausschreibung 23 Bewerber, darunter mehrere, die geeignet waren, auch der bewährte Verwaltungsdirektor des Zentralkrankenhauses Bremen-Nord. Alle sind unberücksichtigt geblieben. Obgleich Herr Hennemann, der als Zeuge vernommen wurde, obgleich Herr Raschen als Fachbeamter und obgleich vor allen Dingen Herr Happel als ehemaliger Verwaltungsdirektor nicht Herr Galla befürworteten, wurde Herr Galla von Herrn Brückner sowohl der SPD-Gruppe in der Gesundheitsdeputation als auch der Gesundheitsdeputation selbst vorgeschlagen. Es ist wegen dieser ausschlaggebenden Mitwirkung des damaligen Gesundheitssenators Herrn Brückner zur Berufung des Herrn Galla gekommen gegen die Stimmen der Opposition, damals also auch gegen die Stimmen der CDU!

Dies, Herr Abgeordneter Brückner, werfe ich Ihnen vor, nicht nur als einen Fehlgriff, sondern als eine sachwidrige, parteipolitische Rücksichtnahme zu Lasten des öffentlichen Interesses Bremens!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie hätten jetzt gerade wegen der negativen Voten der Sie umgebenden Beamten, die mit der Aufsicht des Krankenhauses befaßt waren, sehr sorgfältig die Amtsführung des Herrn Galla prüfen müssen, kontrollieren müssen. Sie haben das Gegenteil getan. Es gab keine Probezeit, die Beamten, die kritisch, sehr kritisch gegenüber Herrn Galla eingestellt waren, wurden allmählich aus der Aufsicht des Krankenhauses herausgenommen, das gilt vor allem für Herrn Raschen und für Herrn Happel, und Sie betrieben gegenläufig zu Ihrer Pflicht der sorgfältigen Kontrolle dieses ungeeigneten Mannes die sofortige Verbeamtung auf Lebenszeit, die dann auch geschah.

In der Folgezeit baute Herr Galla sein Reich auf, mißachtete alle Vorschriften, kümmerte sich nicht

(A) um die senatorische Aufsicht, machte, was er wollte! Die Mißwirtschaft im Zentralkrankenhaus wurde immer schlimmer, und der Herr Senator Brückner lehnte jegliche Eingriffsmaßnahme ab.

Nehmen Sie bitte als Beispiel, meine Damen und Herren, auf Seite 170 des Anlagenbandes die Bitte der aufsichtführenden Beamten an Herrn Senator Brückner, doch jetzt selbst einmal eine dringende Mahnung an Herrn Galla zu unterschreiben! Herr Brückner hat auch das abgelehnt und vermerkt, dieses Mal möge Herr Happel unterschreiben. Es gibt in den ganzen elf Jahren der Aufsichtsführung durch den Senator Brückner keinen einzigen persönlichen Eingriff von ihm, der aktenkundig ist. Er hat von den vielfältigen, zahlreichen Mahnungen, Aufforderungen, die alle fruchtlos blieben, niemals selbst etwas unterschrieben, und er hat erst recht eine Rüge oder einen Verweis oder eine Abmahnung gegenüber Herrn Galla nicht erteilt.

Wie der Ausschuß festgestellt hat, hat er bei diesen Mahnungen und Klagen der ihn umgebenden Beamten, allerdings auch gestützt auf die Willfährigkeit seines Vertreters im Amt, Dr. Euler, jede Kritik unterbunden und, wenn es schlimm wurde, zum Ausdruck gebracht, mit Ari, gemeint war Herr Galla, rede ich selbst. Dabei ist aber nichts Gutes herausgekommen, denn das Reich Gallas wurde größer, und seine Macht wurde stärker.

(B) Auch die Teilverselbständigung der Klinik stärkte seine Macht, und die gutachtlichen Ergebnisse waren keinesfalls geeignet, sie einzuschränken. Er war am Schluß der Stärkste, er hat kontinuierlich seine Macht ausgebaut. Selbstverständlich ist hier auch eine starke kriminelle Komponente gewachsen. Wenn zugelassen wird, daß alle Vorschriften, die für die Wirtschaftsführung eines solchen großen Krankenhauses beachtet werden müssen, mißachtet werden, dann ist es sozusagen eine natürliche Folge, daß sich eine erhebliche kriminelle Komponente aufbaut. Beschaffungsvorschriften, Buchhaltung, Revision, das Vermerken von Scheckeingängen, Planungsvorschriften, überhaupt das gesamte Haushaltsrecht dient ja der Sicherung der öffentlichen Finanzen, dient der Sicherung des öffentlichen Zwecks, damit natürlich auch dem Interesse des Patienten. Das Zulassen der dauernden Verletzung solcher Vorschriften erleichtert nicht nur Kriminalität, sondern verursacht objektiv Kriminalität, und das ist hier in einem erheblichen Maß geschehen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die kriminelle Bereicherung von Herrn Galla und Gewährsleuten — es war nicht nur Galla allein — beschäftigt die Bremische Staatsanwaltschaft. Die Bereicherung ist wesentlich größer als der bisher geltend gemachte Schadensersatzbetrag, und Bremen wird mit dem Strafverfahren, das hier zu einer öffentlichen Verhandlung geführt werden muß, noch einiges zu tun haben. Wir haben die tatsächlichen Voraussetzungen geliefert, daß auch diese Kompo-

(C) nente einer Aufklärung und einer Sühne zugeführt wird, damit insoweit Rechtsfrieden in Bremen wieder einkehrt.

Herr Senator Brückner, verzeihen Sie, Herr Senator außer Diensten Brückner, ich darf Ihnen eine Feststellung des Berichts des Untersuchungsausschusses zitieren mit Genehmigung des Herrn Präsidenten!

„Brückner, der damalige Gesundheitssenator, hat jahrelang in Kenntnis der Unfähigkeit Gallas personelle Entscheidungen bewußt vermieden. Damit hat er zur Aufrechterhaltung der Mißstände objektiv beigetragen. Auch aus diesem Grunde ist er für diese Mißstände verantwortlich.“

Herr Brückner, das sagt nicht nur die CDU-Fraktion, das sagt einstimmig insoweit der gesamte Untersuchungsausschuß. Dieses Verdikt ist berechtigt. Sie haben sich für die Ausübung öffentlicher Ämter als ungeeignet erwiesen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich darf Ihnen vorhalten, daß die CDU-Bürgerschaftsfraktion bereits im September 1985 durch einen Mißtrauensantrag Ihren Rücktritt als Gesundheitssenator begehrt hat. Sie sagten damals wörtlich — ich darf zitieren, Herr Präsident —:

(D) „Ich rede nicht darum herum und rede mich nicht wie andere damit heraus, daß sie etwas nicht gewußt hätten, was in ihrem Geschäftsbereich passiert wäre, oder daß sie nur für die Organisation die Verantwortung trügen. Ich habe die Verantwortung für die Bremer Gesundheitspolitik und für das, was hier zur Debatte steht.“

Herr Abgeordneter Brückner, dieses Wort ist jetzt in Erfüllung gegangen! Sie tragen die Verantwortung. Zu einem großen Teil haben Sie bewußt schuldhaft gehandelt, und was die kriminelle Komponente angeht, haben Sie durch Ihr Unterlassen die Kriminalität des Herrn Galla und seiner Gewährsleute verursacht.

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind der Auffassung, meine Damen und Herren, daß bereits damals, 1985, Sie auf unseren Antrag hin die entsprechenden Konsequenzen hätten ziehen müssen. Es wäre uns dann sehr viel — mit uns meine ich Bremen, die Bremischen Bürger, die Bremischen Steuerzahler und auch die Patienten dieses großen Krankenhauses — erspart geblieben.

In dieser Mißtrauensdebatte schloß als letzter Redner mein Freund Peter Kudella mit folgender Bemerkung, ich darf erneut zitieren: „Sie haben, Herr Senator Brückner“, damals noch Senator, „seit 1975 im Amt, von 1977 bis 1985 in dem wichtigsten Bereich, den Sie im Gesundheitswesen zu vertreten haben, im Krankenhausbereich, ständig fahrlässig zu Lasten

- (A) des Steuerzahlers gehandelt, und dies ist unverantwortbar.“

(Beifall bei der CDU)

Anschließend wurde unser Mißtrauensantrag von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, abgelehnt. Die GRÜNEN, damals noch nicht so weit wie heute,

(Heiterkeit)

enthielten sich der Stimme, und die FDP hatte noch keine Gelegenheit, an der Abstimmung teilzunehmen. Aber hoffentlich haben Sie einen Sinn dafür, wenn ich Ihnen das jetzt wieder in Erinnerung rufe, daß wir nicht geschlafen haben, sondern wach und ohne Kenntnisse der eigentlichen Mißstände rechtzeitig Sie aufgerufen haben, diesen wuchernden Skandal zu verhindern. Sie tragen eine erhebliche Portion politischer Mitverantwortung daran, daß es so weit kommen mußte.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Rücktritt des Abgeordneten Brückner vom Amt des Landesvorsitzenden der SPD möchte ich das Kapitel Brückner abschließen. Ich glaube aber, volle Unterstützung in Bremen dafür zu finden, zu verhindern, daß Sie, Herr Abgeordneter Brückner, jemals wieder in ein öffentliches Amt berufen werden.

(B)

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das entscheiden nicht Sie!)

Diese Disqualifikation ist nicht nur vorübergehend, diese Disqualifikation muß in Bremen andauern.

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie aus unserem Antrag, den ich gleichzeitig mit begründe, entnehmen können, steht aber noch eine wesentliche personelle Konsequenz aus. Der Nachfolger im Amt des Gesundheitssenators war der jetzige Bürgermeister Herr Dr. Scherf. Herr Dr. Scherf hat ebenfalls in diesem Zusammenhang große Schuld auf sich geladen. Es ist geboten, Herr Dr. Scherf, Ihnen den ermittelten vorwerfbaren Sachverhalt vorzuhalten und Sie aufzufordern, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Herr Senator Dr. Scherf stellte nach der Übernahme des Amtes als Gesundheitssenator sehr bald fest, daß der Verwaltungsdirektor Galla unfähig war. Als Zeuge hat Herr Dr. Scherf sogar zum Ausdruck gebracht, daß er den Eindruck hatte, dort würde ausschließlich in Taschen oder aus Taschen gewirtschaftet bei der Verwaltung. Das war offenbar auch ein Hauch von Korruption, den Sie verspürt haben. Er hat dann versucht, nicht eine Reform an Haupt und Gliedern vorzunehmen und diesen Skandal öffentlich aufzuklären, um den Beweis zu erbringen,

daß Wiederholungen unmöglich sind, sondern er hat versucht, den Skandal zu vertuschen, und das, Herr Dr. Scherf, ist der Kern unseres Vorwurfs Ihnen gegenüber.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ein Senator, der diese Mißstände vertuscht, ist nicht geeignet, das Amt eines bremischen Senators zu bekleiden, weil er in seiner Person signalisiert, daß Wiederholungen möglich sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. Dittbrenner [SPD]: Das bestimmen Sie auch nicht, Herr Klein!)

Ich darf den Sachverhalt, den wir Ihnen vorwerfen, kurz zusammengefaßt chronologisch Ihnen wie folgt vorhalten:

Als Sie sich entschlossen, Herrn Galla abzulösen, Sie dachten dabei auch an die Übernahme des Amtes durch Frau Rüdiger, haben Sie in der Abteilungsleiterbesprechung Ihres Ressorts den Auftrag gegeben, eine umfangreiche Vorlage zu erarbeiten, die die Mißstände im Krankenhaus erhellen sollte. Sie haben dabei aber von Anfang an erklärt, und zwar im Einvernehmen mit dem Abgeordneten Tepperwien, damals Sprecher der Gesundheitsdeputation, daß diese Vorlage ausschließlich den SPD-Mitgliedern des Krankenhausausschusses zur Verfügung gestellt werden sollte.

(D)

Dies taten Sie, obgleich Sie von der Opposition, nämlich von der CDU, schriftlich aufgefordert waren — ich habe dieses Schreiben am 30.10.1987 unterschrieben —, unverzüglich den Krankenhausausschuß einzuberufen, um dort über die öffentlich erhobenen Vorwürfe über Mißstände im Zentralkrankenhaus Bericht zu erstatten und für den Fall, daß die Vorwürfe zutreffend sein sollten, Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen. Obwohl Sie also den Krankenhausausschuß vorbereitet aufgrund einer Intervention der Opposition, haben Sie die entsprechenden Recherchen und die Ergebnisse von Anfang an ausschließlich der SPD im Krankenhausausschuß zugänglich gemacht.

Das Anschreiben dieser insgesamt 68 Seiten umfassenden Vorlage, von Herrn Bolles unterschrieben, dem aufsichtführenden Beamten, der auch der SPD angehört, lautet denn auch sinngemäß: Liebe Genossin, liebe Genossen, auftragsgemäß im Auftrage von Herrn Dr. Scherf überreiche ich zur Vorbereitung der Krankenhausausschußsitzung am 17. Dezember 1987 das folgende Material, und da kamen dann die umfangreichen Vermerke der mit der Aufsicht seit Jahren betrauten Beamten der senatorischen Behörde, die sich bei Ihrem Vorgänger, Herrn Brückner, nicht hatten durchsetzen können. Diese einseitige Unterrichtung der SPD-Mitglieder ließ die Opposition völlig im Unklaren, was denn nun eigentlich im Zentralkrankenhaus passiert war und passierte.

(A) Sie haben diesen Sachverhalt noch dadurch verschlimmert, daß Sie vor der Sitzung des Krankenhausausschusses am 16. Dezember morgens früh bereits die SPD-Mitglieder zusammenriefen, die umfangreiche Vorlage, die Sie hatten, mit diesen Mitgliedern erörterten und dann vor diesen Mitgliedern noch ein Streitgespräch zuließen zwischen Herr Bolles und Herrn Galla über die schriftlich niedergelegten, seit Jahren stattfindenden Mißstände im Krankenhaus. Auch davon erfuhren die Oppositionsmitglieder nichts. Herr Tepperwien war im übrigen nicht bereit, der Abberufung des Herrn Galla von der Funktion des Verwaltungsdirektors zuzustimmen; es führte dazu, daß man lediglich den Entschluß des Herrn Dr. Scherf zur Abberufung zur Kenntnis nahm.

Am nächsten Tag wurde noch nicht einmal die Tischvorlage verteilt, die Sie zwischenzeitlich vorbereitet hatten, die das Datum von 17.12. trägt, worin steht, daß Sie personalrechtliche Maßnahmen ergreifen nach Abberufung des Verwaltungsdirektors Galla. Die Opposition wurde völlig im Unklaren gelassen.

Warum haben Sie das getan, Herr Dr. Scherf? Ich bin der festen Überzeugung, daß Sie es zum einen deshalb getan haben, um den Skandal unter den Teppich zu kehren, um die Opposition und damit die Öffentlichkeit nicht zu informieren. Sie haben es zum anderen aber auch getan, um Galla nicht disziplinieren zu müssen. Sie haben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sachwidrige, parteipolitische Rücksichten genommen.

(B) Es war nämlich mittlerweile bekannt geworden, daß in Sachen Erwerb von Desinfektionsmitteln vorwerfbare Sachverhalte zu prüfen seien. Ihr Vertreter im Amt, Herr Professor Schönhöfer, wollte deshalb die Fachbeamten Brausen und Guderian zur Recherche ins Krankenhaus entsenden. Davon erfuhren Sie durch Ihren Referenten Alfke vor der Sitzung am 17.12., und Sie haben dann die Intervention Alfkes gebilligt, vor der Sitzung des Krankenhausausschusses diese Recherchen nicht durchzuführen.

Der Untersuchungsausschuß stellt fest, daß Sie im Interesse des Handels mit Herrn Galla die unverzichtbaren, im öffentlichen Interesse nötigen Ermittlungen im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße verzögert haben. Das ist ein zusätzlicher gravierender Punkt, eine Pflichtwidrigkeit, Herr Dr. Scherf, die Sie als Senator disqualifiziert.

(Beifall bei der CDU)

Dann kam das, was wir von der Opposition in diesem Hause nach wie vor als Deal bezeichnen, nämlich der Handel, anrühlich, ich nenne es ein schmutziges Geschäft, zwischen Herrn Dr. Scherf, Herrn Galla, dem Rechtsvertreter des Herrn Galla, in Untervollmacht Herrn Bandisch, der Hauptbevollmächtigte war der am 23.12.1987 nicht anwesende Abgeordnete Monnerjahn. Damals hatten Sie versucht,

(C) Herrn Galla auch als Leitenden Regierungsdirektor, Beamten auf Lebenszeit, loszuwerden, Herr Dr. Scherf. Die Versetzung zur Wirtschaftsbehörde war abgelehnt worden von Galla, obwohl das Beamtenrecht eine Versetzung auch gegen den Willen zuläßt. Die Tatsachen, die eine Disziplinierung rechtfertigten, Einleiten von Vorermittlungen und eines förmlichen Disziplinarverfahren, hatten Sie ignoriert.

Herr Alfke, Ihr Referent, hat ausgesagt, man hätte ihn herunterhandeln müssen auf Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen, er hätte sich wie ein Oberfußballer benommen und riesige Abfindungen verlangt. Selbst Herr Bandisch hat in dem Gespräch am 23.12. allen Ernstes noch verlangt für Herrn Galla zusätzlich zu der ungerechtfertigten Pensionierung aus angeblich gesundheitlichen Gründen einen Monatsbetrag auf Dauer von 8000 DM.

(Lachen bei der CDU)

Sie haben in der Vernehmung sogar sich noch damit gebrüstet, daß Sie diese wirklich maßlose, unverschämte Forderung des Herrn Galla abgelehnt haben. Aber was haben Sie gemacht? Das stellt jetzt auch der in den Tatsachen von mir mitgetragene Bericht des Untersuchungsausschusses fest, Sie haben die Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen mit Herrn Galla vereinbart, das ist nicht gesetzeskonform.

(D) Hier weiche ich von der Meinung des Kollegen Lojewski ab, die Vereinbarung der Dienstunfähigkeit, wie wir es festgestellt haben, ist gesetzeswidrig,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

verletzt auch und gerade das bremische Beamtenrecht. Nach Paragraph 44 sind Sie als der unmittelbare Dienstvorgesetzte verpflichtet, nach pflichtgemäßem Ermessen, wie das Gesetz es sagt, zu erklären, daß nach Ihrer Überzeugung und sorgfältiger Prüfung der Beamte aus gesundheitlichen Gründen dienstunfähig ist. Das ergibt sich eindeutig aus dem Bezug auf Paragraph 43, denn Paragraph 43 befaßt sich nur mit der Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen.

Sie haben diese Erklärung abgegeben, obwohl Sie die Dienstunfähigkeit vereinbart haben, und das, was damals am 23. an ärztlichen Feststellungen vorlag, bewies, daß der Mann gesund war. Ein hervorragender bremischer Kardiologe hatte dem Herrn Galla gute körperliche Leistungsfähigkeit bescheinigt, und das im Deal enthaltene privatärztliche Attest, das nachgereicht wurde, ist nicht plausibel, es besagt letztlich nur, was er nicht hat, weil er eben gesund war. Ich will über das Übergewicht nicht reden, das ist sicherlich durchaus kein Grund für Dienstunfähigkeit! Quod erat demonstrandum!

(Abg. Altermann [DVU]: Er hat abgenommen inzwischen!)

(A) Herr Senator Dr. Scherf, damit aber noch nicht genug! Ihre Pflichtwidrigkeiten sind begangen worden in einem Fortsetzungszusammenhang. Die Opposition war hellwach geworden. Ich hatte den Antrag gestellt für die CDU, der Krankenhausausschuß war nicht informiert worden, es war nur gesagt worden, der Herr Galla wird abberufen als Verwaltungsdirektor, große Überraschung, Herr Tepperwien hatte sich nicht angeschlossen, und die SPD-Deputierten hatten gesagt, das nehmen wir nur zur Kenntnis, obwohl die Abberufung ja nach dem Gesetz entschieden werden muß vom Krankenhausausschuß.

Wir haben dann einen Berichtsantrag gestellt in der Bürgerschaft, selbstverständlich, und in dem Berichtsantrag haben wir Auskunft vom Senat haben wollen über Mißstände, über Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaftsführung, wie es wörtlich hieß, im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße, und über Verfehlungen von Bediensteten.

Was passierte am 25. Januar 1988 in diesem Hause? Herr Bürgermeister Dr. Scherf, Sie wußten, was los war im Krankenhaus, nicht nur durch die 68-Seiten-Vorlage, die Sie selbst in Auftrag gegeben hatten, Sie hatten mittlerweile noch mehr Informationen erlangt, denn in der Zwischenzeit war es ja zu der Recherche in der Zentralklinik gekommen, die Sie verzögert hatten, die aber dann Schönhöfer am 22. Dezember durchsetzte.

(B) Dieser Vermerk vom 6.1., den Sie abgezeichnet haben, der Herren Brausen und Guderian, wies ja nach, daß dort sich erschreckende Mißstände im Beschaffungswesen abzeichneten, die einer sofortigen weiteren Prüfung zugeführt werden mußten. Sie hatten also nicht nur die 68-Seiten-Vorlage, Sie hatten noch diesen Vermerk vom 6. Januar 1988.

Dann lassen Sie folgendes zu: Herr Tepperwien erklärt — ich darf Ihnen das zitieren, aber ich kann es im Zusammenhang nur aus dem Gedächtnis zitieren, Sie werden es nicht bestreiten, Sie waren selbst dabei —, von Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaftsführung und von Verfehlungen von Bediensteten kann überhaupt keine Rede sein. Das erklärt der Sprecher der Gesundheitsdeputation, obwohl er voll ist von einseitigen Informationen über Mißstände im Krankenhaus, er belügt das Parlament.

Und was machen Sie? Sie sagen, obwohl Sie es genauso gut wissen, vielleicht sogar noch besser aufgrund des nachgewiesenen Materials: Es handelt sich um unkonkrete Gerüchte, die von Splittergruppen kolportiert werden. Damit meinten Sie die DKP. Sie haben das Parlament bewußt irreführt

(Beifall bei der CDU)

durch unwahre Aussagen vor dem Hause in Ausübung Ihres Amtes. Das ist ein grober Pflichtverstoß, den wir Ihnen nicht verzeihen können im öffentlichen Interesse.

(Beifall bei der CDU)

(C) Was folgte? Die SPD stellte den Antrag, die Kernfragen aus unserem Antrag zu streichen. Es wurden dann gestrichen die Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaftsführung und die Verfehlungen von Bediensteten. Damit wurde vollendet, was wir zentral vorwerfen, es wurde vollendet der Versuch des Vertuschens dieses Skandals, und damit wurde das öffentliche Interesse verletzt, denn ein solcher Skandal kann nur öffentlich durch Reformen an Haupt und Gliedern endgültig beseitigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werfe ich Ihnen vor, politisch verkürzt, filzokratische Kumpanei gegen das öffentliche Interesse Bremens.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind angetreten mit mir gegen den Syndikalismus Boljahns, gegen die damalige syndikalistische Verflechtung, als verbaler Purist, und heute, nachdem Sie in Amt und Würden gekommen sind, Herr Dr. Scherf, muß ich Sie, ebenfalls politisch verkürzt, bewerten als einen Strickmeister bremischer Filzokratie, und das disqualifiziert Sie für das Amt eines Senators.

(Beifall bei der CDU)

(D) Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir beanstandet in unserem Antrag, daß Herr Bürgermeister Dr. Scherf noch im Amt ist. Wir haben aber in dem Antrag unter IV Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen, die ich hier kurz begründen möchte und die ich bitte, da sehe ich besonders die Kollegen und Kolleginnen der SPD an, ernst zu nehmen und gehörig zu beraten.

Diese Vorschläge dienen der Entfilzung

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Filzlaus!)

in Bremen. Es soll verhindert werden das einseitige Durchwachsen bremischer Regierungsarbeit, bremischer Verwaltungsarbeit mit immer stärker werden den SPD-Einflüssen. Wir müssen trennen den Einfluß in sachlicher und personeller Hinsicht der Mehrheitsfraktion und der Mehrheitspartei von der objektiv sein sollenden Regierungs- und Verwaltungsarbeit in Bremen.

(Beifall bei der CDU)

Diesem wichtigen Ziel dient dieser Antrag, und, meine Damen und Herren von der SPD, vielleicht ist es ein wichtiges Indiz für Sie, diese Vorschläge ernst zu nehmen, einer gründlichen Beratung zuzuführen und tragfähige Ergebnisse mit uns gemeinsam zu erzielen: Ein Teil dieser Vorschläge ist orientiert an den Erfahrungen in Schleswig-Holstein und an den Konsequenzen, die in Schleswig-Holstein gezogen worden sind und die heute noch dort rechtsgültig

- (A) sind. Das ist sicherlich etwas, was Ihnen zum Nachdenken Anlaß gibt und Sie veranlaßt, in aller Sorgfalt mit uns hier tragfähige Ergebnisse zu erzielen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weise auf einige Kernaussagen dieser Vorschläge hin. Auf Seite vier oben: Wenn zur Vorbereitung einer Sitzung der Bürgerschaft, einer Deputation oder eines Ausschusses einer dort vertretenen Fraktion — also auch der Gruppe einer Fraktion im Krankenhausausschuß — Vorlagen zur Verfügung gestellt werden, sind diese den anderen Fraktionen gleichzeitig und gleichberechtigt zuzuleiten.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das muß nur beachtet werden, dann ist ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet, daß ein solcher Skandal nicht unter den Teppich gekehrt wird.

Stellen Sie sich bitte einmal vor, meine Damen und Herren, insgesamt, wir hätten nicht in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit das Quorum für einen Untersuchungsausschuß erkämpft! Was hätten wir denn im Januar 1988 gemacht? Unserem Berichtsantrag waren die Zähne gezogen durch Falschberichterstattung der Öffentlichkeit gegenüber, und wir hätten uns widerstrebend, zähneknirschend beugen müssen dem Mißbrauch der Mehrheit, weil wir nicht das scharfe Instrument des Untersuchungsausschusses zur Verfügung hätten. Gott sei Dank haben wir es da gehabt nach jahrzehntelangem Kampf. Ohne diesen Untersuchungsausschuß würden wir diese Aufklärung nicht geleistet haben. Dieser Sachverhalt ist gegen den Senat, ist gegen Bremer SPD-Filzokratie ermittelt worden,

(Beifall bei der CDU)

und deswegen stehe ich voll zu ihm.

Denken Sie bitte daran, daß wir die Protokolle des Senats nur mit Hilfe des Staatsgerichtshofs bekommen haben, Protokolle, die wir früher, als Koschnick Bürgermeister war — wir kennen ja auch ein paar andere Untersuchungsausschüsse —, selbstverständlich bekommen haben, da gab es keine totale oder pauschale Verweigerung! Wir mußten hier dieses Instrument des Untersuchungsausschusses haben.

Aber selbstverständlich müssen wir auch andere Vorkehrungen treffen, und eine ganz wichtige Vorkehrung ist, daß wir gleichberechtigt und gleichzeitig unterrichtet werden in den Arbeitsgruppen der Fraktionen. Gerade wegen dieses Deputationswesens ist es wichtig, daß die Vorlagen nicht gefiltert werden in der SPD und dann die SPD sich mit Mehrheit in den Deputationen lediglich als Akklamationsmaschine versteht und dann versucht wird, die Opposition durch Falschinformation irrezuführen, damit unter Umständen Verantwortung übernommen wird für Dinge, die die Opposition gar nicht überschauen soll. Unsere Vorschläge stellen sicher, daß dies sich nicht wiederholen kann.

Oder auf der Seite vier unten: „Wird eine fachliche Information einer Fraktion gewährt, muß sie auch anderen Fraktionen und ihren Gruppen selbstverständlich auf deren Wunsch gewährt werden.“

Wir haben dann aber noch eine Verbesserung des Deputationsrechts in Vorschlag zu bringen. Im Augenblick ist es so, daß nur die Mehrheit in der Deputation Auskünfte bei der Verwaltung einholen kann, Besichtigungen von Einrichtungen und Akteneinsicht vornehmen kann. Es wird zwar immer wieder behauptet, auch von Herrn Dittbrenner in einer der letzten Sitzungen, zum Beispiel im Grundstücksausschuß, die Mitglieder des Grundstücksausschusses könnten sich Verträge zeigen lassen. Herr Dittbrenner, ich wäre froh, wenn das so wäre de jure!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Haben Sie es schon einmal versucht?)

Ja, natürlich!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Sagen Sie einmal wann!)

Die Mehrheit darf es und kann es, und wenn die Mehrheit sich verweigert, weil sie die Regierung in einer schwierigen Angelegenheit stützen will, ist die Opposition machtlos, und dies soll sich ändern. Wir möchten, daß wir diese Rechte haben, gebunden an das Quorum des Untersuchungsausschusses, also ein Viertel. Wenn der stellvertretende Sprecher sagt, du, einzelner Kollege oder einzelne Kollegin, sollst die Akten dir ansehen, dann ist dieses Recht damit begründet. Das ist eine Vorschrift, die hilft, weiteres Wuchern von Filz in Bremen zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir einen Vorschlag zu unterbreiten, auch hier gestützt auf die übrigen Oppositionskräfte im Untersuchungsausschuß, eine Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen wegen Dienstunfähigkeit nur vorzunehmen nach amtsärztlicher Untersuchung, wie es im Bundesbeamtengesetz formuliert ist. Ich habe von Anfang an gesagt, die Erklärung des Herrn Dr. Scherf, die Vereinbarung der Dienstunfähigkeit, war rechtswidrig, und um alles zu tun, um solche Wiederholungen zu verhindern, Herr Dr. Scherf, ist es nötig, in das Gesetz dies ganz sonnenklar hineinzuschreiben, daß nicht nachträglich von einem Untersuchungsausschuß amtsärztliche Gutachten von außerhalb angefordert werden müssen, sondern daß, wie es übrigens nach dem Runderlaß in Bremen ja normalerweise Praxis ist, man vorher die amtsärztlichen Überprüfungen stattfinden läßt, damit man darauf sein sorgfältiges Ermessen und seine Feststellung der Dienstunfähigkeit stützen kann. Das halten wir wirklich für einen ganz wichtigen Vorschlag, der akzeptiert werden müßte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

(A) Wir haben dann noch in Auswertung des Berichts des Untersuchungsausschusses vorzuschlagen, daß ein Mitarbeiter des bremischen öffentlichen Dienstes, ein Beamter, ein Angestellter, auch ein Arbeiter, das Recht bekommt, bei Feststellung von Mißständen, bei Feststellung von rechtswidrigem Verhalten von Vorgesetzten sich unmittelbar, also ohne Einhaltung des Dienstweges, an den Petitionsausschuß der Bremischen Bürgerschaft zu wenden. Dieser Skandal hätte nicht so lange geschwärt, wäre nicht so gewuchert, wenn Beamte, die wußten — zum Beispiel wenn ich an den Zeugen Raschen denke —, was da passieren würde, sich, ohne Nachteile befürchten zu müssen, der Bürgerschaft insgesamt offenbart hätten.

(Beifall bei der CDU)

Diese Möglichkeit wollen wir ergreifen. Es geht nicht an, daß solche Leute, auch wie der Zeuge Happel, sozusagen von einem sein Amt mißbrauchenden Dienstvorgesetzten in den Bierverschleiß versetzt werden und darüber dann Gras wächst, sondern solche aufrechten Beamten müssen die rechtliche Gewähr haben, daß sie, ohne Nachteile befürchten zu müssen, zur Aufklärung, zur Aufdeckung eines Mißstandes sich an die erste Gewalt im Staate wenden dürfen, und das ist hier der Petitionsausschuß, der selbstverständlich bei Begründetheit unverzüglich alle Fraktionen informiert, alle,

(B)

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klinik übernimmt wieder den Vorsitz.)

nicht nur die Regierungsfraktion.

Wir wollen darüber hinaus, weil es sich hier auch um einen Finanzskandal handelt, wenn ich an das Pflegesatzrisiko denke und das Verweigern von Zuschüssen für die Klinik, auch die Überprüfung durch den Rechnungshof verbessern. Bisher ist es so, daß der Rechnungshof nur angerufen werden kann in besonderen Fällen durch die Finanzdeputation, durch den Senat oder den Präsidenten dieses Hauses. Wir möchten auch hier, daß ein qualifiziertes Minderheitenquorum von einem Viertel den Rechnungshof anrufen kann und um die Überprüfung eines Mißstandes ersuchen darf. Auch das dient, meine Damen und Herren, der Vermeidung von Wiederholungen.

Zum Schluß darf ich verweisen auf die letzte Ziffer, die Ziffer 6 auf den Seiten sechs und sieben unseres Antrags. Wir haben da gesagt, daß zur Vermeidung einer rechtswidrigen Finanzierung von Investitionen oder eines unabwiesbaren Zuschußbedarfs durch Kassenkredite der Senat die Rechtsgrundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit strikt zu beachten hat. Er darf öffentliche Finanzierungen oder finanzwirksame Verpflichtungen gegenüber Dritten keinesfalls eingehen, ohne konkrete haushaltsrechtliche Ermächtigungen dafür zu haben.

(C) Meine Damen und Herren, wenn Sie das alle ernst nehmen, dann kann so etwas nicht passieren wie das Aufwuchern und Aufbauen des Pflegesatzrisikos bis zur Höhe von 343,7 Millionen DM, bezahlt ausschließlich, finanziert ausschließlich durch Kassenkredite ohne vernünftige, sachgerechte und rechtskonforme Haushaltsanschlüsse.

Dann kann auch so etwas nicht passieren, und hier müssen wir natürlich in die Folgezeit überleiten, wir haben ja auch jüngere Erfahrungen mit Ihnen gemacht, meine Damen und Herren vom Senat, auch diese Verletzung des Haushaltsrechts, die Mißachtung des Parlaments in Sachen finanzwirksamer Verpflichtung „Kongreßzentrum“ können nicht mehr passieren, wenn Sie ernst nehmen, daß Sie für Anschlüsse die entsprechende Deckung haben müssen. Wenn Sie also Verpflichtungsermächtigungen wie damals bei dem Pflegesatzrisiko einwerben, müssen Sie eine Abdeckung veranschlagen. Wenn Sie Zuschüsse leisten wollen, müssen Sie dafür einen Anschlag haben. Wenn Sie nach außen wirksame, rechtlich beständige Verpflichtungen eingehen, die finanziell wirksam sind, müssen Sie dafür eine Ermächtigung haben desjenigen, der das Budgetrecht hat, und das ist das Parlament.

Wenn Sie das beachtet hätten, wäre der Finanzskandal St. Jürgen nicht passiert, und es wäre nicht passiert das Kongreßzentrum. Nehmen Sie also bitte die letzte Ziffer ernst, und ich rufe das Haus insgesamt auf, auch als finanzpolitischer Sprecher, dafür zu sorgen, daß diese Vorschrift ernst genommen und vollzogen wird!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das war der erste Beitrag meiner Fraktion zum Ziehen von Konsequenzen, Abhilfemaßnahmen tauglich zu machen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie mindestens in der Tendenz uns in diesem pflichtgemäßen Begehren nicht zustimmen.

Herr Lojewski hat gesagt, der Untersuchungsausschuß sei das schärfste Mittel des Parlaments. Das ist richtig! Es ist ein Selbstreinigungsinstrument der ersten Gewalt im Staate. Wenn dieses Selbstreinigungsinstrument nicht richtig erfolgswirksam gebraucht wird, leidet das Ansehen und damit die Funktionsfähigkeit der ersten Gewalt im Staate. Sie sind alle, auch und gerade die Mehrheitsfraktion eines Verfassungsorgans, aufgerufen, die angemessenen Konsequenzen zu ziehen in personeller und in sachlicher Hinsicht. Tun Sie das bitte, wir würden Sie dabei mit Leidenschaft und in Erfüllung unserer Pflicht unterstützen! Hoffen wir das Beste!

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schumann.

(A) Abg. Frau **Dr. Schumann** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir, die GRÜNEN, halten den mit den Stimmen der Ausschußvertreter der SPD und CDU abgesehenen Mehrheitsbericht für eine gute und zuverlässige Grundlage, um sich einen gründlichen Einblick in die Mißstände, die sich im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße und seinem Umfeld entwickelt haben, zu verschaffen. Es kann sicher als gute Leistung gewertet werden, daß es gelungen ist, aus den Tausenden und Abertausenden von Akten- und Protokollseiten einen lesbaren Bericht herauszudestillieren. Dennoch haften dem Bericht Mängel an. Die GRÜNEN haben sich bemüht, mit entsprechenden Anträgen diese Mängel zu beheben. Damit sind wir nicht durchgedrungen. Der Bericht blieb lückenhaft und konnte deshalb unsere Zustimmung nicht finden. Was sind die Mängel? Hier möchte ich vier Punkte nennen:

Erstens und ganz entscheidend: Ein eigenständiges Kapitel über die Aufsichtsebene, das ursprünglich einmal vorgesehen war, ist entfallen. Darstellungen darüber, wie die Gesundheitsbehörde geleitet wurde und wie sie funktionierte, fehlen. Leitungsgremien wie etwa die kleine Runde werden kaum einmal erwähnt. Führungsstil und informelle Entscheidungswege bleiben bei der Analyse ausgespart, und das, obwohl die Aufsichtsebene bei der Beweiserhebung breiten Raum eingenommen hat.

(B) Wir sind der Auffassung, daß gerade das offensichtliche Nichtfunktionieren der Aufsicht eine zentrale Frage für den Untersuchungsausschuß hätte sein müssen, die vorrangiger Klärung bedarf. Erst eine Analyse ihrer Schwachstellen kann dazu beitragen, daß sie ihre Kontrollaufgaben effizienter wahrnehmen kann.

Die Fülle des Materials, das die Beweiserhebung erbracht hat, hätte hier vollständig ausgewertet werden müssen. Statt dessen bleiben die Schwachstellen weitgehend im Dunklen, und das Problem wird personalisiert. Herr Brückner ist für alles verantwortlich, und damit hat es sich. Diese Sündenbocktheorie lenkt von der Verantwortlichkeit anderer beteiligter Akteure ab.

Zweitens: Ebenfalls entfallen ist ein ursprünglich vorgesehenes Bewertungskapitel. Bewertungen lassen sich zwar im Bericht finden, vereinzelt und verstreut, aber ein Gesamtbild ergibt sich nicht, und vielfach werden Bewertungen überhaupt vermieden. Hier erweist sich der Mehrheitsbericht als halbherzig, hier schlägt die Angst vor der eigenen Courage durch, und hier hat es auch nachträglich Entschärfungen gegeben. Der Begriff des „Deals“ wurde schlichtweg durch den des „Handels“ ersetzt, obwohl Deal viel mehr meint, nämlich eine Art anstößigen Kuhhandel.

Herr Dr. Scherf sollte offenbar geschont werden ebenso wie zum Beispiel Herr Launspach. Letzteren betreffend wurde ein Absatz gestrichen, da ging es um die Zahlung einer Leistung, die nicht in einem an-

gemessenen Verhältnis zum Preis stand, und in diesem Absatz wurde das bewertet mit dem Wort „ungewöhnlich“. Zusätzlich wurde in diesem Absatz gesagt, daß die Begründung von Herrn Launspach für eben diese Zahlung nicht einleuchtet. Das ist also entfallen. Ich finde die Begründung von Herrn Launspach bis heute nicht einleuchtend, aber der SPD-Fraktion ist vermutlich inzwischen die Erleuchtung gekommen, vielleicht kann sie darüber ja einmal Aufklärung geben.

Auffällig ist in der Tat, daß mit einigen Personen weit kritischer umgegangen wird als mit anderen. In der Regel sind es die, deren politische Karrieren den Untersuchungsausschuß nicht überlebt haben. Geschont dagegen werden jene, die offenbar noch gebraucht werden. Geschont wird zum Beispiel auch Dr. Euler, der immerhin als Senatsdirektor von Herrn Brückner in exponierter Position stand und wesentliche Verantwortung für das Funktionieren seiner Behörde trug. Aber Eulers Rolle wird frei nach dem Motto, wer nichts tut, kann auch keine Fehler machen, abgehandelt.

Dazu dienen zwei dürftige Zitate, durchaus in süffisanter Weise ausgewählt, die offenbar jede weitere Analyse seiner Rolle überflüssig machen sollen. Für einen Hygieneerlaß habe Dr. Euler keinen Anlaß gesehen und wird dann folgendermaßen zitiert: „Wir haben es nicht an die erste Priorität gesetzt. Das ist doch auch schon Handeln, Nichtstun ist manchmal auch Handeln.“ Auch für Anweisungen hat Dr. Euler keine Möglichkeit gesehen, weil, so wird er zitiert: „Eine Anweisung bedeutet immer, daß man irgendwo, und ich habe das ja selbst mit vor Ort angeschaut, dann müßte man ja eine eigene Überlegung im Kopf haben.“ Soviel also zum Senatsdirektor im Mehrheitsbericht!

Drittens: Eine weitere Lücke im Mehrheitsbericht besteht darin, daß er sich nicht zu expliziten Empfehlungen und Verbesserungsvorschlägen durchringen konnte. Ich denke, wir hätten gemeinsam im Ausschuß Maßnahmen und Konsequenzen beraten müssen, die geeignet sind, derartigen Mißständen, wie sie im Bericht dargelegt werden, in Zukunft vorzubeugen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben ansatzweise versucht, dies in unserem Sondervotum nachzuholen. Ich denke allerdings, daß Empfehlungen, die vom gesamten Ausschuß getragen worden wären, ein ganz anderes Gewicht erhalten hätten. Mich wundert in dem Zusammenhang, daß da jetzt ein umfangreicher Antrag der CDU kommt,

(Abg. **Barsuhn** [SPD]: Wundert uns auch!)

denn unser Antrag, den wir im Ausschuß gestellt haben, nämlich ein Kapitel mit Empfehlungen nachzuliefern, ist von der CDU seinerzeit abgelehnt wor-

(C)

(D)

(A) den, sie sah überhaupt keinen Handlungsbedarf. Hier drängt sich der Eindruck auf, daß der SPD-Ausschußmehrheit allerdings auch nicht an Maßnahmen gelegen war, die mehr Transparenz in die Politik bringen könnten und Kontrollfunktionen zu stärken vermöchten. Solche Maßnahmen könnten ja der Strategie der ungehemmten Machterhaltung zuwiderlaufen.

Viertens und letztens: Der Bericht beschränkt sich auf die Zuordnung persönlicher Verantwortung. Galla ist an allem schuld, und wenn nicht er, dann Brückner. Mit dieser Personalisierung macht man es sich zu einfach. Problemlösungen werden folgerichtig dann auch nur darin gesehen, die Verantwortlichen aus ihren Funktionen zu entfernen, nach der Devise, die Sündenböcke müssen eben geopfert werden. Damit versperrt man sich den Blick auf Strukturen und ihre Ursachen und begibt sich möglicher Erklärungsansätze für das Gesamtgeschehen. Obwohl der Mehrheitsbericht punktuell auch auf Mißwirtschaft begünstigende Strukturen verweist, gelingt es ihm insgesamt nicht, die Einzelereignisse in ihren strukturellen Zusammenhängen zu analysieren. Dem Bericht fehlt eine analytische Qualität, er beschreibt die Ereignisse, aber erklärt sie nicht.

Das hört sich jetzt schrecklich abstrakt und akademisch an; was ich meine, hat Klaus Schlösser in der „taz“ vom 27.1.1990 viel besser zum Ausdruck gebracht. Lassen Sie mich deshalb mit Genehmigung des Präsidenten seine Stellungnahme zum Mehrheitsbericht zitieren!

(B) „Wenn es das gewesen sein soll, der Ausschuß hätte sich seine Arbeit auch sparen können, die fälligen Rücktrittsforderungen getrost der Opposition, Aribert Galla der Staatsanwaltschaft überlassen können. Aufgabe des Ausschusses war eine exemplarische Analyse des Beziehungsdschungels von Parteikarrieren, Verwaltungshierarchien und gemeinnützigen Vereinen, in denen sich für Bremer Sozialdemokraten politisch, privat und postenmäßig regelmäßig alles zum Besten fügt, Gemein- und Genossenwohl bruchlos ineinander aufgehen. Was der Ausschuß zustande gebracht hat, ist ein Plädoyer für einen ordentlich funktionierenden Filz. Am Filz selbst hat anscheinend niemand mehr etwas auszusetzen.“

Ohne die Einbeziehung des von Schlösser so genannten Beziehungsdschungels werden wir nicht wirklich begreifen, was in und um die St.-Jürgen-Klinik herum wirklich vorgegangen ist. Hier setzt unser Sondervotum an, und hieraus erklärt sich auch seine Notwendigkeit. Es reicht doch nicht, augenfällige Mißstände mit Personalaustausch und millionenschweren Investitionsprogrammen zu bekämpfen. Genauso wichtig für die Zukunft ist doch, endlich ein Problembewußtsein dafür zu schaffen, daß Allgemeinwohl und Parteiwohl nicht deckungsgleich sind,

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

daß parteipolitische Verflechtungsstrukturen überall — nicht nur in Bremen, aber auch hier — Mißwirtschaft begünstigen, weil sie tendenziell zum Aushebeln von Kontrollmechanismen führen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Untersuchungsausschußbericht, der diese parteipolitischen Verflechtungen nicht einmal beim Namen nennt — das Wort Filz taucht kein einziges Mal im Bericht auf —, der lügt sich doch in die eigene Tasche. Vergleichen Sie nur einmal die Medienberichterstattung während der Beweisaufnahme mit dem Mehrheitsbericht! Lesen Sie die Kommentare von Christian Siegel noch einmal nach, und wie titelte einst die „Nordsee-Zeitung“: „Schwarze Kassen und viel Filz in der Klinik“! Oder die „Bremer Nachrichten“: „SPD-Bremen, wie es filzt und fördert“! Da hat doch eine ganz andere Wahrnehmung vorgeherrscht, da war die in der Öffentlichkeit so genannte Schwarzgeldklinik nicht nur ein Synonym für Mißwirtschaft und Korruption, bezogen auf die Person Gallas, sondern auch ein beispielhaftes Phänomen für undurchsichtige Interessenverquickungen zwischen Pharma- und Medizinindustrie, Krankenhaus, Förderverein, Arbeitersamariterbund und politischer Ebene.

Hier hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, ein vollständiges Bild zu erhalten, hier läßt sich doch niemand mehr für dumm verkaufen. Ein Untersuchungsausschuß, der mit ungeheurem Aufwand ein Jahr lang Beweiserhebungen durchführt, darf sich nicht aus parteipolitischen Rücksichtnahmen damit begnügen, die zentralen Fragen letztlich unbeantwortet zu lassen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

nämlich warum wurde Galla überhaupt zum Verwaltungsdirektor berufen, warum wurde er trotz Bekanntheits seines Mißmanagements nicht frühzeitig abberufen, und warum wurde er auf dem Vereinbarungswege mit vorgeschobenen gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand geschickt?

Bei Berücksichtigung parteipolitischer Interessenlagen lassen sich hier durchaus plausible Antworten finden, auch wenn sie nicht bis ins letzte beweisbar sind, weil solche handlungsleitenden Motive natürlich nicht aktenkundig gemacht werden, das liegt in der Natur der Sache. Aber es ist legitim und auch notwendig, Sachverhalte im Zusammenhang zu sehen und zu interpretieren und diese Interpretation auf Plausibilität zu prüfen.

Ein Untersuchungsausschußverfahren ist kein Gerichtsverfahren, es geht nicht um den lückenlosen Nachweis von justitiablem Fehlverhalten oder von schuldhaftem Handeln, das strafrechtliche Sanktionen nach sich zieht, sondern es geht um die Durchleuchtung politischer Verantwortlichkeiten und um das Nachvollziehbarmachen politischer Entschei-

- (A) dungen. Deshalb haben wir die Pflicht, uns nicht nur mit der Darstellung eindeutiger Sachverhalte zu begnügen, sondern sie auch im Lichte ihres wechselseitigen Zusammenspiels zu deuten.

Den Erklärungshintergrund für den St.-Jürgen-Skandal bilden im Sondervotum der GRÜNEN die sogenannten Bremer Verhältnisse, deren Spezifikum darin besteht, daß hier eine Partei, die SPD, seit über 40 Jahren ununterbrochen in der Regierungsverantwortung steht, ein Machtwechsel wie in vielen anderen Bundesländern also nicht stattgefunden hat. Dies hat zur Folge, daß der öffentliche Dienst von einer hohen Zahl von Parteimitgliedern durchsetzt ist und umgekehrt, nach Aussage von Klaus Wedemeier, 53 Prozent der SPD-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst stammen.

Unsere These lautet daher, die Bremer Verhältnisse zeichnen sich dadurch aus, daß das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung aufgeweicht wird, und zwar erstens durch eine Interessenverflechtung zwischen Exekutive und Legislative: Die Mehrheitsfraktion nimmt ihre parlamentarischen Kontrollaufgaben nur unzureichend wahr, denn ihre vorherrschende Versorgungsmentalität bringt sie — zumindest tendenziell — in übergroße Abhängigkeit von der Exekutive.

- (B) Zweitens wird das Gewaltenteilungsprinzip dadurch aufgeweicht, daß Parteiinteressen ziemlich ungebremst in den Behördenapparat vordringen, was die Gefahr mit sich bringt, daß das Allgemeinwohl hinter dem Parteiwohl zurücktritt beziehungsweise beides unzulässig miteinander vermengt wird. Dieses Vordringen der Parteiinteressen beschränkt sich aber nicht auf den Behördenapparat, sondern gilt auch für manche Wohlfahrtsverbände und andere Bereiche. Peter Groth schrieb dazu schon vor zwei Jahren in den „Bremer Nachrichten“ folgendes, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Der Bremer Filz ist keine Erfindung der Opposition, selbst nachdem die Sache mit Galla ruchbar wurde, werden munter weiter Posten und Personen geschoben. Was würden sich die Regierenden im Senat und in der Mehrheitsfraktion eigentlich vergeben, wenn sie Positionen bei der Volkshochschule, bei der Bremer Straßenbahn AG, beim Rechnungshof, in der Justiz, im Uni-Filminstitut und wer weiß wo noch nicht nur öffentlich ausschrieben, sondern dann auch wirklich den Besten oder die Beste auswählten?“

Die Berufung Gallas zum Verwaltungsdirektor ist also nur ein Beispiel. Ein anderes sind die Interessenverquickungen zwischen dem ZKH und dem ASB, die sich allein schon in den vielfältigen Funktionen ausdrücken, die Herr Galla zum einen und Herr Tepperwien zum anderen ausgeübt haben. Herr Tepperwien als Landesvorsitzender des ASB hatte eine Aufsichtsfunktion gegenüber dem Vorsitzenden des ASB-Ortsverbandes Bremen-Mitte, Herrn Galla. Dieser wiederum hatte eine solche Funktion als Aufsichtsratsmitglied der ASB-Altenwohn- und Pflegeheim GmbH gegenüber Herrn Tepperwien als Ge-

(C) schäftsführer dieser GmbH. Herr Tepperwien als Sprecher der Gesundheitsdeputation wiederum hatte Aufsichtsfunktion gegenüber dem ZKH, also auch dessen Verwaltungsdirektor Galla. Wie gut diese gegenseitige Aufsicht bei einem derart engen Verzahnungs- und Abhängigkeitsverhältnis funktioniert haben mag, kann sich jeder selbst ausmalen. Hier jedenfalls haben wir ein Beispiel, wo das System der Interessenverquickung seine höchste und unübertroffene Vollendung erreichte.

Kennzeichnend für etablierte Parteien ist auch, daß das Risiko des Mandatsverlustes kein individuelles bleibt, sondern durch Auffangnetze vergesellschaftet wird. Versorgungsfälle unterzubringen bereitet in der Regel keine größeren Schwierigkeiten für die Parteien, die an der Macht sind. Groths Beispielliste ließe sich beliebig verlängern. Daß dies zu Lasten anderer gehen kann, zum Beispiel einer langjährigen Kantinenpächterin auf dem Gelände des ZKH, wird dabei unfairerweise in Kauf genommen. Der Fall Launspach scheint uns hierfür exemplarisch zu sein.

(D) Daß sich Mandatsträger, wenn sie nur der richtigen Partei angehören, gelegentlicher Vorzugsbehandlungen erfreuen können, läßt sich am Fall des geschätzten Kollegen Monnerjahn demonstrieren, der jetzt allerdings nicht anwesend ist. Er als einziger unter allen Betroffenen wurde von der Justizbehörde befragt, ob er mit der Weiterleitung von ihm betreffenden Akten an den Untersuchungsausschuß einverstanden wäre. Dieses Privileg wurde mit Verweis auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht legitimiert, einer für diesen Fall unhaltbaren juristischen Begründung, denn die Akten enthielten überhaupt keine Personaldaten von Dr. Monnerjahn.

Eine gravierende Folge der Aufweichung der Gewaltenteilung durch die Ausweitung der parteipolitischen Einflußsphäre in alle möglichen öffentlichen und halböffentlichen Bereiche besteht im Versagen von Kontrolle, das heißt, die eingebauten Kontrollmechanismen funktionieren nicht mehr richtig. Das System gegenseitiger Abhängigkeit unterbindet Kontrolle; das Bewußtsein, derselben politischen Partei anzugehören, befördert Lagerdenken und damit blinde Loyalität. Man ist eben nicht in erster Linie Abgeordneter, der zum Beispiel dem Senat scharf auf die Finger zu schauen hätte, sondern dem Senator als Parteifreund oder Genosse verbunden. Die parteipolitische Loyalität hat Priorität. Sie zu verletzen kann riskant sein, die Karriere verderben und in die Isolation führen. Das wissen Sie von der SPD-Fraktion alles viel besser als ich, Sie kennen die Beispiele aus Ihren eigenen Reihen, die zeigen, mit welcher gräßlichen Sanktionen zu rechnen ist, wenn man aus der Reihe schert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund ist das Instrument innerparteilicher Kontrolle, die man Galla ja hätte angeheißen

(A) lassen können, wenn man sich schon scheute, ihn offiziell mit Hilfe von Anweisungen zur Raison zu bringen, schon von vornherein stumpf. Auf parteipolitischer Schiene konnte man Galla offenbar nicht erfolgreich an die Kandare nehmen. Aber auch die Kontrollmechanismen der Aufsichtsbehörde müssen versagen, wenn sich neben der offiziellen Verwaltungsstruktur informelle, parteipolitisch orientierte Entscheidungsstrukturen herausbilden, die die Wirksamkeit der ersteren tendenziell lahmlegen.

Was nutzt das redliche Bemühen einiger Behördenmitarbeiter, Galla unter Kontrolle zu bringen, wenn ihre Versuche von der Behördenspitze letztlich blockiert werden, weil es nicht opportun erscheint, öffentlich einzugestehen, daß sich Galla für das Management des ZKH als eklatanter Fehlgriff erwiesen hat.

Das Versagen der Kontrolle im Zentralkrankenhaus selbst kann ebenfalls als Folge von Filzstrukturen betrachtet werden, primär als Ergebnis der Klüngelwirtschaft, die Galla um sich herum aufbaute, und des Nimbus, ein Mann mit einflußreichen Beziehungen bis hinauf in höchste politische Ebenen zu sein. Kritische Geister, die Gallas Geschäftsgebaren bemängelten, mußten mit Sanktionen rechnen. Was Wunder, daß sich im Krankenhaus statt Zivilcourage Duckmäsertum breitmachte und niemand es wagte, die Behörde auf häufige Normverstöße bei Beschaffungsvorgängen und Auftragsvergaben hinzuweisen! Hier hätte im übrigen eine aktive Personalratspolitik für die Zukunft eine lohnende Aufgabe darin, diesem Duckmäsertum entgegenzuwirken.

(B) Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu Herrn Brückner sagen, ich freue mich, daß er da ist und hier hoffentlich selbst Stellung nehmen kann! Er ist als Gesundheitssenator seiner Verantwortung nicht gerecht geworden, vielleicht aus falschen politischen, parteipolitischen Rücksichtnahmen heraus, die letztlich nicht nur ihm, sondern sozialdemokratischer Gesundheitspolitik in Bremen insgesamt geschadet haben, zumindest im Krankenhausbereich.

Gallas Unfähigkeit, das ZKH effizient zu leiten, wurde spätestens zu Beginn der achtziger Jahre bei den Pflegesatzverhandlungen deutlich, als sich erwies, daß Galla dafür keine ausreichenden Vorbereitungen getroffen hatte. Mitarbeiter der Behörde mußten in nächtelanger Arbeit hier nachbessern, was Galla versäumt hatte.

Brückner selbst hat vor dem Untersuchungsausschuß darauf hingewiesen, daß seine Mitarbeiter die defizitäre Arbeit Gallas hier kompensieren mußten, und hat eingeräumt, daß es bereits zu Beginn der achtziger Jahre Ärger mit dem Krankenhaus beziehungsweise mit Herrn Galla gab. Später dann, 1983, 1984, sagt Brückner, ich zitiere, „waren die Überlegungen klar, wir müssen an der Spitze des Hauses etwas ändern“. Aber er will den hauptverantwortlichen Mann nicht mitten in der Wirtschaftsprüfung hinaussetzen, um, wie er sagt, das Chaos nicht total zu machen, obwohl ihm klar war, daß die Wirt-

schaftsprüfung darunter leidet, daß ihr die Direktion keine Unterstützung entgegenbringt und keine Bereitschaft zeigt, ich zitiere, „so vorzuarbeiten, daß ein bestmögliches Ergebnis für das Krankenhaus herauskommt“.

Die Schwachstelle der Klinik, nämlich ihre Leitungsstruktur, war also bekannt. Hier wurde mithin Unfähigkeit gedeckt und wider besseres Wissen tatenlos zugesehen, wie der Klinik Schaden entstand durch die mangelnde Bereitschaft Gallas, die Wirtschaftsprüfung im Interesse produktiver Pflegesatzverhandlungen zügig zu unterstützen. Anstatt Galla weiterwursteln zu lassen, hätte Brückner nach unkonventionellen Lösungen suchen müssen.

Er hätte zum Beispiel, wenn er schon Gallas Ablösung scheute, ihm einen Stab von Leuten mit Managementenerfahrung an die Seite stellen können. Dies wäre weitaus billiger zu stehen gekommen im Vergleich zum Schaden, der durch das Mißmanagement Gallas und die desaströsen Pflegesatzverhandlungsergebnisse schließlich entstand.

Eine solche Politik hätten den Kassen signalisiert, daß man bereit sei, die Schwachstellen in der Klinik zu beheben, nämlich die Datenlage zu verbessern und vorgesehene Rationalisierungsmaßnahmen endlich zügig umzusetzen. Galla hatte beides blockiert. Dem Gesundheitssenator hätte klar sein müssen, daß vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession und bei sinkenden Beitragseinnahmen der Krankenkassen die Auseinandersetzungen um Pflegesätze härter werden würden und man diese nur gewinnen könnte mit der Darlegung transparenter Kostenstrukturen.

Eine frühzeitige Inaussichtstellung einer Verbesserung der Kostenstruktur des ZKH durch entsprechende Investitionsmaßnahmen hätte den Kassen eine vernünftige Risikokalkulierung erlaubt und Brückners gesundheitspolitische Handlungsspielräume erweitert, weil den Kassen vor dem Hintergrund einer soliden Risikoabschätzung Zugeständnisse in den Pflegesatzverhandlungen sicher leichter gefallen wären. Daß Galla ein unfähiger Verwaltungsdirektor und damit ein kostenträchtiges Risiko war, ist den Krankenkassen jedenfalls nicht verborgen geblieben.

Hier dieses Problem damit lösen zu wollen, daß man die Behördenmitarbeiter dazu abstellte, selbst die Daten im Sinne einer Ersatzvornahme zusammenzustellen, die die Wirtschaftsprüfer und die Kassen brauchten, war ein unbrauchbarer Lösungsansatz. Originäre Verwaltungsaufgaben der Klinik können nicht optimal ersatzweise von außen durch eine Behörde wahrgenommen werden, deren eigentliche Aufgabe als Aufsichtsinstanz die Kontrolle des ZKH gewesen wäre. Hier liegt Brückners eigentliches Versagen. Er besaß nicht den Mut, ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessenlagen, Loyalitäten und Verflechtungen Galla kaltzustellen, um Platz zu schaffen für eine vernünftige Klinikleitung, die bei den Krankenkassen Vertrauen erweckt hät-

(C)

(D)

(A) te. Durch das Festhalten an einem Mann wie Galla hat sich Brückner seine gesundheitspolitischen Spielräume letztlich selbst zunichte gemacht.

Der Schaden, der direkt oder indirekt durch Galla erzeugt wurde, dauert bis heute fort. Das ZKH ist durch den Skandal in einen schlechten Ruf geraten, unter dem nicht nur die Mitarbeiterschaft leidet, sondern der auch ungerechterweise die hervorragenden medizinischen Leistungen der Klinik mit in seinen Strudel gezogen hat.

Noch immer kämpft das ZKH seinen Kampf mit den Kassen. Bis heute mißtraut man offenbar dem Datenmaterial, schon wieder muß eine alle Beteiligten belastende Wirtschaftsprüfung stattfinden, um endlich zu kostendeckenden Pflegesätzen vorzustoßen.

Gleichzeitig ist nirgends der Pflegenotstand größer in Bremen als im ZKH. Gesundheitspolitisch sind die Spielräume in Bremen eng geworden. Eine innovative Gesundheitspolitik findet in Bremen nicht mehr statt. Sie kann eben auch nur mit den Kassen und nicht gegen sie stattfinden, aber die, so scheint es, haben die Nase erst einmal gestrichen voll. Statt dessen beschränkt sich Gesundheitspolitik im Krankenhausbereich vor allem auf Mängelverwaltung und Schadensbegrenzung, auf die Kompensation alter Defizite, die Galla hinterlassen hat.

(B) Aber auch den damaligen Gesamtsenat trifft Verantwortung, er hat Investitionsmittel gekürzt, die nötig gewesen wären, um die apparative Ausstattung der Klinik auf dem modernsten Stand zu halten. Er hat damit den vielfältigen Versuchen der Umwegfinanzierung Vorschub geleistet und Galla sein Spiel erleichtert. Das, was Senator Brückner nicht wagte oder nicht gewollt hat, hat Bürgermeister Scherf dann später versucht, nämlich ohne Rücksicht auf Filz, und das heißt vollständige Rückendeckung, Galla als Verwaltungsdirektor abzulösen. Zumindest habe ich gehört, daß angeblich, oder das haben wir auch schon gehört, Herr Tepperwien diese Entscheidung nicht gestützt hat, und angeblich auch Herr Brückner nicht. Herr Dr. Scherf hat sich nicht den Blick trüben lassen, sondern realitätstüchtig erkannt, daß im ZKH Mißstände vorlagen, die Galla zu verantworten hatte. Er hat gehandelt, und zwar schnell, um seiner Nachfolgerin einen sauberen Tisch zu hinterlassen.

Daß diese Ablösung letztlich wiederum nur auf einem verfilzten Wege zustandekam, nämlich an bestehenden Rechtsvorschriften vorbei, als unübliche Vereinbarungslösung, bei der sich Galla bereit erklärt, ein ärztliches Gutachten, das seine Ruhestandsversetzung legitimieren soll, beizubringen und im Gegenzug sich Unterstützung bei einer eventuellen wirtschaftlichen Existenzgründung vom Senator zusichern läßt, scheint mir symptomatisch. Den Bremer Verhältnissen ist eben nirgends zu entkommen, sie setzen sich immer wieder durch, und daran wird sich wohl erst etwas ändern, wenn sich in

Bremen einmal die Mehrheitsverhältnisse verschieben sollten. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Abschließend noch ein Wort zu den Konsequenzen, die wir GRÜNEN aus den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses ziehen! Erstens: Die Wirksamkeit der Aufsicht über die St.-Jürgen-Klinik durch die Gesundheitsdeputation war abhängig von der Informationspolitik des Senators und seiner Behörde. Dieser parlamentarische Kontrollmechanismus kann nicht funktionieren, wenn SPD-Deputierte bei der Informationsvergabe bevorzugt werden, den Oppositionsdeputierten aber heikle Informationen vorenthalten werden. Wir verlangen daher, daß alle Deputierten bei der Informationsvergabe gleich behandelt werden. Umfassende und gleichmäßige Informierung ist keine Holschuld der Opposition, sondern eine Bringschuld der Verwaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Zweitens: Die Einstellungs- und Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst muß nach rein sachlichen Kriterien erfolgen, daß heißt, die geforderte Qualifikation muß im Mittelpunkt stehen, die Parteizugehörigkeit darf kein Kriterium sein. Die niedersächsischen GRÜNEN haben einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung partei- und verbandspolitischer Patronage im öffentlichen Dienst in den Landtag eingebracht. Er sieht unter anderem vor eine generelle Ausschreibungspflicht, eine Stärkung der Rechte abgewiesener Bewerber und Offenlegungs- und Begründungspflichten. Die Bremer GRÜNEN haben die Absicht, einen ähnlichen Gesetzentwurf für Bremen vorzulegen. (D)

Drittens: Wir unterstützen den Antrag der FDP-Fraktion, das Bremische Beamtengesetz in der Weise zu ändern, daß die Feststellung der Dienstunfähigkeit eines Beamten nur auf der Basis eines amtsärztlichen Zertifikats erfolgen darf. Hier war das Bremische Beamtengesetz lückenhaft, die Änderung betrachten wir als eine notwendige Angleichung an das Bundesbeamtengesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Viertens: Der sogenannte Dienstweg, auf dem bei Beschwerden verwiesen wird, hat sich im Falle der St.-Jürgen-Klinik nachweisbar als Sackgasse erwiesen. Daher ist zu überlegen, ob nicht eine unabhängige Beschwerdestelle einzurichten ist, analog zum Datenschutzbeauftragten oder Wehrbeauftragten wäre eine Art Ombudsmann denkbar, der die Aufgabe hat, Beschwerden nachzugehen, die sich auf den Bereich des öffentlichen Dienstes beziehen.

Fünftens: Unser Hearing vor einer Woche zum Thema Untersuchungsausschußgesetz hat uns eine

(A) Reihe von Anregungen zur Novellierung dieses Gesetzes gebracht. Dabei steht im Vordergrund, stärkere Schutzrechte für die Zeugen im Gesetz zu verankern sowie die Minderheitenrechte der Opposition im Untersuchungsausschuß auszubauen. Wir sind dabei, einen entsprechenden Antrag für die Bürgerschaft vorzubereiten.

Soviel zunächst! Zum Antrag der CDU werden wir später Stellung nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Welke.

Abg. **Welke** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den im Mehrheitsbericht enthaltenen Sachverhaltsdarstellungen stimmt die FDP im wesentlichen zu. Wir kritisieren jedoch, daß die SPD nicht bereit war, die zutreffend dargestellten Sachverhalte auch schonungslos politisch zu bewerten.

(Beifall bei der FDP — Vizepräsident Frau  
L e i n e m a n n übernimmt den Vorsitz.)

Die SPD versucht, mit ihrem Bericht den Eindruck zu erwecken, als sei dieser Skandal eine Folge unglücklicher Fehlentscheidungen und individuellen Fehlverhaltens. Die SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuß fanden leider nicht den Mut, eindeutig zu erklären, daß dieser Skandal ein Lehrstück für Parteibuchwirtschaft und Filz ist.

(B)

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

In dem von der Mehrheit getragenen Bericht bilden Sachverhaltsdarstellungen und -bewertungen eine untrennbare Einheit. Die FDP hat deshalb, ebenso wie die GRÜNEN, diesen Bericht abgelehnt und ein eigenes Minderheitenvotum vorgelegt. Ich möchte meinen Beitrag insbesondere auf folgende Fragen konzentrieren: Wie ist die SPD mit den ermittelten Sachverhalten im Hinblick auf die Bewertung umgegangen? Warum hat sie nicht das Kind beim Namen genannt, warum taucht in diesem ganzen Bericht nicht ein einziges Mal das Wort Filz auf? Ich möchte diesen Nachweis für die unzulängliche Bewertung der SPD an drei Komplexen verdeutlichen: erstens Gallas Werdegang, zweitens Gallas Amtszeit als Verwaltungsdirektor, drittens Gallas Entlassung.

Zum ersten Komplex! Es stellt sich doch die Frage, wie es geschehen konnte, daß ein offensichtlich für diese Funktion völlig ungeeigneter Bewerber Verwaltungsdirektor der größten bremischen Klinik mit einem Umsatz von über 200 Millionen DM werden konnte. Schon im Jahre 1973 — Herr Klein hatte das vorhin kurz angesprochen, ich will das aber noch einmal aufgreifen und vertiefen — hatte sich Herr Galla um den Posten eines Verwaltungsdirektors dieser Klinik beworben. Der damalige Verwaltungsdirektor und ein leitender Beamter hatten Herrn Galla

zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen und kamen dann abschließend zu dem vernichtenden Ergebnis, wegen der fehlenden Krankenhaus- beziehungsweise gleichwertigen Betriebserfahrung sowie der einerseits unbekümmerten, andererseits jovialen Art des Auftretens sei von einer Berücksichtigung dieses Bewerbers abzusehen.

(C)

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Da Herr Galla zur damaligen Zeit offensichtlich noch nicht über ausreichende parteipolitische Beziehungen verfügte, reichte dieser Rat der Beamten noch aus, ihn nicht in dieses Amt zu berufen.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Im März 1974 bewarb sich Herr Galla dann um die Stelle eines Planungsbeauftragten beim Gesundheitssenator. Nach einem Vorstellungsgespräch, an dem auch der damalige Senatsdirektor Dr. Hennemann teilnahm, stellte der Leiter der Planungsstelle unter anderem fest, ich zitiere: „Herr Galla verfügt über keine Präferenzen für die Einstellung eines Planungsbeauftragten.“ Trotz der fehlenden Qualifikation wurde Herr Galla als Planungsbeauftragter mit der Besoldungsgruppe I a eingestellt, das entspricht etwa dem Amt eines Regierungsdirektors.

Eine wesentliche Rolle, Herr Klein hatte auch schon darauf hingewiesen, spielte hier offensichtlich die Intervention des SPD-Bürgerschaftsabgeordneten und Vizepräsidenten der Bürgerschaft Herrn Bugla. Nur dieser Intervention des Herrn Bugla ist es zu verdanken, daß Herr Galla trotz fehlender Qualifikation dieses Amt erhalten konnte. Ende 1975 bewarb sich dann Herr Galla um die inzwischen erneut frei gewordene Stelle des Verwaltungsdirektors an der St.-Jürgen-Straße. Die Situation hatte sich im Hinblick auf seine Qualifikation in keiner Weise geändert. Die einzige Änderung, die gegenüber der Situation von 1973 zu verzeichnen war: Herr Galla verfügte jetzt inzwischen über die notwendigen guten parteipolitischen Beziehungen.

(D)

Während seiner Tätigkeit als Planungsbeauftragter hatte Herr Galla sich inzwischen in der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitswesen engagiert und war zum Schriftführer aufgestiegen. Vorsitzender dieser Organisation war der damalige Senatsdirektor im Gesundheitsressort Dr. Hennemann, der bei der Einstellung des Herrn Galla noch eine bedeutsame Rolle spielen wird.

Der Untersuchungsausschuß hat übereinstimmend festgestellt, daß Herr Galla nicht die in der Stellenausschreibung geforderten Qualifikationen besaß. Dies gilt insbesondere für die vordringliche Qualifikation „Erfahrung in der Leitung eines Krankenhauses.“ Hier war sein Qualifikationsstand gleich Null. Der Untersuchungsausschuß hat außerdem festgestellt, daß es zahlreiche geeignete Bewerber gab. Schon für die Entscheidung, Herrn Galla überhaupt in die engere Auswahl zu nehmen, gibt es keine sachliche Begründung.

(A) Besonders merkwürdig ist das Verhalten des Herrn Dr. Hennemann. Er hat daran mitgewirkt, daß Herr Galla diese Position erhielt trotz besseren Wissens. Ich darf zitieren, wie er die Qualifikation des Herrn Galla einschätzte: „Bedenklich an der unteren Grenze dessen, was verlangt wurde.“ Trotzdem setzte sich Herr Dr. Hennemann offensichtlich dafür ein, daß Herr Galla dieses Amt erhielt.

Die Wahl des Aribert Galla wurde am 15.1.1976 von den Deputierten der SPD gegen die Stimmen der Opposition durchgedrückt. Der für das Krankenhauswesen zuständige Senatsrat Happel machte noch einen letzten vergeblichen Versuch und intervenierte beim Senator Brückner, denn dieser Senator hätte ja noch die Möglichkeit gehabt, dem Votum der Deputation nicht zu folgen. Herr Senator Brückner ging nicht auf die Bedenken des Senatsrats Happel ein.

Angesichts des Fehlens jeglicher sachlicher Begründung bleibt für die FDP nur festzustellen, daß Herr Galla ausschließlich wegen guter parteipolitischer Beziehungen Verwaltungsdirektor der St.-Jürgen-Straße geworden ist.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Der Erklärungsversuch im SPD-Bericht, es habe sich um einen personellen Fehlgriff gehandelt, wie er natürlich bei jeder Stellenbesetzung einmal vorkommen kann, ist für uns nicht überzeugend. Wir empfinden dies als eine reine Schutzbehauptung. Die Karriere des Aribert Galla ist eine eindeutige Folge von Parteibuchwirtschaft mit den bekannten schlimmen Folgen.

(B) Zum zweiten Komplex: Wie konnte es passieren, daß dieser offensichtlich untaugliche Verwaltungsdirektor fast zwölf Jahre lang ungehindert eine nicht mehr zu überbietende Mißwirtschaft in der St.-Jürgen-Straße betreiben konnte? Der SPD-Bericht leugnet die engen parteipolitischen Beziehungen Aribert Gallas zu wichtigen politischen Entscheidungsträgern in Bremen. Er spricht davon, Herr Galla habe sich gegenüber Dritten mit dem Nimbus eines Menschen umgeben, der über gute politische Beziehungen verfüge — mit dem Nibus! —, und spricht sogar im Zusammenhang mit Herrn Galla von einem politischen Hochstapler.

Nach unseren Erkenntnissen, und die sind gestützt durch vieles, was wir im Untersuchungsausschuß gehört haben, ist dies eine falsche Darstellung. Herr Galla verfügte zweifellos über beste Beziehungen zu wichtigen politischen Mandatsträgern. Ich will das an einigen Beispielen jetzt konkret belegen. Herr Kollege Dittbrenner, Sie machen schon ein etwas süßsaureres Gesicht, aber ich kann Ihnen das leider nicht ersparen.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Süßsauer? Fröhlich!)

(C) Erstens: Herr Galla war, wie schon erwähnt, von 1974 bis 1976 Schriftführer der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitswesen. Vorsitzender war zuerst Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann, ab 1976 dann der Sprecher der Gesundheitsdeputation, Herr Tepperwien.

Zweitens: Herr Galla stand in einer engen politischen und verbandspolitischen Beziehung zum Sprecher der Gesundheitsdeputation, dem SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Fritz Tepperwien. Dies gilt vor allem für Kontakte zur schon genannten Landesarbeitsgemeinschaft, aber auch insbesondere für die gemeinsame Tätigkeit für den ASB. Aus dieser Tätigkeit für den ASB ergaben sich dann für Herrn Galla weitere Kontakte zu einflußreichen Sozialdemokraten. Ich will das am Beispiel Verkauf des Personalwohnheims IV in der St.-Jürgen-Straße einmal verdeutlichen.

Interessant ist wirklich, sich die Beteiligten und ihre parteipolitische Zugehörigkeit anzusehen. Beteiligt waren als Verkäufer des Personalwohnheims die Bremische Gesellschaft für Stadtentwicklung und Stadterneuerung, Geschäftsführer der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Egon Kähler. Zweiter Beteiligter, als Käufer, war der Landesverband des ASB, Vorsitzender und Geschäftsführer der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und Sprecher der Gesundheitsdeputation Fritz Tepperwien! Dritter Beteiligter war Verwaltungsdirektor des Zentralkrankenhauses und gleichzeitige ASB-Funktionär Aribert Galla, und als vierter, und das scheint mir auch kein Zufall zu sein, das Büro des Notars Dr. Rudolf Monnerjahn, Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Das heißt, die Beteiligten waren alles Genossen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Reinstes Heimspiel!)

(D) Wie lief nun dieses Geschäft ab? Herr Klein war vorhin schon etwas darauf eingegangen, Frau Schumann auch, ich will es jetzt mit Zahlen noch deutlich unterlegen. Ohne irgendeinen Versuch, das Objekt am Markt meistbietend anzubieten, wird das Wohnheim zum Buchwert von 550 000 DM an den ASB verkauft. Dabei wird dem ASB auch noch als zusätzliche Vergünstigung die Übernahme verbilligter staatlicher Kredite gewährt. Der vom Untersuchungsausschuß beauftragte Gutachter ermittelte einen Verkehrswert von 850 000 DM bis 950 000 DM, zusätzlich 80 000 DM für Leistungen, die der ASB eigentlich nach dem Vertrag hätte erbringen müssen, die er aber in der Folge nicht erbracht hat. Wir können also von einer Summe von rund einer Million DM Verkehrswert ausgehen.

Auch das war den so eng miteinander verbundenen Personen offensichtlich noch nicht genug. Um die Rentabilität des Deals noch zu erhöhen, wurde die Pacht für den Speisesaal dieses Wohnheims zu Lasten des Krankenhauses um 166 Prozent erhöht. Wenn man diese Zahl sieht, dann kann man sagen,

- (A) die Mieter haben noch Glück gehabt, denn ihre Miete wurde vom neuen Eigentümer ASB nur um 47 Prozent erhöht.

Besonders interessant an der Beziehung zwischen Herrn Galla und dem Sprecher der Gesundheitsdeputation ist die Situation bei der ASB-Alten- und Pflegeheim GmbH. Auf Vorschlag von Herrn Tepperwien wird 1980 Herr Galla in den Aufsichtsrat gewählt. Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist der Sprecher der Gesundheitsdeputation Fritz Tepperwien. Eine wirklich kuriose Situation! Fritz Tepperwien soll in seiner Funktion als Deputationssprecher den Krankenhausdirektor Galla überwachen, und Herr Galla überwacht umgekehrt in seiner Funktion als Aufsichtsratsmitglied den Geschäftsführer Tepperwien.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, man kann sich wohl vorstellen, wie intensiv diese gegenseitige Kontrolle erfolgte!

(Abg. Klein [CDU]: Wechselseitig! —  
Abg. Gassdorf [CDU]: Das nennt man  
Nichtangriffspakt! — Heiterkeit bei der CDU  
und bei der FDP)

Ich teile Ihre Auffassung, Herr Kollege!

- (B) Drittes Beispiel: Herr Galla begünstigt den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ewald Launspach bei der Verpachtung der Krankenhauskantine. Der Untersuchungsausschuß stellte fest, daß es für die Kündigung der langjährig tätigen Pächterin im Zentralkrankenhaus keine sachliche Begründung gab. Der Ausschuß stellte des weiteren fest, daß für die Neuverpachtung das zuständige Liegenschaftsamt bewußt ausgeschaltet wurde. Außerdem erfolgte keine Ausschreibung, wie es in einem derartigen Fall hätte üblich sein sollen, und schließlich wurde eine schriftliche Bewerbung eines erfahrenen Gastronomen nicht berücksichtigt.

Wenn der Bericht auf den neuen Pächter Ewald Launspach eingeht, spricht er ständig vom ehemaligen Taxiunternehmer. Nicht erwähnt wird hierbei der Umstand, daß es sich bei Ewald Launspach um den damaligen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten handelte. Er suchte bekanntermaßen seit 1981, als er als Geschäftsführer bei einem Taxiunternehmen ausscheiden mußte, eine neue Existenzgrundlage. Hierbei sprang ihm Herr Galla hilfreich zu Seite.

Neben dem Pachtvertrag erhielt Herr Launspach noch kostenlos fünf Monate das Inventar, außerdem spendierte Herr Galla auf Rechnung des Krankenhauses 30 neue Stühle und zehn Tische. Beide Leistungen hatten einen Gesamtwert von 13 000 DM, dies ist auch im Bericht festgehalten. Nicht in DM beziffert, obwohl genannt, ist im Bericht, daß Herr Galla diese Kantine völlig renovieren ließ, die Kosten gingen selbstverständlich zu Lasten des Kranken-

- hauses. Das war für Herrn Galla offensichtlich ein (C)  
Akt notwendiger christlicher Nächstenliebe.

(Abg. Klein [CDU]: Aber Launspach zahlte 4500 DM an Hoops!)

Die vorherige Pächterin hat in den 25 Jahren ihrer Tätigkeit alle Ausgaben für Renovierung, Inventar und so weiter aus eigener Tasche zahlen müssen. Sie verfügte offensichtlich nicht über die guten Beziehungen, oder, was anzunehmen ist, sie hatte wohl auch nicht das richtige Parteibuch.

Vierter Komplex der Beziehungen Gallas zu wichtigen politischen Personen: Im Rahmen des sogenannten Deals vom 23.12.1987 war ja die Vereinbarung getroffen worden, daß man für Herrn Galla, der ja angeblich so krank war, Fördermöglichkeiten für den Aufbau einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz suchen wollte. Im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit für Herrn Galla überließ der Anwalt und Sprecher der Justizdeputation, der Abgeordnete Dr. Monnerjahn, SPD selbstverständlich, seinem Klienten Akten. Es ist nicht geklärt, unter welchen Umständen Herr Dr. Monnerjahn sagt, das war ein Versehen seines Büros. Tatsache ist aber, daß in diesen fünf Aktenordnern sich zahlreiche Anträge von Firmen für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen befanden. Sie enthielten Daten, die dem Datenschutz, speziell dem Steuergeheimnis, unterliegen.

- (D) Der Mehrheitsbericht bewertet diesen Vorgang wie folgt: Die sich manifestierende Verbindung anwaltlicher Tätigkeit mit der Ausübung des politischen Mandats des Abgeordneten Dr. Monnerjahn ist bedenklich. Dem Antrag der GRÜNEN und der FDP, dieses Verhalten als unkorrekt oder unzulässig zu bezeichnen, wurde nicht entsprochen.

Angesichts der von mir eben dargelegten guten Beziehungen zwischen Herrn Galla und SPD-Abgeordneten hält die FDP die von der SPD gewählte Bewertung, Galla habe sich gegenüber Dritten nur mit dem Nimbus eines politisch einflußreichen Menschen umgeben, für unzutreffend.

(Beifall bei der FDP)

Dies wird auch deutlich aus den Aussagen verschiedener Zeugen, die Herrn Galla für politisch unangreifbar hielten. Derartige Zeugenaussagen stammen aus allen drei Bereichen, mit denen Herr Galla zu tun hatte, nämlich von Mitarbeitern des Krankenhauses, von Beamten der Aufsichtsbehörde und letztlich auch von Geschäftspartnern der Klinik St.-Jürgen-Straße. Stellvertretend für die Einschätzung von Mitarbeitern darf ich folgende Zitate vorlesen.

Eine Zeugin erklärt: „Ich hatte das Gefühl, daß auch die senatorische Dienststelle Bescheid wußte. Ich habe von 1978 bis 1982 in der senatorischen Dienststelle selbst gearbeitet, und da wurde immer gesagt, na, Aribert, was hat er denn jetzt wieder ge-

(A) macht. Mensch, ihr wißt doch alle Bescheid, habe ich nur gesagt."

Auf die Frage: „Und kann das die Ursache dafür sein, daß sich eventuell Mitarbeiter nicht getraut haben, irgend etwas anzuzeigen, weil sie sich sagten, der Junge ist so weit oben abgesichert, daß ich Schwierigkeiten kriegen kann?“ antwortet die Zeugin: „Ja, durchaus, ja, klar, ich meine, man konnte sich ja auch zusammenreimen, daß vielleicht das auch mit der Grund gewesen ist, daß ihm letztlich nichts passieren kann.“

Ein anderer Mitarbeiter sagte vor dem Untersuchungsausschuß aus: „Ja, weil wir früher nirgends hingehen konnten. Ich bin einfach ein kleiner Sachbearbeiter in der Abteilung, und wenn ich zu Herrn Galla gegangen wäre, dann hätte ich nichts erreichen können. Wenn ich noch weiter gegangen wäre, hätte ich auch nichts erreichen können, weil ja nun ein sogenannter, unter der hohlen Hand gesagt, Parteiklüngel bei uns herrscht, und die konnten ja nirgends hingehen, alle, auch bei uns im Hause wußten das ja mehrere, und ich muß das noch einmal sagen, wir fühlten uns alle sehr verunsichert und hatten Angst um unsere Arbeitsplätze.“

Ich komme auf die Aufsichtsebene zu sprechen, wie sie die Unantastbarkeit des Herrn Galla einschätzte. Nach den Worten des Zeugen Happel degradierte sich die Aufsichtsbehörde bei Herrn Galla zum, in Anführungsstrichen, also Zitat von ihm, „Bittsteller“. Als er mit Herrn Galla über Probleme im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße habe reden wollen, habe der damalige Gesundheitssenator Brückner gesagt, mit Galla rede nur er und sonst keiner, und er sehe dazu keine Veranlassung. Bei einer anderen Gelegenheit wurde zu dem Aufsichtsbeamten Happel vom damaligen Gesundheitssenator gesagt: „Sie entscheiden in der St.-Jürgen-Straße gar nichts.“

(B) Man muß dazu erläuternd sagen, Herr Happel war der Abteilungsleiter, Hauptabteilungsleiter für das Krankenhauswesen, und diesem Mitarbeiter, der sich darum bemüht, Mißstände abzustellen, wird vom zuständigen Senator erklärt: Sie entscheiden hier gar nichts.

Ein anderer leitender Mitarbeiter der Aufsichtsebene, Herr Göttsche, hat auch vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt. Bezeichnend ist seine Aussage für die vermeintliche Unantastbarkeit des Herrn Galla. Herr Göttsche sagte: „Ob er objektiv unangreifbar ist, weiß ich nicht, für mich war er unangreifbar.“ Soweit zur Aufsichtsebene!

Dritter Bereich: Gallas angeblicher Nimbus und wie er auf Geschäftspartner der St.-Jürgen-Straße wirkte! Ein Zeuge führte vor dem Untersuchungsausschuß aus, ich zitiere: „Ja, es war für mich eigentlich selbstverständlich, daß Herr Galla in der Partei sehr angesehen war und gute Kontakte hatte, wenn es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kam, daß er gesagt hat, das regele ich auf der politischen Ebene, zum Beispiel wenn es hakte bei der Genehmigung

durch die Baubehörden.“ Das sind jetzt immer Bruchstücke dieser Aussage: „Da muß ich sagen, Herr Galla hatte sicherlich sehr viele politische Kontakte oder den Rückhalt“, und abschließend: „Ich glaube, daß es in der Branche sehr viele Leute gibt, die wußten, daß es größere Geschäfte in Bremen ohne Zahlung nicht geben konnte.“ Das ist die Einschätzung von Lieferanten der St.-Jürgen-Straße gewesen.

Man kann jetzt darüber streiten, ob das, was ich hier vorgelegt habe, ein schlüssiger Beweis ist, denn natürlich gibt es für Parteiklüngel in der Regel keine Akten, die man später einsehen kann. Das geschieht, Frau Dr. Schumann hat das hier dargelegt, selbstverständlich auf informellem Wege. Es ist also schwer nachzuweisen, daß es so war. Man muß hier wirklich auf das Kriterium der Glaubwürdigkeit und Schlüssigkeit zurückkommen.

Unabhängig aber von dieser Frage — Herr Kollege Lojewski, da sehe ich Sie insbesondere an,

(Abg. L o j e w s k i [SPD]: Ja, Herr Welke!)

weil Sie ja hier gefordert sind, sich dazu zu erklären —, unabhängig davon, ob Galla ein politischer Hochstapler war oder ob er ein Mensch war, der tatsächlich über beste parteipolitische Beziehungen und politischen Rückhalt verfügte, stellt sich doch die Frage: In was für einer Stadt leben wir eigentlich, in der der Hinweis ausreicht, man habe gute politische Beziehungen, um andere Leute einzuschüchtern

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

und sie letzten Endes zu veranlassen, wie bei dem von mir zitierten Geschäftspartner der St.-Jürgen-Straße, aus dieser Erfahrung heraus, aus dieser Einschätzung heraus auch Schmiergelder an Herrn Galla zu zahlen?

Das, meine Damen und Herren von der SPD, sollten Sie sich doch einmal durch den Kopf gehen lassen. So einfach zu sagen, das war ein personeller Fehlgriff, und wir gehen zur Tagesordnung über, so einfach kann es sich doch ein Mensch nicht machen, der Verantwortung für diese Stadt trägt!

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich komme auf die Rolle des ehemaligen Gesundheitssentors Brückner zu sprechen! Ich sage jetzt einmal Senator,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Einmal Senator, immer Senator! — Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: So ist es!)

weil ich ihn ja anspreche in seiner damaligen Funktion. Der ehemalige Gesundheitssenator Brückner, wenn es Ihnen besser gefällt, räumte vor dem Untersuchungsausschuß ein, daß es eine Fehlentschei-

(C)

(D)

(A) dung war, Herrn Galla nicht früher abzulösen. Eine für die FDP überzeugende Begründung, warum er Herrn Galla zwölf Jahre lang gewähren ließ, konnten wir nicht finden.

Die Schutzbehauptung von Herrn Brückner, er habe den Verwaltungsdirektor Galla nicht ablösen können, weil dieser Beamter war, ist vom Ausschuß einheitlich als unzureichend und falsch dargestellt worden. Wir wissen alle, es gibt Möglichkeiten nach dem Beamtenrecht, einen ungeeigneten Beamten aus dem Dienst, aus seiner Funktion zumindest, zu entfernen.

Unverständlich am Verhalten des Gesundheitssektors und seines Abteilungsleiters und engeren Vertrauten, Herrn Bolles, ist, wie sie mit Beschwerden umgingen. Die negativen Erfahrungen, die Beschwerdeführer machen mußten, sind für uns ein wesentlicher Hinweis darauf, daß es möglich war, hier ein Klima der Einschüchterung zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Daß diese Ängste nicht unberechtigt waren, belegt der Fall Kästner. Der Zeuge Kästner, ein ehemaliger Mitarbeiter in der Wirtschaftsabteilung des Krankenhauses, hatte den damaligen Gesundheitssekretär, das war 1983, auf Unregelmäßigkeiten in der Verwaltungsführung des Herrn Galla hingewiesen. Herr Brückner überließ es jedoch dem von dieser Beschwerde betroffenen Herrn Galla selbst, mit Herrn Kästner über die Berechtigung der Vorwürfe zu sprechen. Es bleibt nachzutragen, daß Herr Kästner kurze Zeit später den Arbeitsplatz wechselte.

(B) Hier verweise ich wieder auf das, was ich vorhin schon mit einem Zeugenzitat belegt habe. Bei den Mitarbeitern ging die Angst um den Arbeitsplatz um. Sie wußten, wer sich mit Herrn Galla anlegt, hat schlechte Karten.

Kennzeichnend für die fehlende kritische Distanz einiger Beamter, die dem Senator besonders nahe standen, ist auch die Behandlung der Beschwerde der Firma temp-rite im Zusammenhang mit der Einführung des Tablettsystems durch den Abteilungsleiter Wilfried Bolles. In einem Vermerk zur Behandlung dieser Beschwerde schreibt Herr Bolles am 15.10.1987, das fällt also schon in die Amtszeit von Herrn Dr. Scherf, ich zitiere: „Der unverschämten Kritik können wir nach dem Brief Gallas nicht so lapidar antworten. Notwendig ist eine kritische Antwort, die die groben Vorwürfe zurückweist.“ Das war die Anweisung des Abteilungsleiters Bolles, wie man mit Beschwerden umzugehen hat.

Der Untersuchungsausschuß mußte feststellen, daß die Kritik der Firma temp-rite berechtigt war. Er mußte ferner feststellen, daß diese Berechtigung bei auch nur oberflächlicher Überprüfung der Ausschreibungsvergabeunterlagen im Gesundheitsressort hätte festgestellt werden können. Statt dessen ließ Herr Bolles die Beschwerde vom betroffenen Herrn Galla selbst inhaltlich bearbeiten. Über das Ergebnis braucht man nichts weiter zu sagen. Selbst-

verständlich stellte Herr Galla fest, daß die gegen ihn gerichtete Beschwerde unzutreffend war. (C)

Geantwortet wurde der Firma temp-rite, die sich an den Präsidenten des Senats mit ihrer Beschwerde gewandt hatte, mit einer Unwahrheit. Der Zeuge Guderian mußte vor dem Untersuchungsausschuß einräumen, daß die im Antwortschreiben vom 26. Oktober 1987 behauptete Prüfung der Angebotsunterlagen im Gesundheitsressort nicht durchgeführt worden war. So wird in Bremen mit bremischen Firmen umgegangen!

(Beifall bei der FDP)

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß beim Gesundheitssekretär Brückner offensichtlich der Wille gefehlt hat, den Mißständen im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße Einhalt zu gebieten. In diese Kritik ist auch der langjährige Senatsdirektor Dr. Euler einzubeziehen. Er erachtete es offensichtlich nicht als seine Aufgabe, der Mißwirtschaft des Herrn Galla entgegenzutreten. Frau Dr. Schumann hat das sehr eindringlich vorhin mit Zitaten belegt.

Zum dritten Komplex, die Entlassung Gallas oder der Deal oder, wie man es noch bezeichnen könnte, die sogenannte honorige Lösung! Es ist übrigens, Herr Kollege Lojewski, im Inhaltsverzeichnis des Untersuchungsausschußberichtes vorn immer noch das Wort Deal enthalten.

(Beifall bei der FDP — Abg. Lojewski [SPD]: Vielen Dank für den Hinweis!)

(D)

Ich finde das ganz nett, weil ich diesen Ausdruck natürlich treffender finde als das Wort Handel.

(Abg. Klein [CDU]: Was wahr ist, muß auch wahr bleiben!)

Die FDP ist der Auffassung, daß die Versetzung des dreiundvierzigjährigen Verwaltungsdirektors in den Ruhestand sachwidrig war. Im Gegensatz zur SPD halten wir sie jedoch auch für rechtswidrig. Wir haben dies in unserem Minderheitenvotum sehr ausführlich begründet. Ich kann mir jetzt hier längere Erläuterungen ersparen. Ich verweise auf diese Ausführungen und verweise auf das, was der Kollege Klein vorhin schon angeführt hat.

Für uns stellt sich, kurz gesagt, die Sache wie folgt dar: Die Feststellung der Dienstunfähigkeit nach pflichtgemäßen Ermessen war nicht von der gesetzlichen Zielsetzung geprägt, einen — und das ist die Gesetzesformulierung — infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dienstunfähigen Beamten in den Ruhestand zu versetzen. Maßgebend war in diesem Zusammenhang der unmaßgebliche Wunsch des Bürgermeisters Dr. Scherf, einen unfähigen Beamten im Rahmen eines Deals einvernehmlich loszuwerden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- (A) Nicht der Zweck der gesetzlichen Vorschrift stand hier im Vordergrund, sondern allein der Gedanke, daß der Zweck die Mittel heilige.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist für die Bremer FDP eine Verwässerung des Rechtsbegriffs Dienstunfähigkeit bis zur Unkenntlichkeit!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Welche Konsequenzen sind nach Auffassung der FDP aus dem Skandal zu ziehen? Sie sind relativ ähnlich denen, die Frau Dr. Schumann hier schon beschrieben hat, die sich auch im Minderheitenbericht der GRÜNEN wiederfinden,

(Präsident Dr. K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

wie ich insgesamt sagen muß, unsere Berichte sind weitgehend in der Tendenz übereinstimmend. Wir kommen zu den gleichen Wertungen und auch weitgehend zu den gleichen Forderungen. Der einzige Unterschied liegt wohl in der Beurteilung der Gesundheitspolitik des Exsenators Herbert Brückner. Die GRÜNEN bedauern, daß er seine linke Gesundheitspolitik nicht durchsetzen konnte, ich sage, Gott sei Dank haben ihm die Krankenkassen hier seine Spielwiese entzogen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Aber ansonsten, wie gesagt, sind wir relativ deckungsgleich und deshalb auch in unseren Forderungen ähnlich. Für uns ergeben sich vier Konsequenzen.

Erstens: Je länger eine Partei regiert, um so mehr muß diese Partei in die kritische Loyalität Andersdenkender und Parteiloser Vertrauen setzen. Nur so läßt sich die verfassungsrechtlich aus gutem Grund vorgeschriebene sogenannte Bestenauslese auch wieder in Bremen praktizieren. Das richtige Parteibuch darf nicht länger Eintrittskarte in den bremischen öffentlichen Dienst sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Personalentscheidungen sind künftig derart zu gestalten, daß eine jederzeitige Transparenz und Nachvollziehbarkeit unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsrechtlich normierten Kriterien Eigenschaft, Leistung und Befähigung gewährleistet sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens: Paragraph 44 des Bremischen Beamtengesetzes, die vermeintliche Rechtsgrundlage der sogenannten honorigen Lösung, muß wenigstens aus Gründen der Klarstellung geändert werden. Wie auf Bundesebene muß künftig auch in Bremen kraft Ge-

setzes eine amtsärztliche Untersuchung Grundlage der Entscheidung über eine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit sein. Die FDP-Fraktion hat der Bürgerschaft zur heutigen Sitzung einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen!

(C)

Drittens: Unabhängig von der Frage, ob Deputationen in Bremen noch ein zeitgemäßes Instrument sind, muß man fordern, solange es diese Deputationen gibt, muß Chancengleichheit für alle Deputierten bestehen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich kann nur das unterstreichen, was meine beiden Vorredner hier zum Ausdruck gebracht haben. Es ist wirklich ein Unding, daß die von der SPD beeinflusste Verwaltung Informationen an Deputierte der Opposition nur weitergibt, wenn es praktisch nicht mehr zu umgehen ist. Wir erleben das alle in Deputationen, daß wir ständig auf Fragen ausweichende, inhaltliche, unzulängliche Antworten und Informationen bekommen. Dieser Zustand muß dringend geändert werden. Sie können nicht verlangen, daß Sie Abgeordnete der Opposition in die Verantwortung einbeziehen, aber ihnen dann andererseits Informationen verweigern.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

(D)

Viertens und letztens: Auch wir sind der Auffassung, daß man darüber nachdenken muß, ob das Bremische Untersuchungsausschußgesetz novelliert werden sollte. Dies gilt für uns insbesondere für zwei Punkte, zum einen die Einführung der Rechtsstellung des betroffenen Zeugen und zum anderen die Prüfung der Probleme, die aus einer Gleichzeitigkeit von staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren und parlamentarischen Untersuchungsverfahren erwachsen.

Als Beispiel verweise ich hier nur auf die Möglichkeit der Einflußnahme der Exekutive über die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft auf das parlamentarische Untersuchungsverfahren. Auch hier hat die Exekutive Möglichkeiten, den Untersuchungsausschuß zu behindern.

(Zuruf von Senator K r ö n i n g)

Sie haben es nicht getan, dieses Problem ist aber ein sehr weites Feld!

(Senator K r ö n i n g : Was soll denn das Gerade dann?)

Ich möchte darauf jetzt nicht näher eingehen. Wir haben uns ja auch verpflichtet, gewisse Vertraulichkeiten bei manchen Sachverhalten zu wahren. Wir können das gern intern erörtern, Herr Senator.

- (A) Bei diesen Überlegungen zur Novellierung des Untersuchungsausschußgesetzes sollten wir natürlich abwarten, was bei den Beratungen des Bundestages zu diesem Thema herauskommt.

(Senator K r ö n i n g: Keine Ahnung von der Sache!)

Abschließend meine zusammenfassende Bewertung: In Bremen gab es in der Vergangenheit bereits mehrere parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die sich im Kern alle um ein und dasselbe Grundübel, nämlich um den Bremer Genossenfilz, drehten, ohne daß bei den Sozialdemokraten der ernsthafte Wille bestand, über eine vordergründige personelle Selbstreinigung hinaus, zumindest auf parlamentarischer Ebene, wieder die Staatsräson vor die Partei-  
räson zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Mit der Auswechslung einiger Hauptdarsteller ist es nicht getan!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was wir in Bremen brauchen, ist eine Änderung der sogenannten Bremer Verhältnisse. Was wir in Bremen brauchen, ist eine andere politische Kultur! — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

- (B) (Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lojewski.

Abg. **Lojewski** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wortbeiträge der Oppositionsparteien haben doch gezeigt, daß es eine breite Übereinstimmung gibt bei dem, was wirklich bewiesen ist, und daß wir nur insofern abweichende Positionen einnehmen, bei dem, was Sie vermuten, aber nicht beweisen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme gleich darauf zurück, wieso dies so ist. Ich bedauere allerdings, daß über die sogenannte Filzdebatte, die Sie diesem Parlament aus Ihrer Not heraus aufdrängen,

(Abg. **M e t z** [CDU]: Wer ist in der Not? —  
Abg. **T i e f e n b a c h** [DIE GRÜNEN]: Das ist das ständige Thema, Herr Lojewski!)

die eigentlichen Probleme des Krankenhauswesens — ach, lassen Sie mich doch ausreden! —, die eigentlichen Probleme des Krankenhauses St.-Jürgen-Straße, die eigentlichen strukturellen Probleme, die Probleme der Aufsicht zum Beispiel, die Probleme der Revision, Probleme, wie man denn so ein Krankenhaus in modernen Zeiten führt, zu kurz kommen.

- (C) Sie sagen, ich hätte keine Vorschläge unterbreitet. Ich sage, es gibt ein großes Bündel von Vorschlägen. Sie haben offensichtlich das Kapitel acht nicht gelesen, das war Ihnen etwas zu schwierig, das kann ich verstehen, da ging es nämlich um die Sache.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Vielzahl von Vorschlägen, und ich habe in den vielfältigen Debatten, die wir darum geführt haben, auch über Ihre kleinlichen Änderungsanträge, immer wieder darauf hingewiesen, daß es kein Konzeptproblem mehr ist, sondern daß es ein Problem der Umsetzung ist.

Genau dies, das wird später noch dargelegt werden von Herrn Dr. Koring, sicherlich auch in diesem Fall von der Gesundheitssenatorin Frau Dr. Rüdiger, wird in die Wege geleitet. Also, Sie vermuten, Sie verfälschen vielleicht ein wenig, vielleicht verleumden Sie auch ein wenig —.

(Bürgermeister **W e d e m e i e r**: Kräftig!)

Ich sage, ein wenig, weil die Debatte bisher so relativ,

(Abg. **K l e i n** [CDU]: Sachlich!)

na, sachlich will ich nicht sagen, aber relativ wenig aufregend war.

(Beifall bei der SPD)

(D) Deswegen will ich es nicht unnötig aufregend machen. Ich merke aber schon, ich habe es schon zu aufregend gemacht.

(Abg. **T e i s e r** [CDU]: Sie konnten das vorher schon aufschreiben!)

Also, Sie spielen da falsch.

(Abg. **T e i s e r** [CDU]: Das steht da falsch!)

Ich möchte Ihnen einmal so ein paar Begrifflichkeiten vorhalten, die das alles belegen. Sowohl Frau Schumann als auch Herr Welke räumen ja ein, ich habe mit Interesse gesehen, daß sie nun wechselseitig eine Art Koalition in der Opposition machen —.

(Abg. **Frau Dr. Schumann** [DIE GRÜNEN]: Besser als die große Koalition, die Sie damals gemacht haben!)

Frau Schumann hat hier eingeräumt, daß sie all das, was sie nun als einen Schwerpunkt ihrer politischen Auseinandersetzung um diesen Bericht sieht, nämlich diesen sogenannten Filz, nicht beweisen kann.

(Abg. **N e u j a h r** [FDP]: Haben Sie die Zitate nicht begriffen?)

- (A) Ich frage einmal, ist das ein rechtsstaatliches Verhalten? Nein, das widerspricht diametral dem, was die GRÜNEN und die FDP, immer an Rechtsstaatlichkeit predigen, das ist nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie, und Frau Schumann sagt in einem Interview bei Radio Bremen, „Buten un binnen“, auf die Frage, wie ist das nun mit dem Filz, da wird ihr vorgehalten, Beweise dafür gibt es zwar nicht, aber Indizien, da sagt sie folgendes: Ich kann das nicht beweisen. Sie stellt sich zwar hier hin und behauptet es einfach — ich kann das nicht beweisen, wie gesagt —, aber es hat doch eine gewisse Plausibilität, daß man da jemanden auch bevorzugt, den man kennt, der politische Ambitionen hat und so weiter, die alte Leier. Also, sie behauptet noch nicht einmal, daß es eine Plausibilität habe, sie sagt lediglich, es habe eine gewissen Plausibilität. Mein Gott, ist das eine defensive Haltung in einer solchen Debatte, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neujahr [FDP]: Ist Ihnen die Rolle eigentlich klar, die Sie jetzt spielen?)

Wer war das?

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, mir wird vorgeworfen, daß ich Wertungen nur aus bewiesenem Verhalten bezogen hätte, aus bewiesenen Sachverhalten. Ich frage Sie: Was ist das nur für ein Politikverständnis, wenn man von jemandem verlangt, daß er unbewiesene Tatsachen bewertet? Das ist doch nun wirklich, ich sage es einmal, ungeheuerlich!

(Beifall bei der SPD)

Wir sprachen vom Untersuchungsausschuß als der scharfen Waffe des Parlaments, wir alle gemeinsam. Nur, wenn man dies zum Prinzip erhebt, verleumden, verfälschen, vermuten, dann wird diese Waffe stumpf und unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Dagegen wehren wir uns, denn ich sage, ist es denn Filz, daß wir hier aufklären?

(Abg. Welke [FDP]: Was denn sonst?)

Ist das Filz, daß wir die bewiesenen Umstände beim Namen nennen, ist das Filz? Ist das ein Beweis von Filz? Ist es denn ein Beweis von Filz, daß Galla eben gerade nicht beim ersten Mal eingestellt worden ist? Ist es ein Beweis von Filz, daß Galla abgelöst worden ist, und zwar konsequent abgelöst worden ist?

(Beifall bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, das ist ein Beweis von Filz, das ist der Beleg des Gegenteils.

(Abg. Frau Dr. Schumann [DIE GRÜNEN]: Was ist denn das Gegenteil von Filz?)

Regen Sie sich wieder ab, fühlen Sie sich doch nicht so oberflächlich erwischt!

(Heiterkeit bei der SPD)

Nun hat man keine Belege, und was macht man? Man verbrämt dies, damit es nicht so auffällt, mit pseudowissenschaftlichen Zitaten, man nimmt Bezug auf befähigte Sozialwissenschaftler, Weber, andere, die sich damit auseinandergesetzt haben, man relativiert seine eigenen Äußerungen, indem man sagt, es könne auch anders sein, indem man sagt, vielleicht irrten Sie sich auch, etwa bei diesem Tableau, welches die GRÜNEN dort aufgeführt haben, vielleicht sei das nicht vollständig.

(Abg. Kudella [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Kleinen Moment, Herr Kudella! Dies hat mich eigentlich dazu geführt, einmal ein altes Buch herauszusuchen, ich bin da sehr zugänglich für solche Auseinandersetzungen, Frau Schumann, und dieses Buch von Wolf Wagner heißt „Uni Angst und Uni Bluff“, da ist genau dies beschrieben, genau dieser Bluff beschrieben. Ich zitiere aus diesem Buch. Es paßt wirklich wunderbar, das Zitat:

„Dabei entstehen“ — beim Bluff nämlich — „außer der bereits beschriebenen Sprache, die Überlegenheit und Unangreifbarkeit signalisiert, folgende Bluff-Formen: Der Bluffer formuliert allgemein und unbestimmt,“ — das haben wir hier — „er verweist pauschal durch Einstreuen von Namen auf ganze Wissensgebiete und schwierigste theoretische Auseinandersetzung mit dem Beteuern, daß er aus Platz- oder sonstigen Gründen leider nicht näher darauf eingehen könnte.“ Haben wir hier auch!

(Abg. Neujahr [FDP]: Ist das auch ein wissenschaftliches Zitat?)

„Oder aber er beweist seine Wissenschaftlichkeit, indem er sich nie festlegt“, haben wir hier auch, siehe Tableau, „und sich immer ein Hintertürchen offenhält.“ Meine Damen und Herren, ich finde, das war eine entlarvende Passage!

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau Dr. Schumann [DIE GRÜNEN]: Wen meinen Sie denn eigentlich?)

Herr Kudella!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Kudella!

(D)

(A) Abg. **Kudella** (CDU): Herr Kollege Lojewski, da wir gerade bei dem Thema Filz sind, wollte ich Sie fragen,

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Bei dem Thema Bluff! — Unruhe bei der SPD)

ob nach Ihrer Auffassung und nach den Feststellungen, die der Bericht des Untersuchungsausschusses auf Seite 224 zur Weitergabe von Wirtschaftsförderungsunterlagen enthält, aus dem die Tätigkeit des SPD-Kollegen Herrn Dr. Monnerjahn für Herrn Galla hervorgeht, ob Sie nicht der Auffassung sind, daß Herr Dr. Monnerjahn deswegen nach Artikel 84 der Landesverfassung

(Bürgermeister **Wedemeier**: Antrag stellen!)

befangen ist und hier nicht mitwirken darf. Der Präsident hat das bisher nicht gerügt. Ich wollte Sie fragen, ob Sie der Auffassung sind, daß die Befangenheit nicht doch besteht.

(Abg. Frau **Grotheer-Hüneke** [SPD]: Das muß an das Präsidium gehen!)

Abg. **Lojewski** (SPD): Herr Kudella, ich denke, Ihnen dürfte nicht entgangen sein, das haben Sie selbst gesagt, daß ich nicht der richtige Adressat für eine solche Frage bin, das ist der erste Punkt.

(B) (Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt ist, wenn Sie dies meinen, stellen Sie entsprechende Anträge, und bluffen Sie hier nicht herum!

(Beifall bei der SPD — Abg. **Gassdorf** [CDU]: Keine Frage von Anträgen!)

Zu Ihnen komme ich sowieso noch gesondert, Herr Kudella!

Der dritte Punkt ist, einer der Kollegen der kleinen Fraktionen hat das gesagt, die Wertung bedenklich für das Verhalten von Herrn Dr. Monnerjahn sei zu schwach. Die Wertung bedenklich blieb stehen, weil es in der Tat keiner anderen Bewertung bedarf. Wir haben nämlich festgestellt, daß Herrn Dr. Monnerjahn ein Mißgeschick geschehen ist, dies war die Feststellung des Untersuchungsausschusses, es gibt keine weiteren Belege, keine anderen Belege für ein abweichendes Ergebnis. Daß Ihnen das nicht paßt, daß Sie jetzt Sachverhalte quetschen und verknüpfen, das ist eine andere Frage, aber bitte halten Sie sich an Beweise und Belege und nicht an Vermutungen, Verleumdungen und Verfälschungen!

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang darf ich einmal eingehen auf das abweichende Votum, im übrigen, es gibt einen Bericht.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink**: Eine Sekunde nur! Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, ich habe die Sache geprüft in der Angelegenheit Dr. Monnerjahn und bin zu der Feststellung gekommen, daß kein Konflikt nach Artikel 84 vorliegt, der Punkt wurde gesehen. Ich gehe davon aus, daß damit die Sache ausgeräumt ist. (C)

(Abg. v. d. **Schulenburg** [CDU]: Herr Präsident, können Sie das allein feststellen? In diesen Fällen ist der Vorstand zuständig!)

Ja, bitte, wenn Sie darauf bestehen, will ich es gern noch einmal weiter prüfen lassen, aber ich will nur darauf hinweisen, das Problem wurde von Juristen aus dem Hause geprüft und ist als nicht — —.

(Abg. v. d. **Schulenburg** [CDU]: Jetzt bitte ich, den Vorstand einzuberufen! — Unruhe bei der SPD — Glocke)

Entschuldigung! Es ist der Antrag gestellt worden — —.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Nun beruhigen Sie sich einmal, das ist Sache des Präsidiums, keine Sache der Fraktion!

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Was?)

Es ist der Antrag gestellt worden, die Frage zu prüfen. Ich schlage vor, daß sich nach der Rede des Abgeordneten Lojewski der Vorstand damit befassen wird. (D)

Abg. **Lojewski** (SPD): Herr Präsident, ich danke Ihnen dafür, daß Sie mich unterbrochen haben!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink**: Dafür brauchen Sie sich nicht zu bedanken, das war meine Pflicht!

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Abg. **Lojewski** (SPD): Ich nehme dies schweigend zur Kenntnis! Herr Präsident, meine Damen und Herren, — —.

(Unruhe bei der SPD — Abg. **Kudella** [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

**Präsident Dr. Klink**: Eine Sekunde! Herr Abgeordneter Kudella, bitte sehr!

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Der bekommt nicht das Wort! — Unruhe bei der SPD)

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, Sie haben es gerade gesagt, daß ein Abgeordneter an einer Debatte nicht teilnehmen darf, der — —.

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Unglaublich, er bekommt das Wort!)

(A) Nun hat Herr Dr. Monnerjahn, ich habe das beobachtet, eine ganze Zeit — —.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Das ist ungeheuerlich, daß hier vom Präsidium nicht eingegriffen wird! Er hat doch nicht das Wort! — Glocke — Abg. **Schmurr** [SPD]: Er hat doch nicht das Wort! — Unruhe bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, es ist eine sehr schwierige Frage, ich möchte nicht — —.

(Zurufe von der SPD)

Es muß aber eine Verfassungsfrage geklärt werden können.

Herr Abgeordneter Kudella, ich wiederhole noch einmal, der Vorstand wird nach der Rede des Abgeordneten Lojewski zusammentreten. Wenn Sie Bedenken gehabt haben, hätten Sie diese Bedenken zu Beginn der Sitzung vortragen können.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich habe pflichtgemäß die Sache prüfen lassen, auch im Hause von Juristen, ich sehe keine Bedenken, deswegen hat es Zeit bis nach der Rede vom Abgeordneten Lojewski. Ich bitte Sie jetzt — —.

(Abg. **Kudella** [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(B) Nein, jetzt hat das Wort der Abgeordnete Lojewski.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Kudella** [CDU]: Er darf doch an den Beratungen nicht teilnehmen! — Bürgermeister **Wedemeyer**: Herr Kudella, wenn Sie geschlafen haben und jetzt aufwachen! — Glocke)

Jetzt chaotisieren Sie die Sitzung, Herr Abgeordneter Kudella!

(Abg. **Kudella** [CDU]: Er ist doch gerade erst hereingekommen! Er war doch nicht da!)

Es wird verfassungsgemäß geprüft. — Bitte sehr, fahren Sie fort!

Abg. **Lojewski** (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren, die GRÜNEN, aber insbesondere mit einer durchaus fundierten Begründung auch die FDP, stellen darauf ab, sie können vermuten, weil Parteibuchwirtschaft und so weiter niemals aktenkundig wird oder kaum je aktenkundig wird.

(Abg. **Welke** [FDP]: Bis auf ein paar Beispiele!)

(C) Gut, nun schränken Sie es schon wieder ein, bis auf ein paar Beispiele.

(Abg. **Welke** [FDP]: Launspach und andere!)

Nein, nein, Sie schränken das ein, bis auf ein paar Beispiele anderer Untersuchungsausschüsse, wie Sie sie in Ihrem eigenen Minderheitenbericht benennen, Herr Welke, Sie führen nämlich den Barschel-Ausschuß an. Im übrigen ist es eine unangemessene Geschichte, uns in die Nähe dieses Ausschusses zu bringen.

(Beifall bei der SPD — Bürgermeister **Wedemeyer**: Ungeheuerlich!)

Sie haben dieses sogenannte Barschel-Papier gehabt—

(Zuruf des Abg. **Welke** [FDP])

ja, ja, das ist so erstkläßlich dialektisch formuliert, Ihr Papier, wie man das macht mit dem Filz, wie man Parteikollegen, oder Freunde heißt das ja bei Ihnen, dort hineinbringt in die öffentlichen Verwaltungen —, dieses Barschel-Papier haben Sie gehabt,

(Zuruf des Abg. **Welke** [FDP])

nein, nicht Sie, aber Ihre Kollegen im Untersuchungsausschuß in Kiel, und dieses Barschel-Papier, meine Damen und Herren, war gerade der Beleg, der Beweis für Parteifilz, der Beweis, der Ihnen hier in Bremen fehlt!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die GRÜNEN haben nicht nur einen, damals fanden alle anderen Parteien dies, rechtswidrigen Antrag zur Rasterfahndung gestellt während des Verfahrens, sie haben auch ein sogenanntes Diagramm einiger beteiligter Personen vorgelegt. Dieses Diagramm stellt eine völlig willkürliche Auswahl aus 170 Zeugen dar und ist deswegen schon verfälscht.

Ich frage mich einmal, wieso taucht der von mir sehr verehrte Kollege Herr van Nispen in diesem Diagramm nicht auf?

(Beifall bei der SPD)

Das wäre doch eine Vervollständigung dieses Diagramms gewesen, auch andere tauchen nicht auf, die im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung im Untersuchungsausschuß standen. Der ärztliche Leiter taucht nicht auf, einige Chefärzte tauchen nicht auf. Da stellt sich die Frage, warum ist diese Auswahl willkürlich. Darüber hinaus, und da gibt es auch keine Entschuldigungen, wir haben das alles nicht so genau gewußt und so, sind die Angaben in dem Diagramm in wesentlichen Teilen falsch.

Ich will Ihnen das einmal an einigen Beispielen deutlich machen: Herr Bremermann, der von Ihnen

(A) so hoch gelobte, hat weder in der LAG Gesundheit mitgearbeitet, noch ist er Mitglied des ASB. Er ist nicht Mitglied des ASB! Dies ist ein leichtfertiger Umgang mit der Wahrheit, dies führt letztendlich dazu, daß unbescholtene Personen in einen schlechten Ruf geraten, und das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren, und dazu reichen wir Ihnen trotz allen Aufklärungsinteresses unsere Hand nicht!

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau Grot-  
heer-Hüneke [SPD]: Die sich hier  
nicht wehren können!)

Ach, wissen Sie, ich habe Herrn Bremermann ja noch gefragt gestern! Herr Launspach hat ausgesagt, das wissen Sie, ich habe die Aussage gefunden, aber aus dieser Aussage herauszufischen, daß er Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft ist, ist nicht ehrlich, sondern ist ebenfalls eine Verleumdung. Herr Launspach hat gesagt, daß er nur ein, zwei Veranstaltungen besucht habe, und im übrigen hat Herr Launspach mit dem eigentlichen Gesundheitswesen insofern nichts zu tun. Er ist nicht einmal in der Kartei.

Sie wollten es ja immer so genau wissen, Stichwort Rasterfahndung in bezug auf die Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheit. Sie gehen mit persönlichen Daten von Menschen sehr, sehr lax um, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, und das dauere ich!

(B) (Beifall bei der SPD)

Zur Rechtmäßigkeit der Zuruhesetzung, der von Ihnen so behaupteten Gesetzeswidrigkeit — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schumann anzunehmen?

Abg. **Lojewski** (SPD): Bitte, Frau Schumann!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schumann** (DIE GRÜNEN): Es gibt eine Aussage von Herrn Tepperwien, da wird er gefragt von Herrn Welke, ich wollte nur einmal fragen, ob die Aussage Ihnen bekannt ist aus dem Protokoll. Da fragt Herr Welke: „War Herr Bremermann auch Mitglied der SPD damals? Herr Tepperwien: Ja!“

(Lachen bei der SPD)

Ich benutze das nur als Einleitung, dann weiter! „V“ — das sind Sie, Vorsitzender —: „Auch des ASB? Tepperwien: Ja!“ Entschuldigung! Ich weiß nicht, was — —. Vielleicht kann man das ja anders interpretieren, das will ich nicht ausschließen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

„Abgeordneter Welke: Arbeiten auch beide in dieser Arbeitsgemeinschaft? Tepperwien: Ja!“ (C)

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Aha!)

Das steht auf Seite 2813/7, damit Sie es nachlesen können!

Abg. **Lojewski** (SPD): Sehr verehrte Frau Kollegin Dr. Schumann — —.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Lojewski, meine Damen und Herren!

(Abg. Frau Dr. Schumann [DIE GRÜNEN]: Glauben Sie nicht, daß man sich auf Zeugenaussagen verlassen kann?)

Abg. **Lojewski** (SPD): Sehr verehrte Frau Kollegin Dr. Schumann, auch dies zeigt, wie wenig konsequent Sie mit Zeugenaussagen umgehen!

(Beifall bei der SPD)

Herr Tepperwien ist lediglich ein Zeuge aus dem Gedächtnis. Wenn Sie so eine schwerwiegende Angabe hier machen, hätten Sie Herrn Bremermann selbst, der zweimal oder einmal vor dem Untersuchungsausschuß war, fragen können! (D)

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie vielleicht, daß wir uns auf eine einzige Aussage stützen? Nein, nein, das geht nicht! Sie müssen sich immer, Frau Kollegin, wegen des Beweises und nicht wegen der Politik, auf den Inbegriff aller Aussagen stützen! Die von Ihnen zitierte Aussage ist eben objektiv falsch.

(Unruhe und Zurufe von der CDU — Abg. Welke [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Abg. Jäger [FDP]: Aber nicht für den Ausschuß, Herr Lojewski!)

Jetzt gestatte ich zu diesem Punkt keine weiteren Zwischenfragen mehr, sondern setze mich mit der Rechtmäßigkeit der Zuruhesetzung auseinander! Wie schön, daß Sie sich nie irren!

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben allen Vertretern der Fraktionen bislang in Ruhe zugehört! Ich bitte Sie, jetzt auch zuzuhören!

Abg. **Lojewski** (SPD): Die Oppositionsparteien halten die Zuruhesetzung Gallas für gesetzeswidrig. Die CDU hat sich zu keiner Begründung hinreißen lassen können, keiner schriftlichen Begründung! Sie

(A) hat die vorliegende schriftliche Begründung im Entwurf nicht als Minderheitenvotum angefügt. Die FDP hat den Versuch unternommen, eine Begründung zu geben. Sie sagt auf Seite 13 unter Bezug auf Plog/Wiedow, daß keine Dienstunfähigkeit vorliegt, „wenn der Beamte wegen mangelnder Eignung, Begabung, Fleiß oder Intelligenz sein Amt nicht auszufüllen vermag“.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Das hätten Sie vorher wenigstens lesen können!)

Das ist dann eine Passage, Paragraph 42, Anmerkung 7. Das ist nur leider, meine Damen und Herren, die halbe Wahrheit und nicht die ganze Wahrheit, denn der Kommentar geht weiter, es gibt auch noch mehr Paragraphen in diesem Gesetz, und Plog/Wiedow sagt zu Paragraph 43, Randnummer 7, das hätten Sie dann fairerweise anfügen müssen, ich zitiere sinngemäß: Die Erklärung des unmittelbaren Dienstvorgesetzten, er halte den Beamten für dauernd außerstande, seine Dienstpflichten zu erfüllen, ist gesetzliches Erfordernis der Versetzung in den Ruhestand. Wie der unmittelbare Dienstvorgesetzte sich die Überzeugung der Dienstunfähigkeit des Beamten verschafft, ist in sein freies Ermessen gestellt. Insbesondere ist er an das medizinische Gutachten nicht gebunden, zumal für die Dienstunfähigkeit nicht so sehr medizinische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind als vielmehr die Arbeitserfolge des Beamten.

(B) (Abg. T e i s e r [CDU]: Alle Doofen gehen in Pension!)

Meine Damen und Herren, stellen wir einmal fest: Es lagen gutachtliche Stellungnahmen vor. Diese gutachtlichen Stellungnahmen beinhalten einen Befund, und Herr Dr. Scherf hat in Ausübung seines Ermessens vor dem Hintergrund der ihm bekannten Führungsmängel des Herrn Galla die Entscheidung rechtmäßig getroffen, da beißt keiner einen Faden ab!

Sehen Sie einmal, Sie argumentieren so für sich. Ich habe mir das einmal genau angesehen. Sehen Sie einmal, so einen Stapel, ich habe noch gar nicht lange nachgeschaut, von Literatur und Rechtsprechung, obergerichtlicher Rechtsprechung, gegen die jetzt unterdessen versammelte Opposition —.

(Zuruf des Abg. A l t e r m a n n [DVU] — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, beruhigen Sie sich, Abgeordneter Altermann, Sie haben jetzt nicht das Wort!

(Zuruf des Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich rufe Sie zur Ordnung, Abgeordneter Altermann!

(Abg. A l t e r m a n n [DVU]: Ich habe eben Herrn Grobecker zitiert!)

Ich rufe Sie zur Ordnung!

(C) Abg. **Lojewski** (SPD): Meine Damen und Herren, ich habe heute Schwierigkeiten, meine Rede zu Ende zu führen!

Meine Damen und Herren, Herr Klein, Sie haben die Ereignisse hier in Bremen in Verbindung gebracht, wenn ich das richtig im Kopf habe, mir richtig aufgeschrieben habe, mit der Barschel-Affäre. Dies ist infam! Sie haben darüber hinaus Herrn Brückner jedes Recht aberkannt,

(Abg. N i e d e r b r e m e r [CDU]: Er gibt eine Ehrenerklärung ab!)

aus eigener Machtvollkommenheit sozusagen aberkannt, ein öffentliches Amt wahrnehmen zu dürfen. Dies halte ich für infam und menschenverachtend!

(Beifall bei der SPD)

Es erübrigt sich eine Begründung! Es reicht diese Feststellung, es liegt nämlich auf der Hand!

(Abg. K l e i n [CDU]: Infam ist nur eine Beschimpfung! — Abg. D r . K o r i n g [SPD]: Das müssen Sie ertragen! — Abg. K l e i n [CDU]: Nein, das ertrage ich nicht!)

Es liegt nämlich auf der Hand, und ich muß Ihnen leider sagen, immer wenn Ihnen die Argumente ausgehen, greifen Sie zu solchen Mitteln!

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Sie dürfen nicht beleidigen oder verleumdern!)

(D) Ich möchte Ihnen sagen, das hat Tradition! Herr Metz hat in der Einsetzungsdebatte folgendes ausgeführt: So, wie es keine Vorverurteilungen geben darf, so dürfen andererseits bekanntgewordene Mißstände nicht von vornherein der Untersuchung durch einen zu eng gefaßten Antrag und Zeitraum entzogen werden. Ich teile das. Nur, ohne überhaupt weitere Ermittlungen oder die erste öffentliche Anhörung vor dem Untersuchungsausschuß abzuwarten, schreibt Herr Metz am 12. März 1988 in der Zeitschrift „Wir in Bremen“: „SPD-Filz im St.-Jürgen-Krankenhaus jetzt vor dem Untersuchungsausschuß — Machten sie auch Geschäfte mit Kuba?“ Ist das nicht eine Vorverurteilung?

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Das ist eine Frage, die begründet war!)

Heißt das nicht, sich nicht mehr an seinen eigenen Ansprüchen messen zu lassen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Karl Wenkel läßt grüßen!)

Filz als Feststellung! Später mußten Köpfe rollen, und dann hat, nachdem es Herrn Kudella nicht mehr

(A) gelungen ist, auf das Boot da aufzuspringen, die GRÜNEN und die FDP hatten ja Minderheitenvoten abgegeben, und Herr Kudella hat dann rasch einen Antrag nachgeschoben, er ist also nicht einmal aufgesprungen, sondern ist ins Wasser gefallen. Dann hat er ein Interview gegeben, Herr Dr. Siegel hat ihn interviewt, und darin steht dann zum Beispiel so etwas Falsches, daß in dem Fall der Einstellung Herrn Gallas alles in Arbeitsgemeinschaften der SPD vorbesprochen wurde. Ich brauche es nicht mehr zu sagen, dafür gibt es keinen Beleg.

(Lachen bei der CDU)

Ich greife einen weiteren Fall heraus, die ärztlichen Gutachten im Fall Galla habe ich schon erwähnt. Wenn man sie genau übersetzt, so sagt Herr Kudella, Mitglied unseres Untersuchungsausschusses, dann stehe gar nicht darin, daß Herr Galla krank sei. Sagt er so! Das ist objektiv unwahr. Man kann darüber streiten, das tun wir ja gern, ob das alles reicht und so weiter,

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Eben!  
— Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Da kommen Sie selbst ins Stocken!)

aber es gab zwei Befunde, ein nicht ungefährlicher Bluthochdruck, ich sage das, weil das in der Öffentlichkeit schon breitgetreten worden ist, und eben diese,

(B)

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Infolge von Übergewicht!)

Herr Kudella, ich sage es in aller Vorsicht, Übergewichtigkeit!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das sind zwei ärztliche Befunde,

(Unruhe — Glocke)

das sind zwei ärztliche Befunde!

(Abg. Kudella [CDU]: Überlegen Sie, was Sie im Bericht geschrieben haben!)

Diese ärztlichen Befunde können Sie nicht wegdiskutieren, und sie werden im Bericht auch nicht hinwegdiskutiert. Ich sage Ihnen, da ich die Umgangssprache hier nicht anwenden darf wegen eines drohenden Ordnungsrufes, ich sage Ihnen, Sie haben sich auch subjektiv geirrt, subjektiv die Unwahrheit gesagt, denn Sie wußten, daß es so ist. Sie kannten die Atteste, Sie waren Mitglied des Untersuchungsausschusses. Sehen Sie, und das halten wir für nicht angemessen!

(Abg. Klein [CDU]: Gute körperliche Leistungsfähigkeit!)

(C) Sehen Sie, Ihre Argumentationsschienen machen diese Debatte, die Sie vor allem, Herr Klein, aufgezäumt haben, zu einem Skandal der Opposition! — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, Sie hatten ja angekündigt, daß der Vorstand jetzt zusammentritt. Ich habe die Bitte, daß Sie das um zehn Minuten verschieben. Ich möchte gern mit der Fraktion kurz noch einmal eine Beratung durchführen.

**Präsident Dr. Klink:** Ich rufe dann für 13 Uhr den Vorstand ein.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung.

Nach der Mittagspause erhält als nächster das Wort der Präsident des Senats.

(Unterbrechung der Sitzung 12.46 Uhr)

\*

(D)

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nimmt unter anderen der Rentnerclub des Kraftwerks Farge als Zuhörer teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Es sind noch ganz muntere Senioren!

Wir befinden uns in der gemeinsamen Aussprache über den Bericht des Untersuchungsausschusses ZKH St.-Jürgen-Straße und die damit verbundenen Vorlagen.

Meine Damen und Herren, der Vorstand hat festgestellt, daß er eine Rechtsfrage prüfen will, wieweit Artikel 84 der Landesverfassung tangiert ist durch die Anwesenheit eines Abgeordneten heute morgen. Der Vorstand hat dazu folgenden Beschluß gefaßt:

Im Vorstand sind unterschiedliche Auffassungen zu der Frage vertreten worden, ob ein Anwalt wegen eines früher wahrgenommenen Mandats nach Artikel 84 Landesverfassung einem Mitwirkungsverbot unterliegt. Herr Dr. Monnerjahn hat erklärt, und zwar schriftlich, er werde, ohne daß er zu der Rechts-

- (A) Frage Stellung nehme, an den Beratungen nicht teilnehmen. Der Vorstand hat deshalb von einer Entscheidung der Rechtsfrage abgesehen.

Soweit zu diesem Vorgang! Wir setzen die Beratung jetzt fort.

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

**Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Daß mit dem Aufdecken wirtschaftlicher Unregelmäßigkeiten am Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße auch organisatorische Mißstände in den Blick geraten sind, die dringend zu beseitigen waren, ist unbestritten. In seiner Leistungsbilanz zur Mitte der Legislaturperiode vom Oktober 1989 hat der Senat deutlich gemacht, daß er, schon ehe der gesamte Umfang des Schadens erkennbar war, gehandelt hat. Die notwendigen organisatorischen und arbeitsrechtlichen Konsequenzen wurden unverzüglich gezogen. Der Neuaufbau der Krankenhausverwaltung ist inzwischen nahezu abgeschlossen. Der Senat ist seiner Verantwortung dadurch gerecht geworden, indem er entstandene Mißstände so schnell wie möglich beseitigt und alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen hat, damit sich so etwas nicht wiederholen kann.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Um den investiven Nachholbedarf abzubauen, hat der Senat am 11. Oktober 1988 den ersten Teil eines Investitionssonderprogramms für das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße beschlossen und dafür 25 Millionen DM bereitgestellt. Der Senat hat im Januar dieses Jahres der Stadtbürgerschaft einen umfassenden Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen Situation im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße zugeleitet, der deutlich macht, daß die Grundvoraussetzungen für eine optimale Krankenhaushygiene im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße gut sind und in den vergangenen zwei Jahren weitere wesentliche Verbesserungen erreicht wurden. Eine Reihe der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst und Whinney 1987 vorgelegten Verbesserungsvorschläge sind realisiert worden. Andere Vorschläge befinden sich in der Umsetzung beziehungsweise werden im gemeinsamen Lenkungsausschuß bei der zur Zeit laufenden erneuten Überprüfung durch die Gesellschaft beraten.

Unabhängig von den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurde bereits Ende 1987 die Direktion des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße abgelöst. Nach vorübergehender kommissarischer Leitung ist inzwischen die Stelle des Verwaltungsleiters neu besetzt. Auf der mittleren Führungsebene des Krankenhauses wurden ebenfalls personelle Veränderungen vorgenommen. Ich erwähne diese Maßnahmen, weil der Bericht diese vom Senat ergriffenen Maßnahmen nicht aufzählt und es wohl auch nicht kann.

(C) Der Untersuchungsausschuß hat auf eigene Empfehlung oder Verbesserungsvorschläge für die Exekutive verzichtet und insofern auch keinen zusätzlichen Handlungsbedarf aufgezeigt, dies sicherlich in der Einschätzung, daß bereits alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet worden sind. In den Minderheitenvoten von FDP und GRÜNEN sind Empfehlungen enthalten, die sich allerdings in erster Linie an das Parlament richten. Gegen das von FDP und GRÜNEN angeregte Nachdenken über die Deputationen hat der Senat keine Einwände.

(Heiterkeit bei der SPD)

Allerdings ist zu empfehlen, derartige weitreichende verfassungsrechtliche Probleme, etwa die von der FDP angesprochene Frage, ob die Deputationen nicht besser durch reine Parlamentsausschüsse zu ersetzen seien, nicht einmal eben so nebenbei zu behandeln. Wenn diese Empfehlungen ernst gemeint sind, und davon gehe ich aus, ist den Fraktionen der Weg zu Verfassungsänderungen bekannt. Vielleicht kommen dann noch andere Empfehlungen zur Sprache.

Die von FDP und GRÜNEN ausgesprochene Anregung, daß der Untersuchungsausschuß sich auch selbstkritisch betrachten muß, unterstützt der Senat nachhaltig, insbesondere hinsichtlich der Handhabung des Verfahrensrechts. Der Senat hat in der zurückliegenden Zeit sehr bewußt Zurückhaltung geübt, was die Arbeit des Untersuchungsausschusses angeht. Er hat seine Rechte nach Artikel 98 Absatz 3 der Landesverfassung nicht ausgeschöpft und an den internen Beratungen des Untersuchungsausschusses nicht teilgenommen. Der Untersuchungsausschuß ist eine Angelegenheit der ersten Gewalt. Diese Zurückhaltung war ausschließlich dem Respekt vor dem Parlament gezollt, sie läßt keine weitergehende Interpretation zu.

Den Vorschlag der GRÜNEN, einen sogenannten Antifilzbeauftragten zu schaffen, sehe ich im Kontext der von ihnen erhobenen unbewiesenen Filzverdächtigungen und werte ihn als das, was er ist, eine effekthascherische Stimmungsmache.

(Beifall bei der SPD — Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Unerhört! — Heiterkeit bei der SPD)

Ich freue mich, daß Sie das Lachen sich dabei nicht verkneifen können!

Eine Forderung von FDP und GRÜNEN richtet sich an die Adresse des Senats und findet auch dessen Zustimmung. Es handelt sich um die Neufassung des Paragraphen 44 des Bremischen Beamtengesetzes dahingehend, daß künftig eine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit auf der Grundlage einer amtsärztlichen Untersuchung erfolgen muß. Der Senat hat eine entsprechende Gesetzesnovellierung bereits erarbeitet und den Spitzenorganisationen zur Anhörung zugeleitet.

(A) Summa summarum komme ich zu dem Ergebnis, daß der Senat seinen Aufgaben bei der Aufarbeitung der Unregelmäßigkeiten im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße in vollem Umfang nachgekommen ist.

Einige weitere Aspekte in den Minderheitsvoten von FDP und GRÜNEN müssen noch angesprochen werden. Es wird betont, daß beide mit der Sachverhaltsdarstellung im Ausschußbericht zwar einverstanden sind, daß ihnen aber die politische Bewertung nicht paßt. Beiden geht es darum, die wirtschaftlichen Unregelmäßigkeiten am Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße oder, um es drastischer auszudrücken, das wirtschaftskriminelle Verhalten des Verwaltungsdirektors umzudeuten in ein Beispiel für den angeblichen Bremer SPD-Filz. Die vereinigte Opposition sorgt sich darum, den Skandal- und Sensationserwartungen möglicherweise nicht ausreichend gerecht werden zu können.

Die Opposition begründet ihre Filzvorwürfe aber nicht etwa auf konkrete Beweismittel, sondern auf Vermutungen, Verdächtigungen und Unterstellungen. Herr Welke nennt dieses dubiose Verfahren den Grundsatz der freien Beweiswürdigung, von dem er glaubt, daß er in dieser Form auch in deutschen Gerichten praktiziert würde, so auf Ihrer Pressekonzferenz. Dem ist, Gott sei Dank, nicht so. Im Gerichtsverfahren sind nur bestimmte Beweismittel zulässig, Vermutungen und Unterstellungen sind weder in der Strafprozeßordnung noch in der Zivilprozeßordnung als Beweismittel vorgesehen. Sie haben nach meiner Überzeugung aber auch nichts in der Beweisführung von Untersuchungsausschüssen zu suchen.

(B)

Um es in aller Klarheit zu sagen: Bei der sogenannten St.-Jürgen-Klinik-Affäre geht es im Kern um das wirtschaftskriminelle Verhalten des ehemaligen Verwaltungsdirektors, dem es gelungen ist, seine Straftaten vor Außenstehenden, seien es nun die senatorische Behörde und die dort tätigen Beamten, seien es die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, bis in das Jahr 1988 hinein zu verbergen.

An dieser Stelle, Herr Klein, möchte ich auf zwei Anmerkungen eingehen, die Sie heute morgen gemacht haben. Sie haben gesagt, Senator Brückner habe die Kriminalität verursacht, und auch gesagt, Senator Brückner habe bewußt schuldhaft gehandelt. Für den Senat weise ich diese beiden Vorwürfe in aller Deutlichkeit zurück!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch betrübt darüber, daß Sie zwar nicht direkt, dafür sind Sie zu erfahren und zu clever, aber indirekt, indem Sie am Ende Ihrer Rede auf die Barschel-Affäre eingegangen sind, hier eine Parallele herstellen. Ich sage Ihnen, zwischen dem, was Ihr Parteifreund Barschel getan hat, und dem, was hier passiert ist, gibt es überhaupt keine Parallele.

(Beifall bei der SPD)

Gegen eine derartige kriminelle Energie, wie sie Galla entwickelt hat, ist kein Kraut gewachsen, soll heißen, geschützt sind wir dagegen nicht. Es gibt auch keine Veranlassung für den Senat, die politische Verantwortung für das kriminelle Fehlverhalten eines einzelnen Beamten zu übernehmen.

(C)

Der Versuch, aus der Parteizugehörigkeit des früheren Verwaltungsdirektors einen Filzvorwurf zu konstruieren, ist abwegig und nur durch Vermutungen und Verdächtigungen begründet.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Die ihm unterstellte prominente Stellung in der Bremer SPD hat Herr Galla mit Sicherheit zu keiner Zeit gehabt. Ich denke, sonst hätte auch der Opposition das irgendwann einmal auffallen müssen.

Im Zusammenhang mit der Arbeit des Untersuchungsausschusses und der daraus folgenden Berichterstattung in den Medien ist es in der Öffentlichkeit zu rufschädigenden Fehlbeurteilungen von Institutionen und Mitgliedern des Senats gekommen. Einige Beispiele: Die Krankenhaushygiene nahm in der Arbeit des Untersuchungsausschusses und in der Berichterstattung einen sehr breiten Raum ein. Es wurde ein überspitztes Bild von den hygienischen Verhältnissen im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße gezeichnet. Als besondere Mißstände wurden die fehlende Bettenzentrale und die fehlende Trennung von septischem und aseptischem OP herausgestellt.

(D)

Ein inzwischen vom Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße eingeholtes Gutachten weist aus, daß eine zentrale Bettenaufbereitung mit einem Waschplatz, nicht aber eine automatische Bettenwaschstraße notwendig ist. Die Trennung von septischem und aseptischem OP wird bei sonst gut geordnetem und in kapazitätsmäßiger Hinsicht hinreichend ausgelegtem OP-Betrieb für nicht erforderlich gehalten. Im Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen Situation im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße, der der Bürgerschaft vorliegt, heißt es unter anderem, ich zitiere:

„Die vorhandenen dezentralen Operationsräume haben räumliche und baulich funktionelle Mängel mit betriebswirtschaftlichen Konsequenzen. Deshalb wird im Rahmen der Zielplanung ein OP-Gesamtkonzept zu einem zentralen OP-Trakt erarbeitet, der dem Versorgungsauftrag dieses Krankenhauses der Maximalversorgung besser gerecht wird.“

Hierzu und für andere dringliche Maßnahmen wird der Senat den zweiten Teil des Investitions Sonderprogramms für das ZKH St.-Jürgen-Straße beschließen. Aber unabhängig von diesem Handlungsbedarf, das Hygienegutachten, das durchgängig zu einer positiven Bewertung der jetzigen hygienischen Situation in den genannten Bereichen kommt, wird im Bericht zwar erwähnt, aber bezogen auf Trennung septischer/aseptischer OP gar nicht und bezogen auf

(A) die Bettenzentrale nur ungenügend in die Beweiswürdigung einbezogen.

Von weiteren früheren Fehldarstellungen im Untersuchungsausschuß wird im jetzt vorliegenden Bericht Abstand genommen. Der Senat hätte auch eine ausdrückliche Revision begrüßt. Auch hier Beispiele:

Durch die Verwechslung schriftlicher Unterlagen von seiten des Untersuchungsausschusses konnte der Eindruck entstehen, Herr Bürgermeister Dr. Scherf habe vor dem Ausschuß die Unwahrheit gesagt. Es ist auch der Eindruck vermittelt worden, Herr Senator a. D. Brückner habe versucht, Herrn Galla unter Umgehung der laufbahnrechtlichen Bestimmungen zu befördern. Durch eine fehlerhafte Bewertung der beruflichen Stellung eines Bruders von Senator a. D. Brückner ist der Eindruck der Vetternwirtschaft entstanden. Der Senat stellt mit Befriedigung fest, daß sich die oben genannten Vorwürfe als gegenstandslos erwiesen haben.

Meine Damen und Herren, worum es der Opposition im Untersuchungsausschuß geht, ist oft genug formuliert worden: Köpfe mußten rollen, und zwar möglichst viele. Frau Schumann macht denn auch noch einmal in ihrem Sondervotum eine stolze Erfolgsbilanz auf. Ich frage mich nur, ob es nicht der menschliche Anstand verbietet, in diesem Zusammenhang auch einen fähigen, völlig unbescholtenen Beamten zu nennen, der das Zentralkrankenhaus als kommissarischer Verwaltungsdirektor in einer besonders schwierigen Zeit geleitet hat.

(Beifall bei der SPD)

Dieser vermeintlichen Erfolgsbilanz soll nun ein weiterer Name hinzugefügt werden, wenn es nach den Wünschen der Opposition geht. Das Thema ist auch ausgemacht: die Ablösung des Verwaltungsdirektors Galla durch Herrn Bürgermeister Dr. Scherf. Deshalb einige Worte dazu:

Im Bericht wird die Ablösung von Herrn Galla als im Ergebnis richtig bewertet, es wird aber die Art der Ablösung, Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, moniert. Zur Erinnerung und Klarstellung: Es war zu diesem Zeitpunkt von strafbaren Handlungen der früheren Verwaltungsdirektion noch nichts bekannt. Aus der heutigen Sicht des Senats ist es bedauerlich, daß die vielfache und berechtigte dienstliche Kritik am ehemaligen Verwaltungsdirektor erst sehr spät Niederschlag in dessen Personalakte gefunden hatte. Hierdurch ist der Senat in die Lage gekommen, den Betroffenen aus einem, wie sich später herausstellte, sachlich nicht zutreffenden Grund in den Ruhestand zu versetzen.

Allerdings sollte man die Möglichkeiten, die das Disziplinarrecht bietet, nicht überschätzen. Insbesondere bei der Entlassung von Führungspersonal, die im Interesse der betroffenen Einrichtung kurzfristig und reibungslos erfolgen muß, bietet es nur wenig Möglichkeiten. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß nach Bekanntwerden der strafrechtlichen

(C) Verwicklungen des ehemaligen Verwaltungsdirektors unverzügliche disziplinarische Maßnahmen mit dem Ziel eingeleitet worden sind, ihn aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Aus diesem Grund und in Geltendmachung von Regreßansprüchen ist die Pension zunächst auf das zulässige Mindestmaß seit Juli 1988 gekürzt worden, das Ziel ist die völlige Streichung.

Die Behauptung, rechtzeitige Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Desinfektionsmitteln hätten Anhaltspunkte zur Anordnung von Vorermittlungen nach dem Disziplinarrecht ermöglicht, ist falsch. Der Vorwurf, Bürgermeister Dr. Scherf habe eine zeitnahe Untersuchung von angezeigten Unregelmäßigkeiten bei der Beschaffung eines großen Postens Desinfektionsmittel der Firma Scarapharm unterbunden, ist haltlos. Richtig ist vielmehr, daß diese Ermittlungen zeitnah durchgeführt wurden und trotzdem erst mehrere Wochen später — aus einem völlig anderen Zusammenhang — sich Anhaltspunkte ergaben, die auch auf Verfehlungen des damaligen Verwaltungsdirektors Galla hindeuteten.

Haltlos, Herr Klein, ist auch Ihr Vorwurf, Herr Bürgermeister Dr. Scherf habe versucht, einen Skandal zu vertuschen, und Schuld auf sich geladen. Dies weise ich für den Senat zurück.

(Beifall bei der SPD)

(D) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen war bei sachgerechter Abwägung der gegebenen Möglichkeiten die einzig greifbare Möglichkeit, den Betroffenen kurzfristig von seiner Funktion zu entbinden. Man kann nicht einerseits das in der Sache erfolgreiche und tatkräftige Handeln von Herrn Bürgermeister Dr. Scherf respektieren, andererseits aber meinen, die Versetzung von Herrn Galla in den vorzeitigen Ruhestand als gesetzwidrig brandmarken zu müssen.

Die Mehrheit dieses Hauses ist der Auffassung, daß die Versetzung in den Ruhestand den gesetzlichen Vorschriften entsprochen habe. Diese Bewertung wird vom Senat geteilt. Aber auch jenseits dieser rechtlichen Erwägung betone ich noch einmal, der Senat billigt das von Herrn Bürgermeister Dr. Scherf gewählte Verfahren zur Ablösung von Herrn Galla, nämlich die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, ausdrücklich.

Der Bericht enthält Feststellungen und Bewertungen zu den Themen Vereinbarung mit den Krankenkassen über die Höhe der Pflegesätze, Rechtmäßigkeit der Kürzung der Investitionspauschalen und Finanzierung der Frauenklinik, die der Senat nicht teilt.

Zu der Frage der Vereinbarung mit den Krankenkassen über die Höhe der Pflegesätze dürfen wir nicht die Ausgangslage verkennen, nämlich die sich im Verlauf der siebziger Jahre immer weiter öffnende Schere zwischen den Kosten der Krankenhäuser

(A) und deren Deckung über die Pflegesätze, welche zu nicht finanzierbaren Zuschüssen führte. Die Konfliktlage war dadurch gekennzeichnet, daß steigenden Kosten durch die medizinisch/technische Entwicklung ein bei sinkender Grundlohnsomme rückläufiges Beitragsaufkommen der Krankenkassen gegenüberstand.

Da eine Verhandlungslösung nicht erreichbar war, mußte eine grundlegende Klärung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft herbeigeführt werden. Die Einsetzung der Wirtschaftsprüfung erfolgte einvernehmlich, strittig war lediglich der Umfang der Untersuchung. Der Gesundheitssenator vertrat die Auffassung, daß nur Teiluntersuchungen in Betracht kommen könnten, da Pflegedienste einer Wirtschaftsprüfung nicht zugänglich seien.

Zur Kritik der Verhandlungsstrategie des Senators für Gesundheit in Verbindung mit der Frage der Nichtanrechnung oder Anrechnung der Schwesternschülerinnen ist festzustellen, daß die Nichtanrechnung eine vom Senat vertretene Zielsetzung war, der ausbildungspolitisch und gesundheitspolitisch hohe Bedeutung beigemessen wurde. Im Interesse von Patienten, Personal und Auszubildenden wurde diese Forderung nicht nur im gesundheitspolitischen Raum bundesweit breit getragen, sondern es handelte sich auch um eine zentrale Forderung der Gewerkschaften.

(B) Dieser Komplex war aber auch nur ein Punkt unter den Kostenpositionen, die zwischen Krankenkassen und Senat strittig waren. Zu nennen sind hier die Berücksichtigung der Unterdeckung bei den Ambulanzen, der Pensionszahlungen, der Eigenreinigung, der Kosten für die zentralen Dienste — Finanzbehörde, Senatskommission für das Personalwesen, Baubehörde, Gesundheitsbehörde — in den Pflegesätzen.

Hinsichtlich des Kostenvolumens war der Personalbedarf im ärztlich/pflegerischen Bereich umstritten. Die Frage, ob die Einzelposition Nichtanrechnung der Schwesternschülerinnen vorzeitig hätte aufgegeben werden sollen, kann durch eine Ex-post-Bewertung nicht angemessen beantwortet werden. Der Senat hatte hier im Kontext des Gesamtverfahrens eine Ermessensentscheidung zu treffen, zu deren nachträglicher Revision er keine Veranlassung sieht.

Der Senat weist darauf hin, daß in Abstimmung mit dem Rechnungshof seit 1982 das Pflegesatzrisiko als Differenz zwischen tatsächlichen Kosten und Abschlagspflegesätzen durch Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalten offen ausgewiesen wurde. Als ehemaliges Mitglied des Haushaltsausschusses und damit auch als Kollege von Herrn Klein sage ich, wir haben das gemeinsam im Haushaltsausschuß immer so getragen.

(Abg. Klein [CDU]: Das stimmt nicht!)

Die finanziellen Pflegesatzrisiken waren auch Gegenstand von Deputations- und Parlamentsberatun-

gen. Der Senat bewertet als Erfolg, daß entgegen dem ursprünglich befürchteten Abbau von rund 1000 Stellen nur 350 Stellen durch Rationalisierungsmaßnahmen eingespart werden mußten. Das war ein Verdienst des Senators für Gesundheit Brückner.

(Beifall bei der SPD)

Auch hat die Pflegesatzvereinbarung nicht unwesentlich zu der jetzigen zuschufreien Situation der Krankenhausbetriebe beigetragen, eine Situation, die in kommunalen Krankenhäusern durchaus keine Selbstverständlichkeit ist. Die Kürzung der Investitionspauschalen beruhte auf Entscheidungen des Senats und ist im Kontext der politischen Rahmenbedingungen seit Anfang der achtziger Jahre zu bewerten.

Es waren keine einsamen Entscheidungen oder gar Vorschläge des Gesundheitssenators. Der Zwang zur Haushaltskonsolidierung traf durch einschneidende Sparmaßnahmen und Leistungseinschränkungen auch den Gesundheitssenator und damit auch die bremischen Krankenhäuser. Daß diese Politik aus heutiger Sicht zu einem erheblichen investiven Nachholbedarf geführt hat, liegt auf der Hand.

Die Kürzungen der Investitionspauschalen waren jedoch nicht rechtswidrig. Die Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft haben einen Anspruch auf Investitionspauschalen nur der Sache, nicht aber der Höhe nach. Die Festsetzung der Investitionspauschalen für die nicht kommunalen Krankenhäuser basierte auf freien Vereinbarungen. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen erforderlichen Sparmaßnahmen und der Anlage von „grauen Kassen“. Zu diesen rechtswidrigen Praktiken ist es nur in einem der vier Zentralkrankenhäuser gekommen.

Der Neubau der Frauenklinik hatte zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Zentralkrankenhauses einen unstrittig hohen gesundheitspolitischen Stellenwert, so daß in jedem Fall im Rahmen von Haushalt und Finanzplanung eine Finanzierung sicherzustellen war. Die Finanzierung ist in einem haushaltsrechtlich einwandfreien und durch parlamentarische Beschlüsse abgedeckten Verfahren zustande gekommen. Es ist festzuhalten, daß die Finanzierung der Frauenklinik von Senat, Haushaltsausschuß und Parlament ordnungsgemäß beraten und beschlossen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluß möchte ich noch zwei Bemerkungen anfügen. Die erste richtet sich an die Bediensteten der St.-Jürgen-Klinik. Es tut mir leid, daß der hervorragende und untadelige Ruf der Klinik durch die üblen Machenschaften des Verwaltungsdirektors geschädigt worden ist. Das Pflegepersonal, die Verwaltung und die Ärzteschaft des Krankenhauses haben bis zum heutigen Tag trotz vieler Irritationen und

(C)

(D)

- (A) mancher Anfeindungen engagiert und fachlich qualifiziert gearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße verdient zu Recht das Vertrauen der Bevölkerung, und der Senat hat alles getan, um die Verhältnisse in der St.-Jürgen-Klinik zu bereinigen und zu ordnen.

Meine Damen und Herren, die Aufgabe, Mißstände im Staat aufzuklären und rasch und gründlich zu beseitigen, kommt nicht nur den Medien zu, sie ist für alle, die Öffentlichkeit, die Gerichte, die Exekutive und insbesondere die Legislative, eine ständige Verpflichtung. Ihr haben wir uns zu stellen, ohne der Gefahr zu unterliegen, dies parteipolitisch zu mißbrauchen.

Der Senat steht zu seiner Verantwortung. Er wird ihr am besten dadurch gerecht, daß er an der schonungslosen Aufklärung mitwirkt und alle Vorkehrungen trifft, damit sich so etwas nicht wiederholen kann. Ausschließen kann man es leider nicht. Auch das ist eine, wenn auch bittere Erkenntnis, die wir aus diesem Fall zu ziehen haben. — Vielen Dank!

(Starker Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Brückner.

- (B) Abg. **Brückner** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe natürlich überlegt, ob ich rede oder nicht. Rede ich, birgt das die Gefahr in sich, daß es wie eine Rechtfertigung verstanden wird, insbesondere wenn ich über Details rede; rede ich nicht, kann es mißverstanden werden als Kneifen, Ausweichen oder als Zustimmung zu allem, was im Untersuchungsausschußbericht steht. Also rede ich, aber nur kurz und natürlich nicht über, auch wenn das manche wünschen, innerparteiliche Auseinandersetzungen, nicht hier und nicht an diesem Ort, auch nicht über Verfahrenskritik am Ausschuß, die ich oft während der Beratungen und Zeugenvernehmungen dargestellt habe, zuletzt in einem Papier bei der Vorlage des Entwurfes des Berichts. Aber ich will diese Kritik nicht wiederholen, zumal sie, wie ich später gemerkt habe, auch immer als subjektive Rechtfertigung mißverstanden wurde und es besser ist, Verfahrenskritik von Außenstehenden, wie bei dem Hearing bei den GRÜNEN oder vielleicht zu gegebener Zeit bei der Novellierung des Untersuchungsausschußgesetzes, zu führen.

Ich habe auch nicht die Absicht, Klarstellungen zu Einzelpunkten oder Korrekturen von Sachverhalten, wie sie hier heute morgen von Oppositionsrednern dargelegt wurden, vorzunehmen, insbesondere nicht, weil in wichtigen Punkten eben vom Präsidenten des Senats Klarstellungen erfolgt sind, wonach zum Beispiel die Finanzierung der Frauenklinik haushaltsrechtlich einwandfrei gewesen ist und die Investitionskürzungen nicht rechtswidrig waren.

- (C) Dies war auch meine Position vor dem Untersuchungsausschuß.

Ich möchte zwei Punkte lediglich ansprechen und dazu Anmerkungen machen. Erstens: zur politischen Verantwortung! Die Berufung des damaligen Verwaltungsdirektors war mein Fehler. Diese Einstellung hatte nichts mit irgendeiner parteipolitischen Rücksichtnahme oder Bevorzugung zu tun. Ich kannte beide Bewerber gleich wenig, aber den fachlichen Fehlgriff bei dieser Personalbesetzung habe ich zu verantworten.

Ich trage auch die politische Verantwortung für die Mängel und Fehler auf bestimmten Gebieten in der Leitungsfunktion des Krankenhauses und dafür, jemanden eingestellt zu haben, der uns hintergangen hat und in die eigene Tasche gewirtschaftet hat. Daß das Krankenhaus St.-Jürgen-Straße trotz oder auch mit diesem Verwaltungsdirektor in diesen zehn Jahren ganz erhebliche Leistungen erbracht hat, ist schon von anderen ausreichend betont worden.

Die politische Verantwortung aber hätte, wäre ich noch Senator gewesen, selbstverständlich zu meinem Rücktritt geführt. Daß ich als Parteivorsitzender zurückgetreten bin, hat allerdings nur indirekt damit etwas zu tun. Wenn ich es heute betrachte, werfe ich mir vor, nicht stärker versucht zu haben, den Verwaltungsdirektor loszuwerden. Zwar bin ich nach wie vor der Meinung, daß dafür der beamteten und disziplinarrechtliche Weg oder das In-die-Personalakte-Eintragen bei leitenden Mitarbeitern nun wirklich nicht nur nicht üblich, sondern meiner Meinung nach auch nicht richtig ist. Aber einen ähnlichen Weg, wie ihn Henning Scherf später beschritten hat, hätte ich versuchen wollen. Dies nicht getan zu haben, das werfe ich mir heute vor, und das ist ein Teil dieser politischen Verantwortung.

(D) Zweitens: Ich möchte ein paar Anmerkungen machen zu dem Thema Pflegesatzstreit und Vereinbarung der Pflegesätze mit den Krankenkassen aus dem Jahre 1985, weil dieser Bereich einen großen Teil des Berichts darstellt. Der Ausschuß hat zu diesem Punkt im wesentlichen eine politische Auseinandersetzung vorgenommen, fast ausschließlich übrigens unter dem Gesichtspunkt des finanziellen Risikos in dieser Angelegenheit, und eine Beurteilung vorgenommen, die in der Sache meiner Meinung nach nicht zutrifft. Der Ausschuß bewertet diesen Sachverhalt als — ich zitierte — „Brückners Mißerfolg, Brückners Rechnung ging nicht auf, Brückner war erfolglos“.

Dazu möchte ich zusammenfassend sowohl aus damaliger Sicht als auch aus heutiger Sicht deutlich machen, daß diese Pflegesatzvereinbarung ein Erfolg war, weil dadurch zuschußfreie Krankenhäuser ermöglicht wurden und weil dadurch eine vertretbare Personalausstattung erfolgte. Der Präsident des Senats hat eben für den Senat deutlich gemacht, daß der Senat diese Auffassung teilt und keine Veranlassung zur Revision dieser damaligen Senatsposition sieht. Das heißt, daß jeder vom Untersuchungsaus-

(A) schuß empfohlene frühere Vertragsabschluß, eine frühere Vereinbarung mit den Krankenkassen, sei es über den gesamten Teil der Pflegesätze oder über Einzelpunkte wie Nichtanrechnung, weder von der Sachlage her möglich war noch von den Parteien, von den Beteiligten im Streit gewollt war und in jedem Fall zu einer schlechteren Personalausstattung geführt hätte. Das kann eigentlich niemand wollen.

Wir haben das Bestmögliche für die Personalausstattung herausgeholt. Die aktuelle Diskussion über den Personalnotstand in den Krankenhäusern, über die Notwendigkeit, Anreize zusätzlicher Art zu schaffen, um wieder Personal zu bekommen, macht ja deutlich, daß es für die Positionen der Krankenhäuser, für die ich dort gekämpft habe, vielleicht sogar besser gewesen wäre, noch länger zu verhandeln, wenn die Aussicht bestanden hätte, ein besseres Ergebnis herauszubekommen, als etwa den Streit mit den Krankenkassen früher zu beenden und ein schlechteres Ergebnis in Kauf zu nehmen.

Die Qualität der Krankenhäuser, meine Damen und Herren, steht und fällt mit der Personalausstattung. Patienten genesen nur, wenn Schwestern, Pfleger, Ärzte und andere Mitarbeiter nicht nur fachliches Können mitbringen, sondern Zeit genug haben für die Betreuung, für die Versorgung, kurz, für die Pflege im Krankenhaus.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Auch dafür habe ich aus meiner Sicht, aber, wie gesagt, das ist subjektiv, nicht ganz erfolglos elf Jahre im Senat gearbeitet. Denen, die jetzt dafür Verantwortung tragen, wünsche ich natürlich größere Erfolge!

Dies, meine Damen und Herren, waren die zwei Anmerkungen, die aus meiner Sicht nötig waren, um an diesen beiden Punkten deutlich zu machen, einmal, daß es Vorwürfe gibt, die von mir akzeptiert werden und für die ich die politische Verantwortung trage, daß aber auch Vorwürfe da sind, die nach meiner Meinung nicht zutreffend und nicht berechtigt sind. Diese Anmerkungen waren aus meiner persönlichen Sicht auch nötig, weil ich die Absicht habe, in diesem Land noch einige Jahre politisch zu arbeiten. Für welches öffentliche Amt ich mich qualifiziere oder nicht qualifiziere, entscheidet in diesem demokratischen Land zum Glück weder Herr Klein noch die Bremer CDU!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt den dritten Redner aus Reihen der SPD nacheinander gehört, und die Strategie der Sozialdemokraten ist klar,

sie scheuen die Debatte über den Filz wie der Teufel das Weihwasser (C)

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

und behaupten einfach, es gebe ihn gar nicht. Der Filz, meine Damen und Herren, das weiß jeder, der in Bremen wohnt und der Bremer Verhältnisse beobachtet, ist so groß, daß man geradezu achtgeben muß, daß man nicht ständig von ihm erschlagen wird. Daß Sie nun behaupten, es gebe ihn gar nicht, bringt ihn nicht beiseite, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Strategie wird nicht aufgehen.

Dann ist es ja ganz geschickt, daß Herr Brückner sich hinstellt und sagt, ich nehme nun einen Teil der Schuld auf mich. Das hat er zwar früher immer gegenteilig behauptet, er, der in der SPD keine besonderen Funktionen mehr hat, der sozusagen außen vor ist, sagt, natürlich nehme ich nun einen Teil der Schuld auf mich, und ich hätte dieses oder jenes anders machen sollen,

(Unruhe bei der SPD)

aber das, was eigentlich zentral zu der Misere geführt hat, spricht er natürlich nicht an, nämlich die Verfilzung innerhalb der SPD von der Einstellung von Herrn Galla bis zu seiner Entlassung, und das ist der zentrale Punkt, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wozu Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang fähig sind, hat auch die Rede des Kollegen Lojewski deutlich gemacht. Herr Kollege Lojewski, Sie tun mir, und ich sage das aus voller, auch persönlicher Überzeugung, wirklich leid!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. Schmurr [SPD]: Das hat er gar nicht nötig!)

Als Sie Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Krankenhaus St.-Jürgen-Straße waren, hat man wirklich selten bei Ihnen gemerkt, und ich habe ja, bevor ich den Untersuchungsausschuß Geiseldrama übernommen habe, in diesem Untersuchungsausschuß lange Zeit mitgewirkt, daß Sie die Interessen der Sozialdemokraten vertreten, sondern wir haben immer gesagt, Herr Lojewski bemüht sich, Licht in das Dunkel zu bringen, bemüht sich, den Filz zu durchdringen, und insofern haben Sie sich auch bei der CDU, aber, ich glaube, auch bei den anderen Oppositionsfraktionen ein hohes Ansehen erworben.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

(A) Ich muß das leider so deutlich sagen, Herr Kollege Lojewski, heute haben Sie mit einer Rede von knapp einer halben Stunde wirklich Ihr Renommee verspielt und in einer kaum zu überbietenden peinlichen Rede gezeigt,

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

wozu man SPD-Abgeordnete durch Druck aus der SPD zwingen kann.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Ein trauriges Kapitel von Parlamentarismus! Ich hätte, Herr Kollege Lojewski, eine solche Rede von Ihnen, bevor ich sie soeben hier gehört habe, schlicht nicht für möglich gehalten!

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Daß Sie den Filz verteidigen, teilweise auch noch mit falschen Argumenten, und sagen, meine Aussage in einem Interview am Dienstag, in dem ich gesagt habe, in den Gutachten stehe gar nicht, daß Herr Galla krank sei, so das Zitat des Interviews, sei falsch, spricht gegen Ihre eigenen Aussagen und die Unterlagen im Untersuchungsausschuß. Das spielt ja bei dem Deal eine zentrale Rolle, deswegen muß man das hier noch einmal deutlich machen, warum dies so wichtig ist, meine Damen und Herren.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß Herr Galla in früheren Gutachten vor dem privatärztlichen eine volle Leistungsfähigkeit, wörtlich, gute körperliche Leistungsfähigkeit, so Professor Engel, bescheinigt worden ist. Das Privatattest, das er nachträglich beigebracht hat,

(Abg. Klein [CDU]: Nach dem Deal!)

hat sich darauf bezogen, nach dem Deal, jawohl!

Dann, meine Damen und Herren, hat ein leitender Medizinaldirektor und Amtsarzt, nämlich Herr Dr. Plentz, die Plausibilität geprüft, und ich zitiere, was er zum Schluß sagt, würden die Gründe „unter Berücksichtigung des Lebensalters wie im vorliegenden Fall dauernde Dienstunfähigkeit rechtfertigen, so wären die Folgen einer derartigen Entscheidung nach dem Beamtengesetz und vergleichbaren anderen Gesetzen in ihrer weitgreifenden Konsequenz unvorstellbar“.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, unvorstellbar! Das heißt, Herr Dr. Plentz sagt, wenn das, was hier festgestellt wurde, zur Dienstunfähigkeit führen würde, ich sage jetzt einmal frei und etwas überspitzt, dann

hätten Sie die halbe Beamenschaft in Bremen nicht mehr, (C)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

dann wären die alle krank.

Schließlich hat der Untersuchungsausschuß ja noch ein Gutachten erstellen lassen, und das endet mit dem Satz: „Aus neurologischer und psychiatrischer Sicht liegen keine Gesundheitsstörungen vor, die einer Reaktivierung des Beamten“ — gemeint ist Galla — „entgegenstehen.“ Herr Lojewski, wie können Sie in diesem Zusammenhang, um Herrn Dr. Scherf zu verteidigen, das war ja Ihre Absicht, mir unterstellen, ich hätte hier etwas Falsches gesagt?

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Wahr ist, und ich bleibe dabei, der Mann war dienstfähig und ist wahrscheinlich heute auch noch dienstfähig,

(Abg. Klein [CDU]: Kerngesund!)

aber Sie brauchten diese Bemerkung, um Herrn Dr. Scherf verteidigen zu können. Ich will noch einmal sagen, meine Damen und Herren, auch die Tatsache, daß aus dem Entwurf des Untersuchungsausschusses das Wort „Deal“ gestrichen wurde — Deal heißt ein unanständiges, ein anrüchiges Geschäft zwischen Herrn Dr. Scherf als Senator und Herrn Galla —, zeugt doch von nichts anderem, als daß Sie dem Druck der SPD in dieser Frage erlegen sind! (D)

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Was war das denn anderes, und was ist das denn anderes als Filz, was sich hier abgespielt hat, meine Damen und Herren? Zunächst gab es einen Bericht über die Mißstände des Krankenhauses. Auf 68 Seiten waren die Mißstände beschrieben. Die CDU forderte diesen Bericht an, weil ruckbar wurde, daß da einiges nicht stimme. Herr Dr. Scherf bekommt diesen Bericht, berät ihn mit den SPD-Deputierten allein, der Bericht wird dann nicht dem Krankenausschuß, in dem alle Parteien vertreten sind, vorgelegt, sondern er wird unter der Decke gehalten und nur der SPD zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, das ist der klassische Fall von Filz!

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Natürlich!)

Hier arbeiten zig Beamte wochenlang an einem solchen Bericht, tragen ihn minuziös zusammen, und das passiert ja, wie wir wissen, nicht nur mit diesem Bereich, sondern in vielen anderen Verwaltungsbereichen ganz genauso, das ist nicht Ihr Privatvergnügen von der SPD, wenn es solche Berichte gibt, sondern das ist Ihre Verpflichtung, das ist die Verpflichtung

(A) tung der Verwaltung und des Senators, die Abgeordneten dieses Hauses, damit sie ihre Pflicht erfüllen können, insgesamt vollständig, ehrlich und unvoreingenommen zu unterrichten!

(Beifall bei der CDU)

Sie ersticken im Filz, und Sie merken es nicht, das ist das Peinliche!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Es ist doch wirklich unglaublich, daß eine Oppositionspartei einen Bericht anfordert, in dem schlimme Sachen niedergeschrieben werden, und dieser Bericht dann nur der SPD zur Verfügung gestellt wird! Da sagen Sie, das sei kein Filz? Der SPD-Genosse Galla sollte geschützt werden, die SPD-Deputierten hatten Angst, daß das herauskam, und der zuständige SPD-Senator deckte das, meine Damen und Herren!

(Abg. Klein [CDU]: Und die Bürgerschaft wird belogen!)

Soweit sind wir! Das darf in einer parlamentarischen Demokratie nicht zur Regel werden, und das ist in Bremen der Regelfall!

(Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, und in Kenntnis dieses 66-Seiten-Papiers —

(Abg. Lojewski [SPD]: 68!)

68, entschuldigen Sie, mit Anschreiben 68! —, in Kenntnis dieses 68-Seiten-Papiers

(Abg. Naydowski [SPD]: Immer sauber bleiben!)

kommt nun Herr Galla —. Herr Lojewski, Sie steigern sich!

(Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Das war er nicht!)

Das war er nicht? Entschuldigung, Entschuldigung! Es war ein anderer Kollege von der SPD, der sich gesteigert hat!

(Abg. Klein [CDU]: Das ist eine richtige Gang!)

Meine Damen und Herren, es kam aber von der linken Seite jedenfalls, kein Wunder!

Meine Damen und Herren, in Kenntnis dieses 68-Seiten-Papiers kommt nun Herr Galla zu Herrn Scherf, und sie machen ein Ergebnisprotokoll, Vertreter von Herrn Galla war Herr Dr. Monnerjahn, wie Sie wissen, auch ein SPD-Abgeordneter, der nun

wegen Befangenheit ja nicht mehr an der Sitzung teilnimmt! (C)

(Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Das ist falsch! — Abg. Naydowski [SPD]: Lüge! — Abg. Frau Janz [SPD]: Weiter so, CDU! — Unruhe — Glocke)

Nein, ich wollte das ja nur, das hat jetzt nichts mit der Abwesenheit zu tun! Ich mußte ja nur in der Sache darauf hinweisen, Herr Präsident, das war ja so! Nun, meine Damen und Herren, jetzt lese ich das noch einmal vor, Sie können es nicht deutlicher werden lassen in einem weiteren Fall, was wirklich Filz bedeutet: „Ergebnisprotokoll“ — ich zitiere aus dem Untersuchungsausschußbericht — „der Besprechung vom 23.12.1987 zwischen Herrn Bürgermeister Dr. Scherf und den Herren Galla und Bandisch“, der als Rechtsanwalt dort erschienen war, in Vertretung.

(Abg. Klein [CDU]: In Vertretung von Herrn Monnerjahn!)

In Vertretung von Herrn Monnerjahn, richtig!

„Erstens: Herr Galla bringt unverzüglich eine Krankheitsbescheinigung über seine derzeitige Dienstunfähigkeit bei.“ Meine Damen und Herren, lassen Sie sich das doch einmal auf der Zunge zergehen! Sie vereinbaren, daß er sie beibringt! Das heißt, der Deal lautet, du mußt dich krankschreiben lassen, dienstunfähig, und dann habe ich die Gelegenheit, ich, Scherf, dich in den Ruhestand zu versetzen! Meine Damen und Herren, das ist das anrühige Geschäft! (D)

(Beifall bei der CDU)

Doch, meine Damen und Herren, es gibt drei Redner von der SPD nacheinander, die alle behaupten, es gäbe keinen Filz in Bremen. Ich verstehe die Welt nicht mehr!

(Beifall bei der CDU)

Also, das bißchen Selbsterkenntnis sollte doch selbst bei der SPD noch vorhanden sein, denke ich. Das liegt so auf der Hand, daß Sie das einfach nicht wedreden können, und das ist der zentrale Punkt der Auseinandersetzungen. Meine Damen und Herren, wenn dieser Filz hier in Bremen nicht beendet wird und wenn das immer so weitergeht, dann werden Sie erleben, daß es mit unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven immer weiter abwärts geht, weil die Entscheidungen nicht mehr in der Regierung und in der Verwaltung fallen, sondern auf Parteitag und in Klüngelgremien der SPD, und das müssen Sie beenden!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal sagen, daß wir deswegen auch unsere Vorschläge hier

(A) eingebracht haben. Wenn Herr Wedemeier es nicht lassen konnte, nun noch einmal auf Herrn Barschel in Schleswig-Holstein zu sprechen zu kommen! Herr Wedemeier, ich will Ihnen etwas sagen: Die damalige CDU-Übergangsregierung unter dem Ministerpräsidenten Schwarz hat wenigstens Konsequenzen aus den Ereignissen um Barschel gezogen, und wir haben große Teile in Ziffer 1 unseres Antrags übernommen. Wenn Sie ehrlich sind und wenn Sie Filz beseitigen wollen, dann können Sie im Prinzip unseren Antrag gar nicht ablehnen, sondern müssen sich ernsthaft damit auseinandersetzen,

(Abg. Dr. Koring [SPD]: Warten Sie einmal ab!)

damit diese Strukturen, die wir im Augenblick in Bremen haben, endlich beendet werden! Sonst ist das nur Schönrederei, aber kein ernster Ansatz zur Besserung der Situation!

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen auch in diesem Zusammenhang die Stärkung der Minderheitenrechte, meine Damen und Herren. Wir haben es doch erlebt, daß Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion, nicht in diesem Zusammenhang St.-Jürgen-Krankenhaus, sondern bei anderen Krankenhäusern, die Besichtigung vor Ort nicht von dem zuständigen Senator genehmigt wurde, es wurde ihnen verwehrt! Wenn das durchgängig möglich wäre für Minderheiten, die das beantragen und durchsetzen können, wenn es möglich wäre für Minderheiten, stärker und unabhängiger als bisher Akten einzusehen und Vorgänge zu prüfen, dann würden Sie sich selbst in der SPD auch vor solchen Schlampereien und solchem Filz und Unzuträglichkeiten schützen, wie wir sie jetzt im St.-Jürgen-Krankenhaus erlebt haben, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen gleich, machen Sie es sich nicht so einfach in diesem Punkt, daß Sie unseren Antrag hier mit insgesamt, wenn Sie es im einzelnen zählen, elf Punkten, elf Vorschlägen, die wir unterbreiten zur Verbesserung der Verwaltungsstruktur, zur besseren Trennung zwischen Verwaltung und Politik, pauschal ablehnen! Wir werden von seiten der CDU in diesem Punkt keine Ruhe geben, weil gerade der Skandal um das St.-Jürgen-Krankenhaus wirklich einschlägig deutlich gemacht hat, was wir in vielen anderen Fällen nur erahnen können. Nur dann, wenn Parlamentarier auch die Rechte in Bremen erhalten, die sie in vielen anderen Landtagen und im Bundestag haben,

(Abg. Dr. Koring [SPD]: Wo denn? Sagen Sie einmal Beispiele!)

wird auch eine ausreichende parlamentarische Kontrolle gewährleistet sein. Wir werden uns als Opposi-

tionspartei, als CDU, in diesem Punkt nicht länger von der Mehrheitsfraktion SPD in unseren Rechten beschneiden lassen, davon gehen Sie bitte aus! (C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diesen Appell möchte ich zum Schluß noch einmal loswerden an die Kollegen der SPD: Sie haben es in der Hand, hier wieder funktionsfähige parlamentarische Gremien zu installieren. Machen Sie es sich nicht so leicht, wie Sie es sich bisher in der Debatte gemacht haben, indem Sie entgegen allen Fakten, die eigentlich niemand bestreiten kann, diese Fakten einfach bestreiten und sagen, es gibt keinen Filz! Seien Sie so ehrlich, sagen Sie, die vierzigjährige Regierungsarbeit hier in Bremen hat bei uns auch dazu geführt, daß es unzureichende, verfilzte Strukturen gibt, und auch wir sind bereit, der parlamentarischen Demokratie wieder zu ihrem Recht zu verhelfen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Koring.

Abg. Dr. Koring (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit den Stimmen der SPD ist der Untersuchungsausschuß eingesetzt worden. Andreas Lojewski, der zu seinem Vorsitzenden gewählt wurde, hat sich um rücksichtslose Aufklärung der seinerzeit sich abzeichnenden Mißstände bemüht. Er hat völlig unbeeinflußt gearbeitet. Es ist ihm auch nie irgendwann eine Direktive gegeben oder Druck auf ihn ausgeübt worden. (D)

(Lachen bei der CDU — Abg. Gassdorf [CDU]: Heute morgen!)

Sie können soviel lachen, wie Sie wollen! Es ist auch mit ihm nie über das gesprochen worden, was er hier heute sagt!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Allein, daß er das sagt, bestätigt das schon! — Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Warum müssen Sie das dann überhaupt sagen?)

Weil hier von Ihren Rednern behauptet wird, er sei umgedreht worden oder etwas Ähnliches, das ist eine Unverschämtheit sondergleichen!

(Beifall bei der CDU)

Andreas Lojewski hat hier seine zum Teil juristisch fundierte Meinung vorgetragen, und das ist sein gutes Recht!

(Abg. Klein [CDU]: Ach du lieber Gott! — Abg. Kudella [CDU]: Zum Teil, das war richtig! — Beifall bei der CDU)

(A) Entschuldigung, das war ein Lapsus! Er hat teilweise juristisch etwas abgeleitet, und ich kann nur sagen, das ist richtig!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Überwiegend war es peinlich! Zum Teil war es auch juristisch!)

Meine Damen und Herren, was ich hier gerade gehört habe, ist doch nur Lautstärke! Ihre Argumente werden schwächer, und Sie brüllen lauter!

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Da müssen Sie sich einmal an Ihre eigenen Claqueure richten!)

Ich möchte damit beginnen, daß ich zunächst einmal den Dank an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses ausspreche, das hat bisher noch keiner getan, insbesondere auch den SPD-Mitgliedern im Ausschuß, denn die haben sich vorbildlich um Aufklärung bemüht!

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der FDP: Hurra! — Abg. K u d e l l a [CDU]: Wir sind doch hier nicht beim Karneval!)

Also, mir scheint, Sie holen hier den Karneval nach, Herr Kudella! Fahren Sie doch nach Düsseldorf, da ist es, glaube ich, dieses Wochenende, Nachholung vom Rosenmontag!

(B) Ich möchte jetzt zunächst erst einmal etwas zu dem St.-Jürgen-Krankenhaus sagen, das hier die Rolle spielt. Das St.-Jürgen-Krankenhaus hatte Ende 1987 einen Bettenbestand von 1588. Es beschäftigte etwa 2400 Menschen, unter anderen 316 Ärzte, 800 Pflegekräfte, 366 medizinisch-technische Angestellte und 122 Verwaltungsangestellte.

(Abg. D r . P a w l i k [CDU]: Und Herrn Galla! — Heiterkeit bei der CDU)

Einschließlich Herrn Galla, ja!

Dieses St.-Jürgen-Krankenhaus ist ein Großkrankenhaus mit einer Bilanzsumme von über einer vierter Milliarde DM im Jahr. Es bietet einen medizinisch außergewöhnlich hohen Versorgungsstandard. 35 Prozent der Patienten kommen aus dem niedersächsischen Umland oder von weiter her. Wirtschaftliche Verfehlungen und kriminelle Machenschaften in diesem Krankenhaus, das war wirklich eine schlimme Erkenntnis! Diesem Krankenhaus stand ein Verwaltungsdirektor vor, der nicht die Befähigung für diesen Posten hatte. Statt ein leistungsfähiges, wirtschaftlich arbeitendes Krankenhaus zu organisieren, schaffte er Zustände, die fachlich und sachlich nicht haltbar waren, sogar schlimmer, er schaffte ungesetzliche, ja, strafrechtlich relevante Zustände!

Es ist schlimm, einen solchen Mann in leitender Funktion zu haben, es ist schlimmer, daß diese Fehlbesetzung über Jahre hinweg unangefochten war. Die politische Verantwortung hierfür hat der Senator Herbert Brückner, und er hat sich nicht zuletzt

heute dazu bekannt. Herbert Brückner hat in unserer Partei gearbeitet, hat in diesem Parlament gearbeitet und tut es auch immer noch. Er hat an vielen Stellen Vorbildliches geleistet. Er hat auch Fehler gemacht und sich auch geirrt, aber niemand, auch nicht der Untersuchungsausschußbericht, wirft ihm vor, sich an kriminellen Machenschaften beteiligt oder sich bereichert zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte betonen, daß Herbert Brückners Übernahme der politischen Verantwortung seine politischen Erfolge nicht schmälert, sondern sie unterstreicht, und Sie, Herr Klein, haben gemeint, hier ein Verdikt über Herbert Brückner zu verhängen, ein lebenslängliches, kein öffentliches Amt mehr auszuüben. Das kommt Ihnen einerseits gar nicht zu. Ich bezeichne Ihr Verdikt wie mein Kollege Lojewski heute morgen als infam.

(Beifall bei der SPD)

Infam ist schändlich! Was Sie ihm antun wollen, ist auch schändlich, und solange Sie das tun, ist Ihr Tun schändlich!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die breit in der Öffentlichkeit abgehandelten Mißstände haben dem Krankenhaus einen bitteren Ansehensverlust eingetragen. Ich möchte hier noch einmal feststellen, daß trotz der zum Teil wirklich unglaublichen organisatorischen und verwaltungsmäßigen Verhältnisse im St.-Jürgen-Krankenhaus die Betreuung und die Behandlung von Patienten kaum spürbar gelitten hat. Ich möchte mich hier noch einmal ausdrücklich hinter die Beschäftigten stellen, die über Jahre hinweg ihre Aufgabe gewissenhaft mit viel Engagement auch über das normale Maß hinaus erfüllt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hier auch den hohen medizinischen Ruf der Klinik herausstellen, nicht zuletzt aus eigener Erfahrung. Ich möchte mich bei den Pflegekräften und Ärzten bedanken und ihnen sagen, daß ich es sehr bedauere, daß auch ihre Arbeitsplätze in ein dubioses Licht von Korruption und Schlamperei geraten sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wegen des finanziellen Schadens, der dem St.-Jürgen-Krankenhaus durch Schlamperei und Korruption entstanden ist, werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Behörde hat entsprechende Maßnahmen eingeleitet, das haben wir heute morgen von Bürgermeister Wedemeier gehört. Daneben steht es völlig außer Frage, daß die erkannten verwaltungsmäßigen Mängel schnellstens behoben werden müssen. Für mich steht fest, neben

(A) der Auswechslung der gesamten Direktion ist die Schaffung eines Aufgabenbereichs interne Revision und die Verbesserung des Träger-Controllings an erster Stelle wichtig. Es kann ja nicht verwundern, daß unter der Ägide des Herrn Galla dieser Bereich strikt vernachlässigt wurde.

Es muß aber auch kritisch festgestellt werden, daß die senatorische Dienststelle in der Vergangenheit nicht genügend auf die Einrichtung dieser Bereiche gedrungen hat. Die betriebliche Revision ist ein unabdingbares Kontroll- und Meßinstrument eines jeden Betriebes, um die eigene Leistungsfähigkeit zu überprüfen, um innerbetriebliche Mängel rechtzeitig und effizient zu korrigieren. Diese betriebswirtschaftliche Binsenwahrheit ist um so dringlicher und notwendiger, je größer ein Betrieb ist.

Von gleicher Wichtigkeit ist die Existenz einer Planungs- und Organisationsabteilung als zentralem Instrument der betrieblichen Steuerung. Die Hilfsmittel, die in der gewerblichen Wirtschaft für effizientes Arbeiten erdacht, erprobt und verfeinert wurden, müssen auch in verselbständigten Betrieben der öffentlichen Wirtschaft wie den Krankenhäusern angewandt werden. Die Mitglieder der SPD im Krankenhausausschuß werden darauf achten, daß an der Umsetzung dieser Punkte zügig weitergearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, und nun weiter zum Bericht! Die SPD-Fraktion steht grundsätzlich hinter den Aussagen des Mehrheitsberichts, insbesondere wie sie in Kapitel elf zusammenfassend dargestellt sind.

(Abg. Neujahr [FDP]: Grundsätzlich!)

Was die Berufung des Herrn Galla angeht, habe ich schon gesagt, das war ein Fehlgriff, die politische Konsequenz dafür ist gezogen worden. Was die Versetzung in den Ruhestand und deren Bewertung angeht, denke ich, kann doch wohl niemand die Entscheidung von Bürgermeister Henning Scherf kritisieren, Galla dort schnellstens wegzunehmen. Bürgermeister Scherf hat das getan, was man in der gewerblichen Wirtschaft tut,

(Abg. Kuhnert [FDP]: Ach, Herr Koring, wo leben Sie denn?)

was man in der öffentlichen Wirtschaft nicht verfluchen kann, danach rufen Sie doch ständig!

(Abg. Kuhnert [FDP]: Wo leben Sie denn, Herr Koring?)

Dies ist ein Unternehmen mit einer Bilanzsumme von über einer viertel Milliarde DM im Jahr. Ich weiß, wo ich lebe, so etwas ist übertragbar! Die gewerbliche Wirtschaft schickt den von ihr als unfähig erkannten leitenden Mitarbeiter mit einer honori-

gen Lösung weg, damit der sich schneller verabschiedet. Bürgermeister Scherf versetzte den Beamten Galla in den Ruhestand.

(Abg. Altermann [DVU]: Mit einer dicken Pension!)

Mit entsprechenden Kenntnissen und Beweisen hätte Bürgermeister Scherf, so bin ich überzeugt, einen korrupten, einen strafatverdächtigen Mitarbeiter entfernt mit den Mitteln von Beamtengesetz und Disziplinarordnung.

(Abg. Klein [CDU]: Der hatte doch das Material!)

Es ist doch nicht wahr, daß das Material vorlag!

(Abg. Klein [CDU]: Widerlegen Sie das doch!)

Sie haben gerade gehört, was Bürgermeister Wedemeier zu diesem Punkt gesagt hat!

Die Feststellung des Berichts zum Pflegesatzstreit hat die SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen. Die am Ende des Streits als nicht pflegesatzfähig anerkannten Positionen, wie zum Beispiel Nichtanrechnung der Schwesternschülerinnen, der tariflich abgesicherten Schwesternwohnungen, hat die SPD-Fraktion im Verlauf des Streits für wichtig und durchsetzungsfähig gehalten, sie waren es am Ende nicht. Die SPD-Fraktion hat damals einen Mißtrauensantrag gegen Senator Brückner abgewiesen, sie steht dazu. Jede Partei ist am Ende eines Rechtsstreits schlauer. Nicht jeder Fehler und nicht jeder Irrtum eines politisch Verantwortlichen sind mit Vertrauensverlust zu ahnden.

Meine Damen und Herren, sehr verärgert haben mich hier die Voten der versammelten Opposition, die Voten der FDP und der GRÜNEN. Dort soll der Beweis geführt werden, daß der Fall Galla und die Mißwirtschaft, die von ihm im St.-Jürgen-Krankenhaus verursacht wurde, nur die Spitze des Eisbergs im gesamten öffentlichen Dienst sei. Galla sei überall, weil die SPD seit 40 Jahren Regierungsverantwortung in diesem Lande hat.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Eine halbe Minute haben Sie gut!

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Koring (SPD): Nachdem seit zwei Jahren dieses Krankenhaus in Atem gehalten wird, erwarten alle, daß gesagt wird, so, Leute, das war der Skandal, da lagen die Gründe, die und die hatten die Verantwortung, es sind die und die personellen Konsequenzen zu ziehen und die und die fachlichen und sachlichen Korrekturen vorzunehmen, und dann

(C)

(D)

(A) geht der Laden da wieder, da wird ein unglaublicher Rundumschlag gemacht. Sie erzählen sich hier doch allen Ernstes, der Galla sei nur die Spitze des Eisbergs, und überall im bremischen Dienst säßen Gal- las!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. N i e d e r b r e m e r [CDU]: Ich wür- de das noch einmal wiederholen! — Heiter- keit bei der CDU)

Glauben Sie das wirklich, meine Damen und Her- ren? Glauben Sie, daß wirklich alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes korrupt sind hier in Bremen, alle unfähig sind? Alle irgendwo Vettern, alle ver- filzt? Das ist doch das, was Sie uns hier sagen!

(Abg. K l e i n [CDU]: Es gibt auch anstän- dige und ehrliche, die kommen aber unter Druck und Bierverschleiß! Bei der SKP!)

Ich weiß ja, alle, die kein Parteibuch haben oder das der CDU und FDP, die können natürlich etwas, aber die werden nichts, und deswegen haben sie ge- kündigt innerlich, und deswegen tun sie nichts, und deswegen tut der ganze öffentliche Dienst bei uns nichts. Das ist das, was Sie sagen! Glauben Sie das wirklich? Das hören wir doch von Ihnen hier!

(Beifall bei der SPD)

(B) Den Galla gab es leider wirklich, und die Mißstän- de im St.-Jürgen-Krankenhaus gab es leider auch. Dagegen sind Maßnahmen eingeleitet worden, aber das reicht Ihnen ja nicht für die politische Debatte. Sie müssen den großen Kübel ausschütten, den Kü- bel, der da lautet, die SPD ist das Böse an sich. Glau- ben Sie das wirklich?

(Abg. K l e i n [CDU]: Ich habe gesagt, Sie sind für Filz verantwortlich! — Abg. J ä - g e r [FDP]: Dafür bekommen Sie aber kei- nen Applaus! — Abg. K u d e l l a [CDU]: Können wir nicht klatschen, weil das näm- lich nicht stimmt!)

Dann habe ich es ja endlich erreicht, nicht wahr, daß Sie mir nicht mehr applaudieren!

(Zuruf des Abg. K l e i n [CDU])

Woran ich glaube, darauf kommt es hier gar nicht an, Herr Klein!

(Abg. Frau D r . H a c k s t e i n [DIE GRÜ- NEN]: Der erste richtige Satz!)

Ich habe hier zu verkünden, was ich weiß. Also, für diese unglaublichen Unterstellungen führen Sie nir- gendwo einen Beweis, und ich möchte den Damen und Herren von der FDP doch sagen, lesen Sie ein- mal das Beamtengesetz, darin steht, was ein Beamter ist, was er darf, was er nicht darf, was er zu tun und was er zu lassen hat!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Darum haben wir eine Änderung vorgeschlagen, die der Senat für richtig hält!)

(C)

In diesem Gesetz steht, was der Beamte zu tun hat, und nicht das, was Sie sich hier zusammenfabulieren, daß er sich nämlich nur dem Filz verpflichtet fühlt!

(Abg. Frau D r . H a c k s t e i n [DIE GRÜ- NEN]: Sie hätten das einmal Galla zu lesen geben sollen!)

Dann habe ich hier heute morgen gehört, von Ih- nen mehrfach wieder gehört: Das kommt ja alles nur daher, weil die SPD 40 Jahre die Regierung stellt. Sie wollen also damit auch noch das Bremer Wahlvolk erreichen. Sie sagen in Ihrer Stellungnahme von der FDP-Fraktion, Grund der politischen Fehlentwick- lung ist die lange Alleinherrschaft der SPD.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. K l e i n [CDU]: Die Wahrheit springt ihm aus den Knopflöchern!)

Der Wähler also, der seit Jahrzehnten die Regie- rungsverantwortung auf die SPD überträgt, hat schuld. Sie wählen einfach falsch und wollen nicht auf die Opposition hören, das ist Ihre Botschaft. Im übrigen, meine Damen und Herren von der FDP, Sie haben in über der Hälfte der Zeit von den 40 Jahren mit in der Regierung gesessen.

(Abg. W e l k e [FDP]: Das war vor Gallas Bestellung!)

(D)

Meine Damen und Herren, im Votum der GRÜNEN geht es ähnlich zu, da werden ebenfalls Bremer Ver- hältnisse beklagt, der zweihundertfünfunddreißig- seitige Bericht sei lückenhaft, weil nur nachgewiese- nes justitiaables Fehlverhalten bewertet werde. Wenn ich diesen Gedanken aufnehme, habe ich Befürchtungen um das Rechtsempfinden der GRÜNEN, die offenbar auch jedes ihnen genehme unbewiese- ne Verdachtsmoment ausschachten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Konsequenzen aber, die beide Parteien aus ih- ren Vorwürfen ziehen, fallen mehr als dürftig aus. Die FDP verlangt, daß Personalentscheidungen künf- tig derart zu gestalten sind, daß sie eine jederzeitige Transparenz und Nachvollziehbarkeit haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie gesagt, meine Damen und Herren, niemand in diesem Haus hat bestritten, daß die Berufung Gallas ein absoluter Mißgriff war. Ich fordere Sie doch auf, die üble Verallgemeinerung zu unterlassen, als sei jede Personalentscheidung in der Vergangenheit un- korrekt und aus sachfremden Erwägungen getroffen worden!

(Beifall bei der SPD)

(A) Wir sind hier alle zu Recht und Gesetz verpflichtet. Im übrigen, meine Damen und Herren von der FDP, soll es hier in diesem Lande in bestimmten Ressorts eine Anzahl von Mitarbeitern mit FDP-Parteibuch geben.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ja, beim Finanzressort!)

Dann will die FDP, daß die Versetzung in den Ruhestand nur auf der Grundlage eines amtsärztlichen Gutachtens geschieht. Auf Bundesebene und in sieben weiteren Bundesländern steht dies schon im Gesetz.

(Abg. Klein [CDU]: Jawohl!)

In Bremen wird es nicht explizit genannt. Sie sollten wissen, daß amtsärztliche Gutachten trotzdem in der Regel auch in Bremen genannt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Aber nicht bei Herrn Galla! — Abg. v. Nispen [FDP]: In der Regel!)

Wenn man genau hinsieht, stellt man fest, daß der Wortlaut der von der FDP vorgeschlagenen Änderung in diesem Punkt dem eines Entwurfs der Senatskommission für das Personalwesen entspricht, der im April 1990 vom Senat gebilligt wurde und sich gegenwärtig im Beteiligungsverfahren befindet, wie Bürgermeister Wedemeier schon gesagt hat.

(B) Wir werden daher den Gesetzentwurf der FDP, Drucksache 12/380, an die Deputation für den öffentlichen Dienst überweisen, und das beantrage ich hier, nicht aber, um darüber im Zusammenhang mit Ämterpatronage zu beraten, sondern über den im soeben verabschiedeten Beamtenversorgungsänderungsgesetz enthaltenen Grundsatz, Rehabilitation vor Versorgung. Das heißt, dem Dienstherrn wird künftig zusätzlich die Prüfung der Frage auferlegt, ob die Versetzung eines Beamten in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit deswegen unterbleiben kann und soll, weil dem Beamten ein anderes Amt der gleichen oder einer gleichwertigen Laufbahn übertragen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Dann will die FDP, daß über das Deputationsgesetz nachgedacht wird, obwohl sie nicht genau sagt, wohin die Reise da gehen soll. Anlaß ist das von Ihnen beklagte angebliche Informationsdefizit. Ich darf Ihnen da den Paragraphen 16 des Deputationsgesetzes an das Herz legen. Lesen Sie ihn aufmerksam, er gilt für Sie ebenso wie für uns! Im übrigen teile ich die Auffassung, daß Unterlagen der Verwaltung zu Deputationsitzungen allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden müssen. Allerdings kann ich keine Unbotmäßigkeit eines Senators darin erblicken,

wenn er sich mit der Mehrheitsfraktion vor einer Sitzung vorab ins Benehmen setzt.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Gassdorf [CDU])

Am Ende einer jeden Beratung steht ein Beschluß, und dafür braucht der Senator eine Mehrheit.

Überrascht hat mich Ihre nächste Forderung, meine Damen und Herren von der FDP, an die Verwaltung, der Sie das Mißtrauen aussprechen, zu untersuchen, wie denn die Aufsicht besser werden könne. So wie Sie bisher argumentiert haben, hieße das ja, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Aber wie auch immer, die Verwaltung hat längst gehandelt, wie wir durch Bürgermeister Wedemeier gehört haben.

Zur Forderung der GRÜNEN, das Untersuchungsausschußgesetz zu ändern, ist die SPD-Fraktion der Meinung, daß sich das Gesetz grundsätzlich bewährt hat. Wir wollen darüber nachdenken, ob Änderungen geboten sind, wenn diese Debatte beendet ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neujahr [FDP]: Das wird aber anstrengend!)

Den GRÜNEN darf ich zu ihren übrigen Empfehlungen noch sagen, Einstellungen nach dem Parteibuchprinzip werden von Ihnen auch nur behauptet. Ich bedauere, daß Sie sich als Deputierte zweiter Klasse einstufen. Nutzen Sie doch einfach Ihre Rechte! Die GRÜNEN fordern einen Anti-Filz-Beauftragten, die Förderung von Zivilcourage und Engagement im öffentlichen Dienst. Ich finde diese Idee rührend. Stellen Sie sich eine Art Sonderpetitionsausschuß für Beamte vor? Wir halten nichts von dieser Idee.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten von Beamten, daß sie Zivilcourage und Engagement haben und verantwortlich handeln können, namentlich von Beamten in leitenden Funktionen.

Nun zum Clou von vorgestern, dem Dringlichkeitsantrag der CDU! Dieser Antrag ist der untaugliche Versuch, ein ausführliches Minderheitenvotum nachzuschieben, nachdem die CDU-Mitglieder im Untersuchungsausschuß dem Bericht und der Ergänzung von nur drei Sätzen zugestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Dringlich ist dieser Antrag nur, weil sich die CDU-Fraktion nach Vorlage des Berichtsentwurfs nicht zügig darüber klar wurde, wie sie mit dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses umgehen wollte.

Untauglich ist der Antrag auch, wenn damit ein Senator zum Rücktritt gezwungen werden soll, da sind Fristen und Form eines Mißtrauensantrags versäumt. Das erinnert mich daran, daß die CDU schon vor zwei Jahren formale Schwierigkeiten hatte, den

(C)

(D)

(A) Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses St.-Jürgen-Straße auf die Reihe zu bekommen. So spät, wie dieser Antrag gekommen ist, so kurz werde ich auf seine einzelnen Punkte eingehen.

Die SPD-Fraktion wird ihn in seiner Gänze ablehnen, und zwar weil er teilweise wiederholt, was schon besser im Untersuchungsausschußbericht gesagt ist, alte Kamellen wieder auftischt, über die in diesem Haus schon ausreichend debattiert wurde, und schließlich vor Banalitäten und Selbstverständlichkeiten nur so strotzt.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den einzelnen Punkten! Die Feststellungen unter I Nummern eins und zwei sind, soweit sie zutreffen, im Bericht enthalten. Der Filzvorwurf unter I Nummer drei ist falsch und unredlich, ich habe bereits genug dazu gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. K u d e l l a  
[CDU]: Ja! — Abg. M e t z [CDU]: Mehr als  
genug!)

Ebenso verleumderisch ist der Vorwurf eines parteipolitisch motivierten Fehlverhaltens in I Nummer vier gegenüber dem Senator für Gesundheit. Zu Punkt I Nummer fünf ist zu fragen, hat die CDU nicht mitbekommen, daß seit zwei Jahren in Klinik und Behörde nichts anderes geschieht, als Sachkonsequenzen zu ziehen? Wenn die CDU etwas anderes will, muß sie es benennen!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Zu Punkt I Nummer sechs ist zu sagen, daß personelle Konsequenzen gefälligst benannt werden müssen, wenn wir uns damit befassen wollen! Diese Feststellungsforderung, die darin enthalten ist, gehört wieder zu den unzulässigen Verallgemeinerungen, mit denen wir uns in dieser Sache haben herumplagen müssen. Unter II lesen wir den peinlichen untauglichen Versuch, ein nicht fristgerecht eingebrachtes Mißtrauensvotum zu ersetzen.

Auf Punkt III einzugehen erübrigt sich, da Herr Klein es nicht einmal zu begründen wagte, denn —.

(Abg. K l e i n [CDU]: Was? Das ist aber eine mutige Behauptung, Herr Kollege!)

Ja, das ist so! Erinnern Sie sich einmal, das haben Sie nicht begründet! Zu Punkt IV Nummer eins kann ich nur sagen, daß dies für mich die angestrebte Kodifizierung von Selbstverständlichkeiten ist, und was, soweit es Buchstabe c — das Recht des Abgeordneten auf Sachinformation bleibt unberührt —, betrifft, bis zur Banalität abgeleitet.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist der Versuch, die Menschen draußen für dumm zu verkaufen. Jeder, der das Recht des öffent-

lichen Dienstes und die staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen kennt, kommt der CDU sofort auf die Schliche. Gleiches gilt für Punkt IV Nummer sechs, für den, der die Landeshaushaltsordnung kennt. Die Punkte in IV Nummer zwei und fünf lehnen wir ab, weil sie schlicht gegebene Verantwortlichkeiten und Aufgaben vermischen. Gleichberechtigte Sprecher in Deputationen und Anrufen des Landesrechnungshofs durch eine Minderheit haben wir in diesem Hause hinlänglich in den vorangegangenen Debatten diskutiert, und zwar in der neunten, zehnten, elften und zwölften Wahlperiode.

Zum Antragsrecht zum Landesrechnungshof ist noch hinzuzufügen, daß es weder im Bund noch in irgendeinem anderen Bundesland gegeben ist.

(Beifall bei der SPD)

Die geltende Vorschrift des Paragraphen 16 Deputationsgesetz gibt der Opposition weitergehende Informationsmöglichkeiten als in irgendeinem anderen Land: Fragerecht, Berichtspflicht, Akteneinsichtsrecht, wo gibt es das sonst, und wann nimmt die Opposition es in Anspruch?

Als letztes komme ich zu Punkt IV Nummer vier. Hier wird zunächst der plumpe Versuch unternommen zu unterstellen, es habe ein rechtswidriges Verhalten eines Senators gegeben. Der ist zurückzuweisen. Die Rechte und Pflichten eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind auch für diesen Bereich ausreichend geregelt.

Der Beamte steht in einem besonderen Verhältnis zum Staat, und dieser handelt nach Recht und Gesetz. Jeder Beamte, der ein Abweichen davon zu erkennen glaubt, hat dies auf dem Dienstwege zu beanstanden beziehungsweise zu remonstrieren, wenn er selbst zu vermeintlich rechtswidrigem Tun angehalten wird. Er kann dabei seinen unmittelbaren Dienstvorgesetzten übergehen. Er kann bis an das Kollegialorgan Senat gelangen. Dieses Recht, das zugleich eine Pflicht ist, ist ausreichend.

(Abg. K l e i n [CDU]: Nein!)

Was die CDU-Fraktion hier will, mag sie einmal zunächst beim Bund versuchen, die CDU-Fraktion wird nicht einmal dort ihre eigenen Parteifreunde überzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch ein Wort zum Schluß! Die Opposition hat die Mißstände in der Leitungs- und Organisationsstruktur im ZKH St.-Jürgen-Straße dazu nutzen wollen, eine Generalabrechnung mit der SPD zu veranstalten. Die SPD hat für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses gestimmt, weil wir Aufklärung wollen, damit wir zielgerichtet die Mißstände beheben können.

(Abg. W e l k e [FDP]: Was sich nicht mehr umgehen ließ!)

(C)

(D)

- (A) Inhaltlich haben die Oppositionsfraktionen dem Mehrheitsbericht nicht widersprochen. Insofern hat der Vorsitzende des Ausschusses hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Der Bericht zeigt Mängel auf, zeigt, welche inhaltliche Arbeit geleistet werden muß, damit das ZKH St.-Jürgen-Straße wieder in ruhigem Fahrwasser zu weiteren Erfolgen schwimmen kann. Die pauschalen Vorwürfe der Opposition gegen den gesamten öffentlichen Dienst weise ich auf das schärfste zurück!

(Abg. Jungclaus [FDP]: Pfui!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Unser Beifall war aber länger!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schumann.

Abg. Frau **Dr. Schumann** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich die Beiträge von Herrn Dr. Koring und von Herrn Lojewski höre, gewinne ich den Eindruck, daß die SPD hier auf den Mitleidseffekt setzt.

- (B) (Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP — Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wenn ich Herrn Wedemeier und Herrn Lojewski höre, dann frage ich mich wirklich, warum wir diesen Untersuchungsausschuß seit zweieinhalb Jahren betreiben, dann hätte es nämlich nur einen Fall Galla gegeben, und den hätten wir wirklich der Staatsanwaltschaft überlassen können.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Wenn es um Gallas mutmaßliche, ich betone bewußt mutmaßliche, es hat ja noch kein Strafverfahren stattgefunden, kriminelle Delikte gehen sollte, dann hätten wir uns den Untersuchungsausschuß sparen können, denn dann hat Herr Wedemeier die Erklärung parat, für ihn ist das alles eine Auswirkung von krimineller Energie. Ich weiß nicht genau, was kriminelle Energie ist, mir ist sie noch nicht in dem Sinne begegnet, aber dann brauchten wir uns wirklich nicht zu fragen in einem Jahr lang Beweiserhebung, warum zwölf Jahre lang Mißwirtschaft, Mißmanagement und Ineffizienz geduldet worden sind. Das ist doch die Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

(C) Danach haben wir versucht, nach Erklärungen zu suchen, wie gut oder wie schlecht uns das immer gelungen sein mag, aber ich denke, daß gerade in unseren Sondervoten doch dazu einiges steht. Herr Lojewski, Sie haben den „Uni-Bluff“ zitiert. Ich muß sagen, das habe ich auch einmal gelesen, das ist so ganz lustig, aber glauben Sie wirklich, daß es dem Niveau der Debatte hier angemessen ist?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Noch etwas überrascht mich, Herr Lojewski: Ich bin ganz überrascht über Ihre Wissenschaftsfeindlichkeit. Was haben Sie eigentlich dagegen, wenn man versucht, ich würde nicht den Anspruch für mich erheben, mit Methoden, sagen wir einmal, die nicht nur die Juristerei betreffen, sondern vielleicht ein bißchen sozialwissenschaftlich beeinflusst sind, das will ich gar nicht leugnen, sich etwas klar zu machen? Ist es nicht legitim, nach Hilfsmitteln zu greifen, um sich etwas klar zu machen, für das es offenbar keine einfachen Antworten gibt?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

(D) Ich denke zumindest, daß unsere Sondervoten doch zeigen, daß der Rückgriff auf Wissenschaft ein ganz anderes Erklärungspotential besitzt als juristische Methoden unter Umständen. Sie bemängeln die Willkürlichkeit meines Diagramms. Daran ist überhaupt nichts willkürlich, sondern es steht genau da, wonach das ausgewählt worden ist. Das Kriterium war die Auswahl nach Funktionshäufigkeit, das steht darin, und nur deshalb sind diese Namen genannt, weil sich da eben bestimmte Funktionen häufen.

Bei der Untersuchung des Beziehungsgeflechts zwischen SPD, Vereinen, Verwaltungsfunktionsstellen und parlamentarischen Gremien haben wir ein Verfahren der amerikanischen — übrigens linken — Politikwissenschaft angewandt, die sogenannte Interlocking-Analyse, zu deutsch etwa Suche nach Verschachtelungen. Dies ist in den USA eine sehr gängige Methode, um zum Beispiel die Verschränkung von Wirtschaft und Politik zu messen. Damit analysiert man, wie Manager und Politiker durch gemeinsame Mitgliedschaft in Clubs oder Vereinen beispielsweise in ein System von Loyalität und Kohäsion beziehungsweise Zusammenhalt eingebunden werden. Das heißt, uns interessieren nicht konkrete Personen oder gar Schuldzuschreibungen dabei, um das noch einmal klarzustellen, sondern es geht darum, sozusagen anhand dieser Mehrfachmitgliedschaften erwartbare Interessen — und Loyalitätsverschränkungen festzustellen. Das diskriminiert überhaupt niemanden, denn schließlich handelt es sich ja dabei nicht um kriminelle Vereinigungen, sondern um Legislative, Exekutive, Vereine und Arbeitskreise, bei denen Mitgliedschaft durchaus nicht anrüchig ist, um das hier nur auch noch einmal klarzustellen.

(A) Wenn Sie, Herr Lojewski — wo sind Sie denn überhaupt? —

(Zuruf von der CDU: Links!)

wenn Sie, Herr Lojewski, solche Mitgliedschaften für anrühlich halten, ist das allein Ihre Wertung, nicht meine. Derartige Wertungen werden Sie in unserem Sondervotum jedenfalls nicht finden. Anrühlich war allein das Verhalten Gallas, der diese Vereine für seine Interessen zu instrumentalisieren suchte. Man traut sich ja nun Herrn Tepperwien schon gar nicht mehr zu zitieren, nachdem Sie ihm ja implizit unterstellt haben, daß er kein zuverlässiger Zeuge sei.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Ich traue ihm da mehr zu, zumal in Fragen, die den ASB und die Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit betreffen, schließlich war er in beiden Vorsitzender.

Herr Tepperwien sagte: „Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit ist nominell jeder Sozialdemokrat, der im Gesundheitswesen tätig ist.“ Ich denke, man sollte auch die Mitgliedschaft in der LAG wirklich nicht überbewerten, zumal, wie Sie mir, Herr Lojewski, selbst mitgeteilt haben, praktisch jeder Sozialdemokrat, der irgendwie im Gesundheitsbereich tätig war, dort Mitglied war oder noch ist. Das heißt, Sie haben mir eigentlich auch das bestätigt, was Herr Tepperwien gesagt hat. Das sagt ja noch nichts über regelmäßige Teilnahme oder gar Kungelei aus, sondern allenfalls etwas über potentielle Einflußchancen im Bereich sozialdemokratischer Gesundheitspolitik und damit verbundener Personalpolitik.

(B)

(Zuruf von der SPD: Und was soll das?)

Ich will nur sagen, Sie haben ja dieses Diagramm angegriffen und behauptet, ich wolle damit etwas beweisen. Ich will Ihnen erklären, was ich damit nachweisen will,

(Abg. Dr. Koring [SPD]: Beweisen tun Sie nicht, Sie verunglimpfen!)

nämlich daß es eine Interessenüberlagerung und Verquickung gibt, das kann man daran wirklich zeigen. Daß das Loyalität stiftet —.

(Abg. Schmurr [SPD]: Lesen Sie einmal die Überschrift zu diesem Kapitel!)

Ich kenne meine eigenen Sachen, da brauchen Sie keine Angst zu haben! Dann lesen Sie es doch vor, gehen Sie doch hin, und lesen Sie es vor!

(Glocke)

Wer unser Verfahren, nochmals, als Rasterfahndung bezeichnet, wie Herr Lojewski das getan hat, hat nicht begriffen, daß die Suche nach korruptions-

fördernden Strukturen, also die Vernetzung von Macht- und Interessensphären nicht wie ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren der Überführung einzelner Personen als schwarzer Schafe gilt. Ich muß das noch einmal klar machen, ich habe das vorher schon gesagt, ein Untersuchungsausschußverfahren ist kein Strafverfahren, es ist auch nicht sanktionsbewehrt. Es gibt eine ganz andere Zielsetzung. Wir wollen niemanden hinter Gitter bringen, sondern politische Verantwortlichkeit deutlich und klar machen.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie von Ihrer Rolle als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, Herr Lojewski, der sich gern als verkappter Staatsanwalt aufführt, einmal abstrahieren könnten, würden Sie das vielleicht besser verstehen können.

(Abg. Schmurr [SPD]: Das ist Herr Klein! — Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Sie verwechseln das!)

Nochmals: Nicht Sündenböcke sollen herausgerastert werden, sondern die Vielfalt der Interessenverflechtungen soll erkennbar werden, weil sie nämlich den Nährboden für Korruption, mangelnde Aufsicht und Kontrolle für Galla den Schutz bot, ungehemmt wie ein Feudalherr walten und schalten zu können.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP — Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Und so etwas war Jusovorsitzender!)

Herr Lojewski, wenn Sie hier plötzlich den Schutz der Zeugen anfordern, frage ich mich, warum deren Schutz nicht besser bei der Zeugenvernehmung gewahrt wurde. Mein Diagramm bezieht sich ausschließlich auf Erkenntnisse, die in öffentlichen Beweiserhebungen gewonnen wurden, also keine Geheimnisse darstellen. Es geht hier um Personen, die längst der Öffentlichkeit preisgegeben wurden, indem sie nämlich im Untersuchungsausschußverfahren eine Rolle gespielt haben, sei es, daß ihre Rolle bei bestimmten Vorgängen öffentlich erörtert wurde, sei es, daß sie selbst als Zeugen öffentlich angehört wurden, und zwar mit einer Öffentlichkeitsbeteiligung, die größer nicht hätte sein können, nämlich mit Rundfunkübertragung. Wenn hier jemand Rechtsstaatlichkeitsprinzipien verletzt hat, dann waren es Ausschußmitglieder, die jedes Detail, zum Beispiel über Willi Möhles Kontobewegungen, in öffentlichen Beweiserhebungen ausgebreitet haben.

Ich erinnere auch an eine Frage eines Ausschußmitglieds, das wissen wollte, was die Herren Wenkel oder Rehnert tun, wenn sie abends privat zusammentreffen. Ich erinnere daran, daß Namen von Bewerbern genannt wurden, die sich auf die Stelle des Verwaltungsdirektors beworben hatten und deren Qua-

- (A) lifikationen öffentlich debattiert wurden. Da sind Sie nicht eingeschritten, Herr Lojewski, um das zu verhindern.
- (Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP — Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Warum haben Sie das dann nicht getan? — Abg. Dittbrenner [SPD]: Frau Kollegin ist in der Defensive!)
- Fassen Sie sich in Sachen Personenschutz einmal lieber an die eigene Nase! Sie arbeiten hier nach der Devise, Angriff ist die beste Verteidigung. Für mich ist das nur der Beweis dafür, daß wir mit unserer Verflechtungsanalyse voll ins Schwarze getroffen haben.
- (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP — Abg. Gassdorff [CDU]: Ins Rote!)
- Ich finde es schade, daß die SPD-Fraktion hier und auch Herr Bürgermeister Wedemeier nur Abwehrstrategien fahren und sich mit dem Problem des Filzes nicht ernsthaft auseinandersetzen!
- (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)
- Mir scheint, und dies ist wiederum eine Schlußfolgerung, ich kennzeichne sie als solche, diese Tabuisierung ist ein Ausdruck des Filzes.
- (B) (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Metastasen des Filzes!)
- Herr Lojewski, Ihre Rolle rückwärts heute morgen, und damit meine ich zwei sehr unterschiedliche Beiträge, die Sie einmal in Ihrer Rolle als Vorsitzender des Ausschusses und dann als Fraktionsmitglied der SPD gemacht haben, mit dieser Rolle rückwärts und durch diese Tabuisierung stellen Sie doch Ihre aufklärerische Rolle als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses im nachhinein noch in Frage.
- (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)
- Was heißt denn Filz? Es heißt zum Beispiel, daß man sich unter Parteigenossen gegenseitig Gefälligkeiten erweist beziehungsweise Gefälligkeitsansinnen in der Regel nicht zurückweisen kann, ohne als illoyal zu gelten. Natürlich kann man jede Art von sozialdemokratischer Politik leichter verwirklichen, wenn an den entsprechenden Schaltstellen, zum Beispiel in Verbänden, Schulen, Universitäten, Rundfunkanstalten, Stadtwerken und so weiter, Sozialdemokraten sitzen. Von denen muß man jedenfalls weniger Widerstand erwarten als von parteipolitisch Unabhängigen. Leute, die ihre Posten der Partei verdanken, können sich Widerstand gar nicht leisten,
- von ihnen wird Mitmachbereitschaft und Fügsamkeit erwartet.
- (C) (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)
- Deshalb sind sie ja für den Posten ausgewählt worden. Das heißt, ihre Lenkbarkeit ist ein wesentliches Moment politischer Machtausübung, und wenn sie einmal nicht so richtig spüren, dann werden sie in aller Deutlichkeit ermahnt, wie der Stadtwerkevorstand beim Landesparteitag der SPD, der sich kritische Anmerkungen zum Weserkraftwerk geleistet hat.
- (Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Donnerwetter!)
- Das kann man im „Sonntags-Kurier“ nachlesen. Da heißt es, ich zitiere: „Zunder von Genosse zu Genossen hatte Fraktionschef Claus Dittbrenner für den Stadtwerkevorstand parat.“
- (Abg. Schmurr [SPD]: Ja! — Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Hat es der Sache gedient?)
- Lassen Sie mich doch einmal zu Ende reden! „Die müssen sich daran erinnern, woher sie gekommen sind!“
- (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Soll er einmal Herrn Dittbrenner fragen, woher er gekommen ist!)
- (D) Ich denke, das ist deutlich genug und belegt sehr schön aus berufenem Munde, was ich meine. Was ich schade finde, ist, daß Sie von der SPD-Fraktion nicht begreifen oder begreifen wollen, was diese Filzstrukturen anrichten. Sie haben sich damit eingerichtet und leben gut damit, weil Sie davon profitieren. Es ist Ihnen gewissermaßen zur zweiten Natur geworden, und deshalb bemerken Sie es auch gar nicht mehr, sehen nichts Anstößiges darin. Natürlich ist es Ihnen manchmal etwas peinlich, wenn wieder ein Versorgungsfall ansteht, ich will keine Namen nennen, weil es zum Beispiel mit der Kandidatur zur Bürgerschaft nicht geklappt hat.
- (Abg. Dittbrenner [SPD]: Bei wem? Bei mir?)
- Die öffentliche Diskussion darüber haben Sie nicht gern, aber man nimmt es hin, weil man ja auch selbst einmal betroffen sein
- (Abg. Dittbrenner [SPD]: Meinen Sie mich, Frau Kollegin?)
- und auf die schützende Hand der Partei angewiesen sein könnte.
- (Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

- (A) Aber, was glauben Sie wohl, was Menschen dabei empfinden, die nicht Teil dieser sozialdemokratischen Subkultur sind und am eigenen Leibe erfahren müssen, wie das ihre Chancen mindert! Diese Verflechtungsstrukturen verletzen das Prinzip der Chancengleichheit und befördern Opportunismus, zum Beispiel den, einer regierenden Partei allein aus Karrieregründen beizutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Blicken Sie doch einmal in die DDR, da rümpfen wir doch dauernd die Nase über die vielen SED-Karrieristen! Machterhalt als oberstes Ziel wird nicht dadurch besser, daß er dazu verhilft, auch politisch wünschbare Dinge durchzusetzen. Der Zweck, auch der gute, heiligt eben nicht jedes Mittel.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

- (B) Der Schaden, nochmals, der bei den Menschen angerichtet wird, die die Ungerechtigkeit ungleicher Chancen erfahren, ist so viel größer, weil er Demotivierung, Enttäuschung, Resignation oder Opportunismus und Zynismus provoziert, als daß er sich durch gutgemeinte Politik ausgleichen ließe. Chancenreduzierung durch fehlende oder falsche Parteimitgliedschaft hat etwas mit der Beschneidung von Lebenschancen zu tun und ist deshalb nicht augenzwinkernd auf die leichte Schulter zu nehmen. Warum ist das so schwer zu begreifen? Durch das Leugnen dieses Problems tun Sie dem Ansehen Ihrer Fraktion keinen Gefallen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächste hat das Wort Frau Senator Dr. Rüdiger.

**Senator für Gesundheit und für Bundesangelegenheiten Frau Dr. Rüdiger:** Herr Präsident, meine Herren, meine Damen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, und in diesem Fall an Sie, Frau Schumann, gerichtet! Ich glaube, wir kennen uns so gut, daß Sie nachvollziehen können, wenn ich so einen Einstieg nehme. Nicht zulässig von der Sache und vom Diskussionsstand her empfinde ich den Vergleich, den Sie eben gezogen haben, zwischen Ausgrenzung, die Sie beklagt haben, und den Erscheinungen in einem System wie der DDR mit ihren SED-Funktionären.

(Beifall bei der SPD — Zuruf der Abg. Frau Striezel [CDU] — Glocke)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Frau Senatorin, ich unterbreche Sie ungern, ich möchte auch nicht als Oberzensor erscheinen, aber ich habe mir diese Passage sehr genau angehört, weil ich wartete, ob ich unter Umständen eingreifen muß. Ich habe die-

sen Zusammenhang nicht gesehen, sonst hätte ich hier als Präsident eingreifen müssen. (C)

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Hat Sie jemand gefragt? — Unruhe und Zurufe)

**Frau Senator Dr. Rüdiger:** Meine Herren, meine Damen, ich bin ganz sicher, daß es zwischen Frau Schumann und mir möglich ist, das zu diskutieren, was sie gesagt hat und was ich gesagt habe.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal ist es ganz gut, wenn man unterschiedliche Situationen in verschiedenen Regionen und Regierungsbildungen und Koalitionen erlebt hat, dann denkt man bei ganz bestimmten Feststellungen immer an ganz bestimmte Situationen, und dann relativiert sich etwas an einseitigen Schuldzuweisungen. Aber mehr möchte ich hier nicht sagen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Herren, meine Damen, es ist in der Debatte schon mehrfach anerkannt worden, daß die Arbeit des Untersuchungsausschusses ebenso wie die breite Berichterstattung in den Medien, was ich nicht zu beanstanden habe, zu einer lang andauernden erheblichen Belastung aller im Zentral-Krankenhaus St.-Jürgen-Straße geführt hat und daß der bundesweit verwandte Begriff von der Schwarzgeldklinik tatsächlich dem Ruf des größten bremischen Krankenhauses der Maximalversorgung — insgesamt unverdientermaßen — schwer geschadet hat. (D)

In einer Zeit, in der ohnehin bundesweit die stationären Einrichtungen der Krankenversorgung mit den Auswirkungen unzureichender Personalausstattungen, insbesondere im Pflegebereich, zu kämpfen haben und tagtäglich Stationsschließungen an der Tagesordnung sind, was zu einer erneuten Verunsicherung von potentiellen Patienten führen muß, halte ich es für meine Pflicht, unter Beweis zu stellen, welche grundlegende Konsolidierungsarbeit im ZKH St.-Jürgen-Straße und in der Gesundheitsbehörde in den letzten außerordentlich belastenden arbeitsintensiven Jahren geleistet wurde.

Der Krankenhausausschuß ist mit sechs Sachstandsberichten detailliert und kontinuierlich unterrichtet worden. Hier im Plenum der Bremischen Bürgerschaft und im heutigen Zusammenhang mit der Diskussion unerfreulicher Vorkommnisse will ich die wesentlichen Ergebnisse gemeinsamer Konsolidierungsarbeit vor jener Öffentlichkeit benennen, die sonst vor allem Kritisches gehört hat und wieder zu hören bekommen hat und deren Bild vom Zentral-Krankenhaus St.-Jürgen-Straße sonst erneut eine unzeitgemäße Trübung erfahren würde. Ich will mit nur zwölf Feststellungen die heutige Situation zusammenfassend beschreiben.

- (A) Erstens: Der finanzielle Schaden, der dem ZKH St.-Jürgen-Straße durch Schlamperei, Mißmanagement und Korruption entstanden ist, wurde, soweit durchsetzbar, bereits beglichen beziehungsweise eingefordert. Seit Frühjahr 1988 bis heute hat das Zentralkrankenhaus nach Verhandlungen mit Lieferfirmen über Schadensersatzansprüche aus den Vorjahren insgesamt rund 320 000 DM zurückerhalten.

(Beifall bei der SPD)

Weitere rund 273 000 DM konnten nicht auf dem Verhandlungswege durchgesetzt werden. In diesen Fällen wird, soweit Aussicht auf Erfolg besteht, durch Klagen der Gerichtsweg beschritten. Firmenforderungen an das Zentralkrankenhaus wegen angeblich erbrachter Leistungen beziehungsweise eines angeblich erteilten Auftrags wurden geprüft und im Einzelfall zurückgewiesen.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Zweitens: Der ehemalige Verwaltungsdirektor wurde und wird persönlich empfindlich zur Kasse gebeten. Für Schadensersatzbeträge in Höhe von rund 36 000 DM wurden bereits Regreßbescheide zugestellt und werden seit dem 1. Juli 1988 mit monatlich 1500 DM gegen das Ruhegehalt aufgerechnet. Gegen diese Bescheide hat der Betroffene Widerspruch eingelegt. In einem Fall ist Klage erhoben worden, eine Entscheidung steht noch aus.

(B)

In der Zwischenzeit hat der Regierungsanwalt auf Bitten der Gesundheitsbehörde auch andere Beschaffungsvorgänge untersucht, die der ehemalige Verwaltungsdirektor zu verantworten hat. Das Ergebnis: In Gesamthöhe von rund 460 000 DM hat die Stadtgemeinde Bremen Klage gegen den ehemaligen Verwaltungsdirektor erhoben, um Regreß auch hierfür zu erhalten.

Drittens: Bezüglich der eingeleiteten disziplinarischen Maßnahmen gegen den ehemaligen Verwaltungsdirektor verweise ich auf die Ausführungen von Bürgermeister Wedemeier.

Viertens: Gegen zwei weitere Beamte des ZKH sind wegen des Verstoßes gegen haushaltsrechtliche Regeln, gegen Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung sowie gegen die Beschaffungsvorschriften disziplinarrechtliche Vorermittlungsverfahren durchgeführt worden. Ein weiteres Vorermittlungsverfahren wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen seine beamtenrechtlichen Pflichten betrifft den ehemaligen Ärztlichen Direktor.

Fünftens: In Unregelmäßigkeiten verwickelte Mitarbeiter der Krankenhausverwaltung wurden inzwischen entlassen oder ausgewechselt: Fünf von sechs Abteilungsleiter sind gekündigt oder versetzt worden. Die Neubesetzung mit qualifizierten Bewerbern erfolgte nach überregionaler Ausschreibung. Neu vergeben wurde auch die Stelle des Assistenten des Ärztlichen Direktors.

Sechstens: Die Verwaltungsdirektion wird vom 1. September dieses Jahres mit einem auswärtigen erfahrenen Krankenhauspraktiker besetzt, der zur Zeit ein vergleichbares Krankenhaus der Maximalversorgung mit Erfolg leitet. Seine Bestellung erfolgt auf der Grundlage des novellierten Krankenhausbetriebsgesetzes mit einem auf sechs Jahre befristeten Arbeitsvertrag.

(C)

Siebtens: Der Aufgabenbereich Interne Revision im Zentralkrankenhaus wird in diesen Wochen zusammen mit der Firma Ernst und Whinney vorbereitet. In Absprache mit den Krankenkassen unterstützt diese Prüfungsfirma die Direktion auch bei der Weiterentwicklung der Teilprojekte Controlling, Personalrechnung und Materialwirtschaft.

Achtens: Zur Stärkung der Aufsicht in der Gesundheitsbehörde wurden für den Ausbau des Trägercontrolling und für den Aufbau der Internen Revision zusätzliche Mitarbeiter eingesetzt.

Neuntens: Durch früheres Mißmanagement bewirkte Defizite im medizinischen Leistungsangebot wurden behoben. Besonders verweisen möchte ich auf die Inbetriebnahme der Handchirurgie und der Nierentransplantationseinheit. Beide Einrichtungen arbeiten außerordentlich erfolgreich und finden inzwischen hohe Anerkennung bei Patienten und in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zehntens: Der zur Verfügung gestellte erste Teil eines Investitions Sonderprogramms mit einem Volumen von zusätzlich 25 Millionen DM zur Behebung des Investitionsstaus und zur Verbesserung der baulichen Verhältnisse im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße befindet sich in der Umsetzung. Fertiggestellt wurde bereits eine Station in der Inneren Klinik, eine weitere Fertigstellung steht unmittelbar bevor. Bettenzentrale und Zentralsterilisation werden in diesem Jahr in Betrieb gehen. Die Planung für die zentrale Intensivereinheit im chirurgischen Zentralgebäude ist weitgehend abgeschlossen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von 6,1 Millionen DM für Anschaffung und Installation des Kernspintomographen zur Verfügung gestellt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Gerät, die Inbetriebnahme ist für Oktober dieses Jahres vorgesehen, erhält das Krankenhaus eine zusätzliche, außerordentlich qualifizierte diagnostische Untersuchungsmethode, die seinem Auftrag als Krankenhaus der Maximalversorgung der Region gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Elftens: Die Bremische Bürgerschaft als Haushaltsgesetzgeber und die Öffentlichkeit auch als Steuerzahler dürfen mit Interesse und Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß das Zentralkrankenhaus St.-

(A) Jürgen-Straße vor der Verausgabung von Geld für kostenträchtige komplizierte Vorhaben auswärtigen Expertensachverständigen zu Rate gezogen hat, so zum Beispiel für die Planung der zentralen Intensivstation im chirurgischen Zentralgebäude Herrn Professor Lawin aus Münster, für die Vorhaben Zentralsterilisation und Bettenzentrale Herrn Professor Daschner von der Uniklinik in Freiburg und das Deutsche Krankenhausinstitut für Verbesserungen im Transportsystem. Selbst wenn man nicht immer sicher sein kann, daß heute gültige Expertenmeinungen morgen noch Bestand haben, ist das die einzig mögliche Methode, sich abzusichern vor aus Unkenntnis getroffenen Fehlentscheidungen.

(Beifall bei der SPD)

Zwölftens: Mit zahlreichen Erlassen und in vielen Dienstbesprechungen wurden vergessene rechtsverbindliche Regelungen in Erinnerung gerufen, Unklarheiten beseitigt und neue Regelungen geschaffen mit dem Ziel, das Krankenhauseschehen transparent, leistungsfähiger und wirtschaftlicher zu gestalten und verlässlichen Handlungsabläufen zu unterwerfen. Dafür nur einige ganz wenige Beispiele:

(B) Erlaß über Einkauf und Verwendung von Desinfektionsmitteln in den Krankenhausbetrieben der Freien Hansestadt Bremen, Erlaß über Krankenhaushygiene, Erlaß von Richtlinien zur Regelung der Beziehung der Krankenhausbetriebe und ihrer Mitarbeiter zu Krankenhaushelfervereinen!

Zum Beispiel Krankenhaushygiene möchte ich an dieser Stelle nur hinzufügen: Die Stadtbürgerschaft hat ja den Bericht vorliegen, ich will ihn hier nicht wiederholen, sondern nur punktuell aufzählen, was inzwischen dank der Zusammenarbeit auch zwischen Direktion, Hauptgesundheitsamt, Staatlichem Hygieneinstitut und Gesundheitsbehörde geschehen ist. Zu erwähnen ist neben dem eben schon angeführten Erlaß, daß die Hygienekommission unter Leitung des Ärztlichen Direktors regelmäßig tagt, daß das Hauptgesundheitsamt einen Situationsbericht für den gesamten Bereich vorgelegt hat mit Verbesserungsvorschlägen, daß drei Hygienefachkräfte eingestellt wurden und durch einen Arzt, der sich zu einem Hygienebeauftragten weiterbildet, unterstützt werden, daß ein namhafter Hygieniker als Berater gewonnen wurde, daß im Staatlichen Hygieneinstitut ab 1.5. die Abteilungsleitung Krankenhaushygiene nach langer Vakanz fachkundig besetzt werden konnte und daß bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen Situation in Angriff genommen sind.

Die Krankenhaushygiene, meine Herren, meine Damen, wird, damit menschliche Nachlässigkeit sich nicht einschleicht und auch wegen des weiteren medizinischen Fortschritts, immer verbesserungsbedürftig und verbesserungswürdig sein. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen aber sind geschaffen worden, so daß wir feststellen können, die Hygie-

ne ist in den bremischen Krankenhäusern auf gutem Weg. (C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Herren, meine Damen, alles in allem, ich bin zuversichtlich, daß die dargestellten Maßnahmen und Entscheidungen dazu beitragen werden, daß das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße nur noch die heute für ein Krankenhaus dieser Größenordnung normalen Probleme haben und dagegen anzukämpfen haben wird. Diese Probleme sind freilich groß genug, ich erwähne nur noch einmal das Stichwort Pflegenotstand. Bis dahin muß jedoch noch zweierlei geschehen.

Erstens: Die Wirtschaftsprüfung durch die Firma Ernst und Whinney muß zum Abschluß kommen, damit das Krankenhaus zukünftig nach leistungsgerechten Pflegesatzverhandlungen mit den Krankenkassen über einen gesicherten Budgetrahmen verfügen kann.

Zweitens: Weitere finanzielle Anstrengungen zum Abbau des entstandenen Investitionsdefizits sind erforderlich. Mit dem ersten Teil des Investitions Sonderprogramms kann es nicht getan sein. Die Baustanz muß in Ordnung gebracht werden, die Stationen saniert, Geräte ersetzt und funktionale Verbesserungen in Angriff genommen werden, und das bedeutet, auch in Zukunft braucht das Zentralkrankenhaus Aufmerksamkeit und zusätzliche Unterstützung. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Herren, meine Damen, zum Schluß meiner Ausführungen habe ich das Bedürfnis, ein Vierfaches zu tun. Ich möchte der amtierenden Krankenhausedirektion und allen, die für das Gesamtwohl dieses Krankenhauses arbeiten und gearbeitet haben, für ihren arbeitsintensiven und anstrengenden Einsatz in den letzten beschwerlichen Jahren ausdrücklich danken.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Gesundheitsbehörde meine Anerkennung aussprechen für ihre jegliche Dienstzeiten in Frage stellende Bereitschaft zur Abarbeitung entstandener Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte den Mitgliedern des Krankenhausausschusses für ihre sachorientierte Unterstützung danken, und ich möchte vor allem der Öffentlichkeit versichern: Das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße verdient wegen seines hohen Leistungsstandards tatsächlich uneingeschränktes Vertrauen. Aufgrund der Einsicht in die Verhältnisse kann ich wirklich mit Überzeugung hier versichern und fest-

- (A) stellen, dieses Krankenhaus hat heute nicht mehr die Bezeichnung Schwarzgeldklinik verdient. Nun braucht es unser aller Unterstützung!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns heute am Ende der parlamentarischen Aufbereitung eines Vorgangs, der mehr als zwei Jahre einen von uns einstimmig eingesetzten Untersuchungsausschuß beschäftigt hat. Ich glaube, die öffentliche Bewertung dieses Sachverhalts ist durch die umfangreiche Berichterstattung in diesen vergangenen zwei Jahren ganz ausgiebig erfolgt. Deshalb geht es für mich in dieser Debatte heute auch nicht so sehr darum, wer vielleicht einen politischen Vorteil, einen möglicherweise vordergründigen Vorteil von dieser Debatte hat, sondern es geht darum, wie das Parlament ein Gremium, das zur Wahrung seiner Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive eingesetzt worden ist, und dessen Ergebnis behandelt. Welche Schlußfolgerungen werden in der Debatte daraus gezogen?

Deshalb will ich mich, meine Damen und Herren, in dieser Debatte ganz wesentlich damit befassen. Ich möchte vorweg der Kollegin Schumann, das kommt nicht häufig vor, ich will es gleichwohl tun, ausdrücklich danken, Frau Schumann, für die Art und Weise, wie Sie in der Analyse und mit welchem Ton diese Debatte bestritten haben!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich glaube, es hätte auch der Mehrheitsfraktion gut angestanden, bei Ihrem Beitrag aufmerksam zu sein und die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Wir sind immer aufmerksam!)

Frau Dr. Rüdiger, gestatten Sie ein Wort zu der Eingangsbemerkung von Ihnen! Es gibt bei der Bewertung, die Frau Schumann vorgetragen hat, genauso wie bei dem Bericht, dem Minderheitenbericht der FDP-Fraktion, Anmerkungen, die sich auf Strukturen beziehen, wie wir sie in dieser Stadt vorfinden, wie wir sie im übrigen nicht nur in dieser Stadt vorfinden, sondern in mindestens einem Dutzend anderer Städte in diesem Lande auch. Die eigentlich entscheidende Feststellung des ganzen Verfahrens liegt für uns darin, daß aus bestimmten Strukturen sich geradezu unausweichlich bestimmte Folgen ergeben.

(Beifall bei der FDP)

Die Unausweichlichkeit dieser Folgen, meine Damen und Herren von der SPD, sind in einer geradezu

klassischen Weise durch Ihre Redner hier beschrieben worden. Ich darf zitieren und fange an mit dem Bürgermeister Wedemeier. Bürgermeister Wedemeier hat gesagt: „Gegen Galla war kein Kraut gewachsen.“ Herr Wedemeier, das heißt, Sie als Chef — —.

(Bürgermeister **Wedemeier**: Ich habe das anders gesagt!)

Sie haben das exakt so gesagt, ich habe es wörtlich notiert. Sie haben vorher noch gesagt, gegen dessen kriminelle Energie war man machtlos.

(Bürgermeister **Wedemeier**: Ja!)

Aber wirklich: „Gegen Galla war kein Kraut gewachsen.“ Das ist ja auch sehr plastisch, sehr deutsch, jeder kann etwas damit anfangen. Das bedeutet aber, meine Damen und Herren, geäußert von dem Präsidenten des Senats, der letztlich für die Funktionsfähigkeit, für die Einhaltung der Rechtmäßigkeit dieser Verwaltung sowohl als Dienstherr als auch politisch die Verantwortung hat, das Eingeständnis seiner völligen Ohnmacht.

Meine Damen und Herren, wir haben vom Kollegen Lojewski gehört im Mehrheitsbericht, Herr Galla herrschte wie ein Feudalherr. Das müssen Sie als Sozialdemokraten, die Sie ja gemeinsam im vorigen Jahrhundert mit Liberalen angetreten sind, um die Auswirkungen des Feudalismus zu überwinden, einmal auf sich wirken lassen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da ist ein selbsternannter Herrscher aller Reußen, der herrscht wie ein Feudalherr, und gegen dessen kriminelle Intensität ist kein Kraut gewachsen. Das ist doch die Abmeldung aus der politischen Verantwortung durch die SPD!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine weitere Anmerkung zu dieser Debatte! Da komme ich zu dem Kollegen Lojewski. Ich bekenne hier, vor gut zwei Jahren, als wir die Einsetzung dieses Ausschusses beschlossen haben, für die FDP geäußert zu haben, daß es aus grundsätzlichen parlamentarischen Erwägungen heraus richtiger wäre, den Vorsitz über einen solchen Untersuchungsausschuß, der sich ja im wesentlichen mit politischem Fehlverhalten des Senats und der ihn tragenden Mehrheitsfraktion beschäftigt, der Opposition zu überlassen. Ich habe das politisch-hygienisch für besser gehalten.

Ich habe mich nach einem Jahr, Herr Lojewski, als Sie unter dem Beschuß Ihrer eigenen Genossen standen — ich habe die Presseerklärung hier, was Frau Janz gesagt hat bezogen auf den Kollegen Klein, ich habe hier, was der ASJ in bezug auf Ihre Verhandlungsführung gesagt hat,

(Abg. **Barsuhn** [SPD]: Wer ist das denn?)

(A) wie das personalisiert worden ist nach dem Motto, der Lojewski ist der verlängerte Arm des Staatsanwalts Klein —, hier hingestellt in der Debatte im November 1988 und habe gesagt, ich bekenne, meine Befürchtung, was die Objektivität Ihrer Verhandlungsführung angeht, war nicht gerechtfertigt, Herr Lojewski! Ich hätte das auch heute morgen bis 10.45 Uhr ganz exakt so gesagt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben einen Mehrheitsbericht hier vertreten, wie es Ihre Pflicht als Ausschußvorsitzender ist, sachgerecht, ohne eine Bewertung, so, wie er erarbeitet worden ist. Aber offenbar war das von vornherein ein Fehler, oder er ist Ihnen nach dem Eindruck der Debatte auf Ihre Genossen als ein solcher Fehler vermittelt worden, so daß Sie wider Erwarten — ich habe nicht damit gerechnet, ich habe den Kollegen Koring hier als Redner erwartet für die SPD-Fraktion — vor der Mittagspause noch das Wort ergriffen haben und sozusagen in einem anderen Rollenverständnis den Part der Mehrheitsfraktion hinsichtlich dieses Ausschusses hier gespielt haben. Herr Lojewski, es ist von Kollegen gesagt worden, ich lasse es bei einem Satz, ich fand diesen Auftritt peinlich.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

(B)

Sie haben argumentiert und den politischen Vorwurf, den nicht nur dieses Haus, sondern die gesamte Öffentlichkeit erhebt, daß es sich bei diesem Vorgang, dem unangreifbaren, gegen den kein Kraut gewachsenen Herrn Galla, um den klassischen Fall, um die Inkarnation des Filzes handelt, zu entkräften versucht, indem Sie meinten, so ein bißchen kleinkariert juristisch, wo ist denn der Beweis dafür?

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich begeben mich jetzt einmal auf dieses Gleis, Herr Lojewski.

Jetzt empfehle ich Ihrer aller Aufmerksamkeit, ich nenne nicht die Quelle, die nenne ich nachher, ich empfehle Ihrer aller Aufmerksamkeit ein Zitat, das wie folgt lautet, ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Wer Führungspositionen im Landesdienst einschließlich der großen Institutionen selbstherrlich nach dem eigenen Parteibuch besetzt, der offenbart, daß nicht die bewußte politische Gestaltung, sondern einzig Machterhaltung Triebfeder seines Handelns ist. In dieser Politik ist kein Platz mehr für Offenheit, Toleranz und Liberalität, für Vielfalt und Widerspruch als belebende Elemente politischer Entwicklung. 36 Jahre ununterbrochene Herrschaft haben zu politischer Verkrustung, zu schwarzem Filz, zu Entsolidarisierung in der Gesellschaft und zu den

Herrschaftsattitüden einer Staatspartei geführt. Die Zeit für eine Ablösung ist reif.“ (C)

(Abg. Schmurr [SPD]: Herr Barschel ist abgelöst!)

Meine Damen und Herren, dies hat erklärt, Sie werden es wissen, die Sie sich mit Politik beschäftigen, am 29. Dezember 1986 der von der SPD als Hoffnungsträger so hoch geschätzte Björn Engholm. Ich kann sagen, er hat in jedem Punkt recht!

(Beifall bei der FDP — Abg. Schmurr [SPD]: In Schleswig-Holstein!)

Herr Kollege Schmurr, das ist eben Ihre fürchterliche Einseitigkeit! Der Filz ist weder ein spezifisch Bremer noch ein schleswig-holsteinisches Problem, noch ein SPD- oder CDU-Problem oder gar ein FDP-Problem! Der Filz ist der Ausdruck von Machtstrukturen, die einfach korrumpieren!

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut, das ist der schlichte Nachweis, den Sie in jeder gesellschaftlichen und politischen Untersuchung nachlesen können.

(Unruhe bei der SPD)

(D)

Meine Damen und Herren — nun seien Sie etwas ruhiger, oder artikulieren Sie sich so, daß ich es aufgreifen kann! —, Sie wissen das ja auch ganz genau, ich brauche mir doch nur einmal anzuhören, was denn der Oppositionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, der von Ihnen sicher sehr geschätzte Kollege der SPD, zu dem Filz der CSU sagt, das ist doch alles uneingeschränkt übertragbar!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Der wird demnächst Ministerpräsident, warten Sie einmal ab!)

Ob Herr Hiersemann Ministerpräsident wird, Herr Dittbrenner, da würde ich einmal ganz gelassen sein,

(Lachen bei der CDU)

das warten wir einmal ab! Aber wenn Sie denn schon auf Wahlentscheidungen eingehen, meine Damen und Herren, dann will ich das gern aufgreifen. Mit welchem Argument, ob es denn in der Sache berechtigt ist oder nicht, das lasse ich einmal außen vor, aber mit welchem Argument hat denn Gerhard Schröder zwei Prozent in Niedersachsen dazugewonnen? Doch mit nichts anderem, als daß es ihm gelungen ist, wenigstens für eine Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, bereits nach 14

(A) Jahren wird es kritisch! Um wieviel kritischer ist es hier in Bremen nach 40 Jahren!

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN — Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ein weiteres Zitat vorhalten, denn nachdem Kollege Lojewski meinte, juristisch sich der Definition des Filzes nähern zu müssen, hat mich das natürlich nicht ruhen lassen. Ich habe in der Mittagspause im Staatslexikon nachgesehen, wie denn da der Filz beschrieben wird. Das ist hochinteressant, meine Damen und Herren. Also, Filz ist zunächst einmal ein Begriff aus dem Althochdeutschen. So alt ist die Tradition dieses Begriffs, meine Damen und Herren! Es handelt sich bei Filz „um eine gestampfte Masse, die sich beim Walken“ — Walken ist das Einwirken auf Masse — „unter Einwirkung von feuchter Wärme, Druck und Seife umschlingt“.

Meine Damen und Herren, das ist die bildhafte, wie ich finde, sehr anschauliche, auch von der deutschen Sprache her, Umschreibung dieses Begriffs.

(Beifall bei der FDP)

Dies schlägt sich dann nieder in einem abstrakten Begriff in der Staatsrechtslehre, den nennt man Filzokratie. Auch das ist bereits so weit gediehen, daß es eine Definition im Lexikon erfährt, und das darf ich Ihnen auch vorhalten: „Filzokratie — verflochtene Machtverhältnisse, die durch Begünstigung bei der Ämterverteilung insbesondere zustande kommen“.

(B) Meine Damen und Herren, und jetzt nähere ich mich an drei Beispielen dem Nachweis, was hier an Filz vorgekommen ist.

(Abg. Aulfes [SPD]: Ist aber genügsam!)

Erstes Beispiel: Herr Galla! Bei Herrn Galla, das hat ja niemand bestritten hier im Hause, wohlthuenderweise auch von den SPD-Rednern nicht, handelt es sich um ein geradezu schlagendes Beispiel, wie jemand, der von den Voraussetzungen her völlig unfähig war, der sich zwölf Jahre lang als völlig unfähig und geradezu als Katastrophe für diese Klinik erwiesen hat, gleichwohl in die Funktion des Spitzenbeamten der größten Klinik dieser Stadt und einer der größten der Bundesrepublik gelangen konnte.

Sie werden sich doch alle gefragt haben, meine Damen und Herren, wie konnte das eigentlich passieren. Die entscheidende Antwort darauf habe ich mir in dieser Debatte versprochen, daß Sie sagen, ja, so konnte es passieren. Ich will Ihnen sagen, wie es passieren konnte: Da alle Qualifikationskriterien, die bei einer solchen Besetzung eine Rolle spielen müssen, bei Herrn Galla nicht zutrafen, da er in seinem ersten Berufungsfall, als es 1973 um diese Planungsstelle ging, die innerparteilichen Kontakte — er kam ja nicht aus Bremen, er kam, glaube ich, irgendwo

aus dem Ruhrgebiet — noch nicht so hat pflegen können, fiel er 1973 durch, das war irgendwo konsequent! Er hatte ja keine —.

(Bürgermeister Dr. Scherf: Von der Wirtschaftskammer!)

Von der Wirtschaftskammer kam er später dann! Vor der Wirtschaftskammer war er, glaube ich, irgendwo im Ruhrgebiet, Herr Scherf. Aber wenn Sie es besser wissen, würde ich Sie bitten, das hier aufzuklären! Dann hatte er 1976 diese drei Jahre Erfahrung der Betätigung in Bremen schon hinter sich, und dann reichte plötzlich für dieselbe Stelle die Qualifikation mit einem Mal aus!

(Abg. Borttscheller [CDU]: So zahlt sich das aus!)

Da muß sich doch jeder halbwegs vernünftige Mensch, Herr Lojewski, fragen: Wo kann denn dafür die Erklärung liegen? Die Antwort, wo die Erklärung liegt, hat überzeugend Björn Engholm gegeben.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Zweites Beispiel für Filz, meine Damen und Herren: Kollege Welke hat es vorgetragen, ich will es noch einmal tun, weil es sich wirklich so hervorragend eignet. Da gab es einen Vertrag unter vier Genossen, Tepperwien, Monnerjahn, Galla, Kähler. Es ging um den Kauf des Schwesternwohnheims auf dem Gelände der St.-Jürgen-Straße. Verkehrswert round about zwischen 900 000 und einer Million DM, ich will mich da nicht so genau festlegen, es kommt auch darauf nicht entscheidend an, weil die Größenordnung allemal ausreicht. Dieses Objekt wird zu einem Preis von 500 000 DM, den nie eine objektive Stelle ermittelt hat — Liegenschaftsamt war nicht beteiligt —, wird zu 500 000 DM an einen Funktionär des ASB in seiner Eigenschaft als ASB-Vorsitzendem veräußert, und der hat nichts anderes zu tun, als zunächst einmal die Mieten der anderen Nutzer zu erhöhen, damit seine Subvention sich auch noch doppelt rechnet.

(Zuruf des Abg. Altermann [DVU])

Meine Damen und Herren, wenn das nicht Filz ist, dann fordere ich Sie auf, nennen Sie mir doch eine andere überzeugende Erklärung für diesen Sachverhalt, ich bitte Sie darum!

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das dritte Beispiel, diese Übernahme der Kantine! Da ist gesagt worden, daß einer Pächterin, die über 20 Jahre die Einrichtung zur vollsten Zufriedenheit bewirtschaftet hat, die sämtliche Investitionen und Renovierungskosten für diese Kantine getragen hat, ohne irgendeinen Grund, selbst der Ausschuß hat keinen Grund ermittelt, gekündigt wird, damit der

- (A) ehemalige Kollege Launspach hier Kantinenpächter werden kann.

(Abg. A l t e r m a n n [DVU]: Die hatte kein Parteibuch!)

Meine Damen und Herren, wenn das kein Filz ist, dann frage ich Sie wiederum: Was ist es denn sonst?

(Beifall bei der FDP)

Ich will mich auch noch befassen mit dem Vorgang der Ablösung des Herrn Galla. Ich sitze nahe beim Senat, das ist Ihnen bekannt, und da bekomme ich die Emotionen des Bürgermeister Scherf immer in besonderer Weise mit,

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Sie wollen gern näher beim Senat sitzen!)

- und deshalb möchte ich auch gern etwas dazu sagen: Herr Bürgermeister Scherf, ich habe Verständnis dafür, wenn Sie sagen, ich verstehe die Welt nicht. Jetzt habe ich die Stadt, die SPD, das Krankenhaus von diesem korrupten Galla nach elf Jahren Untätigkeit befreit, und nun bin ich der Buhmann. Das ist in der Tat, so verkürzt gesehen, Herr Scherf, eine, wie ich finde, nicht ganz abwegige Argumentation. Die haben Sie ja auch Ihrem Kollegen Lojewski entgegengehalten. Aber, Herr Scherf, und da wende ich mich auch besonders an Herrn Dr. Koring, weil er ja diese Geschichte zu erläutern versucht hat mit bestimmten Gepflogenheiten, die in der privaten Wirtschaft herrschen sollen,

(Abg. W e l k e [FDP]: Beim AC Mailand!)

Herr Dr. Scherf, das Entscheidende, was ein bremischer Senator, auf Landesverfassung, auf Beamtenrecht verpflichtet, bei einer solchen Frage zu beachten hat, haben Sie völlig außen vor gelassen.

Sie haben, auch das ist nicht widerlegt worden, mit Herrn Galla und anderen zusammengesessen und haben gesagt: Wie bekommen wir die Kuh vom Eis? Die Kuh war Galla! Und da gehen wir pragmatisch heran, und Sie haben sich dann wie folgt verständigt: Sie haben gesagt, also, er muß weg, das ist richtig. Er läßt sich nicht ein auf irgendwelche Dinge, die ihm sozusagen in seiner Personalakte vorwerfbar sind, also müssen wir den Gesundheitsweg beschreiten, das ist ja so der Ausweg für Helden. Dann haben Sie, und das war die entscheidende Geschichte, das findet sich ja im Protokoll, als dem Dienstrecht und der Verfassung verpflichteter Senator die Frage, ob Herr Galla gesund ist oder nicht, in die Disposition des Herrn Galla gestellt! Das ist der entscheidende Vorwurf, das ist Rechtsbeugung!

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Scherf, das ist Rechtsbeugung! Sie haben eine juristische Ausbildung genossen, Sie waren ein-

mal bei der Staatsanwaltschaft tätig. Das durften Sie nicht tun! Sie hätten sagen müssen, Sie hätten sagen können, es gibt möglicherweise für Galla nur einen einzigen beschreibbaren Weg, der für ihn akzeptabel ist, den eines Gesundheitsattestes. Ich stelle ihm das anheim, das wäre eine unangreifbare Position gewesen, ich stelle ihm das anheim nach bremischem Beamtenrecht. Sie haben sich aber verpflichtet nach diesem Protokoll, praktisch dies zur Disposition zu stellen. Die Bewertung dieses Vorgangs durch den Kollegen Klein teilen wir in vollem Umfang.

Meine Damen und Herren, die eigentlich entscheidende Frage bei dieser Debatte scheint mir die zu sein: Welche Konsequenzen ziehen denn dieses Gemeinwesen, dieses Parlament und seine Landesregierung aus einem solchen Vorkommnis? Daß es passiert ist, daß es etwas mit SPD zu tun hat, ich glaube, das bestreiten Sie im Ernst nicht. Ich glaube auch nicht, daß Sie bestreiten, daß Machtkonstruktionen, Herr Wedemeier, wie sie hier bestehen, geradezu bestimmte opportunistische Verhaltensweisen von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst begünstigen, zum Teil gerade erzeugen.

Auch das ist kein SPD-Phänomen, damit wir uns nicht mißverstehen, das gibt es mit anderem Vorzeichen überall sonst. Aber wenn jemand das Gefühl hat, er kommt mit seiner qualitativen Voraussetzung, mit dem Inhalt seiner Arbeit nicht weiter, und er sieht reihenweise an ihm Leute vorbeiziehen, von denen er meint, daß sie ihm jedenfalls nicht überlegen sind, und die sagen ihm, ich bin rechtzeitig eingetreten, dann findet das einfach Nachahmer.

Sie wissen doch, ich verrate hier kein Geheimnis, daß es manchmal vorkommt, je nachdem, wie die politische Großwetterlage in dieser Stadt ist, daß man auch mir sagt, hören Sie einmal, ich habe zwar das Parteibuch, aber ich unterstütze Sie. Das ist einfach in einer solchen klimatischen Bedingung, wie sie hier herrscht, normal. Es ist leider so, aber es ist normal, es ist menschlich. Wenn wir das verhindern wollen, Herr Wedemeier, dann gibt es für die Exekutive, die an Machterhalt interessiert ist, das bestreite ich Ihnen überhaupt nicht, nur den einen Weg, die negativen Auswirkungen zu vermeiden, indem ein rigoroser Qualitätsstandard durchgesetzt wird.

Irgend jemand hat hier gesagt, Herr Koring war das, die FDP war bis 1971 20 Jahre in der Regierung dabei, ja, das waren wir, die CDU übrigens auch vier Jahre.

(Abg. K l e i n [CDU]: Acht!)

Das waren acht, Herr Klein, ich nehme das zurück, acht. Das waren, Herr Wedemeier, das wissen Sie, ich glaube, Sie waren zu der Zeit auch in Bremen, völlig andere Zeiten. Solche Formen des korrupten Zusammenwirkens hat es zu der Zeit nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU — Abg. K l e i n [CDU]: Natürlich nicht!)

Die hat es nicht gegeben!

(C)

(D)

(A) Zu der Zeit, meine Damen und Herren, war es um dieses Gemeinwesen Freie Hansestadt Bremen in seinem Bestand in der Bundesrepublik Deutschland auch hervorragend bestellt. Es gab Zeiten, da konnte diese kleine Stadt Bremen, dieses Land Bremen in gemeinsamen Gremien auf Fachminister- und Ministerpräsidentenkonferenzen durch hervorragende Vertreter und qualitative Arbeit überzeugen. Die Zeiten hat es gegeben, Sie wissen das alle, Sie kennen zum Teil diese Leute. Wir haben festzustellen, und das fällt erstaunlicherweise geradezu nahtlos mit dieser absoluten Mehrheit seit 1971 zusammen, daß zunehmend Mittelmäßigkeit und teilweise sogar schlechter als diese hier Platz gegriffen hat.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Wedemeier, lassen Sie das auf sich wirken, Sie stehen als Bürgermeister dieser Stadt in einer existentiellen Situation für die Selbständigkeit dieses Landes! Ich will Sie da gern unterstützen, das wissen Sie. Aber in einer solchen Situation sind wir darauf angewiesen, daß wir besser sind als andere und daß bei uns nicht Korruption herrscht und Leute wie Herr Galla ihr Unwesen treiben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

(B) Deshalb, Herr Wedemeier, fordere ich Sie auf, die Konsequenzen aus diesem lückenlosen Nachweis der Folgen absoluter Mehrheit und des Filzes zu ziehen und endlich das Übel an der Wurzel zu packen und nur Leute einzustellen,

(Zuruf des Abg. St e l l j e s [SPD])

die eingesetzt werden — Herr Stelljes, ich denke besonders an Sie —, weil sie etwas können, und nicht, weil sie das rote Parteibuch haben!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen machen zu dem, was bisher gesagt wurde! Ich will gleich damit beginnen, Herr Kollege Jäger. Die Mittelmäßigkeit, die Sie angesprochen haben, gilt nicht nur, um in Ihrem Jargon zu reden, für die SPD, sondern das gilt natürlich auch für die Opposition in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]:  
Sehr dilettantische Retourkutsche!)

Diese Frage haben wir uns alle, wenn schon, gleichermaßen zu stellen.

Nehmen Sie nicht immer diese Position ein! Ich werfe Ihnen ja nicht zum ersten Mal vor, daß Sie immer nur auf die linke Seite dieses Hauses schielen. Ich wollte am Anfang etwas sagen zu dem Mitleids-

effekt bezogen auf den Ausschußvorsitzenden Herrn Lojewski und bezogen auf Herrn Dr. Koring. (C)

(Abg. N e u j a h r [FDP]: Da waren Sie auch ganz traurig!)

Ja, das war ein sehr interessanter und intelligenter Zwischenruf! Ich glaube, daß beide Mitglieder meiner Fraktion eine ausgezeichnete und verantwortungsvolle Arbeit während dieser zwei Jahre gemacht haben und von Mitleid hier nun überhaupt nicht die Rede sein kann.

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]:  
Koring war nicht Mitglied des Untersuchungsausschusses!)

Wissen Sie, Herr Klein, die Frage ist ja, und da bin ich dankbar für den Debattenbeitrag von Frau Dr. Schumann, daß man natürlich sich auch einmal umsehen muß, wie denn eigentlich ein solcher Untersuchungsausschuß läuft in Bremen, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben oder die Sozialdemokraten den Ausschußvorsitzenden stellen. Es ist ja nicht falsch, wenn man zu Recht darauf hinweist, daß natürlich eine solche Arbeit, für die ein erhebliches öffentliches Interesse vorhanden ist, auch auf Widerstand stößt, auch in meiner eigenen Partei, darüber hinaus bei betroffenen Gruppen, aber anders, als das zum Beispiel bei der CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein geschehen ist.

Sie haben nämlich, wenn ich mich noch richtig erinnere, den Grafen nach Hause geschickt, (D)

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU)

obwohl es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben hat. Das hören Sie nicht gern. Ich kann das verstehen, aber wissen Sie, das sind die graduellen und inhaltlichen Unterschiede zwischen Ihnen und uns, daß wir so etwas durchstehen können. Das macht, und ich wiederhole das und werde nicht müde, dies immer wieder zu wiederholen, die Stärke der Sozialdemokratie aus, daß wir damit umgehen können, auch mit unbequemen Inhalten, die wir vor uns selbst zu rechtfertigen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Herren von der Union, ich verstehe ja überhaupt nicht Ihre Debattenbeiträge hier in diesem Hause.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das ist ja das Problem des Dilettantismus!)

Sie haben doch dem Bericht des Ausschußvorsitzenden Lojewski zugestimmt bis auf drei Sätze, oder etwa nicht?

(Abg. K l e i n [CDU]: Ja, das haben wir ja selbst ermittelt!)

(A) Hat man das vergessen, haben Sie das vergessen in Ihrer Debatte?

In den Minderheitenberichten der GRÜNEN und der Liberalen steht auf den ersten Seiten, im Grundsatz stimme man damit überein, es sei eine an sich gute Arbeit gewesen, aber die politische Bewertung sei eine andere, und die müsse noch ein bißchen angereichert werden. Ja, meine Damen und Herren, wenn aber der Rest der Arbeit, der überwiegende Teil der Arbeit so gut, so positiv war, dann frage ich mich auch im Sinne einer Weiterentwicklung des Parlamentarismus: Warum zerreden Sie eigentlich den Hauptteil dieser Arbeit des Untersuchungsberichts hier in diesem Hause, wenn 80 Prozent von dem stimmt, was in diesem Ausschlußbericht steht?

(Beifall bei der SPD)

Es ist unverständlich für mich, warum Sie auf der Grundlage der restlichen zehn bis 15 Prozent versuchen, Ihr Filzsuppchen zu kochen. Meine Damen und Herren, das würde natürlich alles sehr viel glaubwürdiger sein, wenn es nicht gerade von der Union oder von den Freien Demokraten käme.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Von wem denn sonst?)

(B) Man darf ja bei einer solchen Debatte nicht nur das Bundesland Bremen sehen, sondern man muß sicherlich auch darüber hinaus einen kurzen Schwenk machen.

Ich habe den Untersuchungsausschuß des Landes Schleswig-Holstein bereits erwähnt. Wenn ich mir ansehe, was die Union alles gemacht hat beim Celler Loch in Niedersachsen, wie sie im Augenblick agiert in der U-Boot-Affäre im Deutschen Bundestag, dann frage ich: Wo sind denn eigentlich da Ihre Reden, Herr Kollege Klein, Herr Kollege Kudella?

(Beifall bei der SPD)

Da sitzen Sie unter dem Tisch, mauern, versuchen zu schleimen und wegzubringen und zu verdecken. Wenn wir glaubwürdig sein wollen, dann gehört das doch mit in eine solche Debatte und kann nicht verschwiegen werden!

(Beifall bei der SPD)

Noch eines, was ich auch nicht vergessen habe, und wenn Sie erlauben, zitiere ich es in einer solchen Debatte, nämlich die Entscheidung der Union, was den Länderfinanzausgleich betrifft!

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Ach, jetzt kommt das noch!)

Ja, das kann ich mir vorstellen, Herr Kollege Fischer, Sie sind ja finanzpolitischer Experte Ihrer Fraktion, warum Sie sagen, auch das noch!

(C) Ich erinnere daran und will das auch noch einmal gegenüber der Öffentlichkeit sagen, wenn mich nicht alles täuscht, ist die Grundsatzentscheidung über die Vergabe oder über das weitere Vorgehen in Sachen Länderfinanzausgleich nicht unbedingt in einem parlamentarischen Gremium gefaßt worden, sondern das CDU-Präsidium Ihrer mächtigen Bundespartei hat diese Entscheidung getroffen. Also, ich frage einmal: Wie würden Sie denn eine solche Entscheidungsfindung bezeichnen, die dann letztlich nur noch abgeseget werden muß durch das Bundeskabinett, was eigentlich dafür zuständig ist? Wie würden Sie das denn bezeichnen, meine Damen und Herren von der Union?

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Das ist kein Witz, das ist so!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch drei Bemerkungen machen, ich glaube, daß dann noch einiges richtigerückt würde! Ich wollte bei all dem Dank, der hier abgestattet wurde, die Kolleginnen und Kollegen, die zuständig waren für das Drucken des Berichts, nicht vergessen. Die haben sich nämlich gemeldet und gesagt: Das ist ganz toll, daß ihr euch bedankt habt bei vielen, wir waren aber auch daran beteiligt. Ich sage von hier aus herzlichen Dank den Druckern und Kopierern für den Bericht!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich möchte allgemein auch ein Wort richten an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die den Eindruck haben könnten nach den Debattenbeiträgen der Union, der Freien Demokraten und der GRÜNEN, daß auch sie nun alle in der Reihe um Galla, vor Galla, hinter Galla und neben Galla zu den Kriminellen im öffentlichen Dienst gehörten. Ich betone für die SPD-Fraktion, daß sie nicht einzureihen sind bei denen, die hier den schwarzen Fleck auf der Nase haben, dazu gehören die meisten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht, sondern sie machen ordentlich ihre Arbeit, wie sich das gehört.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Satz: Frau Dr. Schumann, einen Widerspruch in Ihrer Aussage, ich wollte ihn nicht bringen, aber ich glaube, ich muß es doch!

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Nachher bei der Weinprobe!)

Bei der Weinprobe können wir das vertiefen! Sie haben nämlich aus einem Zeitungsartikel zitiert, indem Sie sagen: Zunder gab es von Genosse zu Genosse, und der Dittbrenner hat dem Stadtwerkevorstand nun klargemacht, er solle einmal sehen, was hier umgesetzt werde. Frau Kollegin, wir haben einen Parla-

- (A) mentsbeschluß gefaßt, was das Weserkraftwerk anbetrifft, sicherlich nach einer solchen Debatte. Da wir uns in der SPD-Fraktion festgelegt hatten, gingen wir davon aus, daß wir diesen Fraktionsbeschluß auch umsetzen in diesem Hause.

Ich meine, da ist es natürlich nicht falsch und auch nachvollziehbar, wenn der Vorsitzende einer solchen Fraktion, wenn er den Rechenschaftsbericht seiner Fraktion vor der Landespartei abgibt, etwas dazu sagt. Er sollte auch deutlich etwas dazu sagen, und zwar in die Richtung derer, die darüber entscheiden, und da sind wir nicht auseinander, vermute ich, der Stadtwerkevorstand und der Aufsichtsrat haben diese Entscheidung zu treffen. So habe ich das angelegt auf dem Landesparteitag, nicht von Genosse zu Genosse.

(Abg. Frau Dr. Schumann [DIE GRÜNEN]: Ich habe nur zitiert!)

Sehen Sie, da sind wir ja auch wieder bei dem Punkt! Sie zitieren immer nur, aber die Schlußfolgerung überlassen Sie dann immer anderen. Aber, nun gut, Herr Kollege Lojewski hat schon etwas dazu gesagt. Ich will das zu Ende führen. Was würden Sie sagen, Frau Kollegin, wenn trotz erfolgten Beschlusses dieses Hauses der Stadtwerkevorstand diesen Beschluß nicht exekutieren würde?

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Das wäre ungeheuerlich!)

(B)

Richtig, vielen Dank! Ich bedanke mich, Herr Kollege Thomas! Genau das habe ich erwartet, und da können Sie einmal sehen, wie widersprüchlich das selbst in Ihrer Fraktion ist, auf der einen Seite Basisbezug und auf der anderen Seite Filz! Sie müssen sich für eines entscheiden, gerade wenn es um die Durchsetzung von politischen Beschlüssen geht, müssen Sie auch Druck ausüben! — Schönen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich gemeldet, um zu unserem Abstimmungsverhalten zum CDU-Antrag etwas zu sagen, über den ja noch nachher abgestimmt werden muß, aber ich möchte doch kurz auf Ihre Ausführungen eingehen, Herr Dittbrenner.

Ganz so einfach sollten wir uns das hier jetzt nicht machen bei dem Stadtwerkevorstand.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ich habe es mir nicht einfach gemacht!)

Die Bürgerschaft hat einen Beschluß gefaßt, das soll gebaut werden, und sie fordert den Senat auf, seinen

- Einfluß im Aufsichtsrat geltend zu machen. Was haben Sie als Fraktionsvorsitzender der SPD denn damit zu schaffen? (C)

(Heiterkeit bei der SPD)

Das wäre Sache des Senats gewesen.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das halte ich Ihnen die nächsten zwei Jahre vor!)

Dann möchte ich doch gern einmal fragen, Herr Dittbrenner, wie denn dieser Satz zu verstehen ist, die müßten sich daran erinnern, woher sie gekommen seien. Was soll denn das heißen? Ich kann das nur so interpretieren, der Stadtwerkevorstand soll sich doch einmal daran erinnern, daß er auf diesen Posten aufgrund seiner Zugehörigkeit zur großen Parteilinie gekommen ist.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Ja, beantworten Sie doch einmal!)

Anders kann ich diesen Satz nicht interpretieren, tut mir leid, beim besten Willen nicht!

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Das ist Ihre schlichte Denkungsart! — Abg. Klein [CDU]: Übrigens gab es den Bürgerschaftsbeschluß noch nicht, als Sie das gesagt haben! — Abg. Dittbrenner [SPD]: Habe ich gesagt!)

(D)

Ja, hier steht kein Datum darauf, ich weiß nicht, ob es den Bürgerschaftsbeschluß überhaupt schon gab zu der Zeit.

Herr Dittbrenner, Sie haben dann ferner gesagt: Mitleidseffekt. Wenn wir hier von Mitleidseffekt gesprochen haben in bezug auf Herrn Lojewski, dann bezog sich das natürlich nicht auf seine Arbeit als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, sondern das bezog sich auf seinen Beitrag hier in der Bürgerschaft. Als Herr Lojewski hier gesagt hat, es gab doch nun gewisse Indizien dafür, daß Herr Galla krank war, und er führt als Beispiel dann die Dickleibigkeit von Herrn Galla an, da war die Heiterkeit doch in Ihrer Fraktion selbst ausgesprochen groß, und darauf bezog sich der Mitleidseffekt.

(Abg. Jäger [FDP]: Auch da gibt es ein paar ganz Dicke!)

Er hat ferner, finde ich, in einer ausgesprochen peinlichen Art und Weise platt jede Art von Filzstruktur dementiert. Er hat offenbar einmal während des Studiums das Buch gelesen „Uni-Angst und Uni-Bluff“, und daraus hat er offenbar den Schluß gezogen, daß jedes Nachdenken über gewisse Strukturen und Zusammenhänge, die hinter den Fakten liegen, offensichtlich immer nur Bluff sein könne. Das ist, finde ich, ein bißchen einfach.

Sie haben ferner gesagt, wir hätten doch den überwiegenden Teil des Untersuchungsausschlußberichts

(A) gut gefunden. Wir haben zwar dem Bericht nicht zugestimmt, aber es ist richtig, daß wir die Sachdarstellung, die ja den überwiegenden Teil des Berichts bildet, richtig finden. Kritisiert haben wir, daß natürlich die Quintessenz aus dem Bericht fehlt, und dies sind unseres Erachtens die politischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden müssen, und die strukturellen Veränderungen, die vorgenommen werden müssen, um zu verhindern, daß sich Gleiches wiederholt, deswegen das Minderheitsvotum.

Ich möchte jetzt aber auf den Antrag der CDU zu sprechen kommen, und zwar fordern wir getrennte Abstimmung des Antrags in drei verschiedenen Blöcken. Der erste Block betrifft den Punkt I Ziffern 1 bis 5. Das ist eine allgemeine Sachbeschreibung, die wir in der Form teilen, das finden wir richtig, dagegen haben wir keine Einwände. Der zweite Teil, der getrennt abgestimmt werden soll, ist der Block I Ziffer 6, II und III, hier geht es um personelle Konsequenzen, insbesondere wird hier indirekt der Rücktritt von Herrn Scherf gefordert.

Sie haben hier, meine Damen und Herren von der CDU, eine etwas unklare Formulierung gewählt, es ist nicht so ganz eindeutig, und das deutet für mich darauf hin, daß Sie sich selbst nicht ganz sicher sind, ob man aus der Kritik an Herrn Scherf so weitgehende Konsequenzen ziehen sollte.

(Abg. Klein [CDU]: Wir beanstanden, daß er noch im Amt ist! Deutlicher geht es nicht!)

(B) Ja, gut! Frau Schumann hat in ihren Beiträgen deutlich gemacht, daß wir die Kritik, die vorgetragen wurde an Herrn Scherf, durchaus teilen. Das war sicherlich ein Deal, der da gemacht wurde. Da wurde eine honoräre Lösung gesucht. Das war nicht korrekt, und diese Kritik teilen wir voll und ganz.

Aber ich glaube, bei der Gesamtbewertung der Person Scherf in diesem Zusammenhang muß man doch etwas weiter blicken. Herr Klein, Sie haben in Ihrem Beitrag gesagt, Herr Scherf war ein Strickmeister bremischer Filzokratie. Das interpretiere ich so, er hat den Filz verstärkt und ausgebaut, so würde ich diese Aussage verstehen. Das finde ich falsch, das stimmt nicht. Das Gegenteil hat er meines Erachtens gemacht. Man muß, glaube ich, schon anerkennen, daß er die Dinge ins Rollen gebracht hat, und zwar in einer Situation als Übergangssenator, als er ohne weiteres auch hätte sagen können, was geht es mich an, warum soll ich mir Schwierigkeiten machen, warum soll ich mich da in die Nessel setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, bei aller Kritik an ihm muß man anerkennen, daß er sich da eines schwelenden Problems angenommen hat, eines sehr unangenehmen Problems.

(Abg. Klein [CDU]: Er brauchte das Parlament nicht zu belügen!)

Er hat das sicherlich in einer Form gemacht, die inkonsequent ist. Er wollte die Person Galla entfernen, aber er wollte, sagen wir einmal, sicherlich verhindern, daß die ganze Affäre in vollem Umfang ans Licht kommt. Das ist inkonsequent, und er hat es auch sicherlich in einer Form gemacht, das wurde ja ausführlich dargestellt, die in der Sache unkorrekt war.

(Abg. Welke [FDP]: Rechtswidrig!)

Die Mittel, die er gewählt hat, kann man meines Erachtens nicht gutheißen, aber man sollte bei der Kritik an den Mitteln doch das Ziel nicht völlig aus den Augen verlieren bei einer Gesamtbewertung, und das Ziel war schon, aufzuräumen und einen unhaltbaren Zustand, einen seit Jahren unhaltbaren Zustand in der bremischen Verwaltung zu beseitigen.

(Abg. Klein [CDU]: Der Zweck heiligt nicht alle Mittel!)

Deswegen können wir diesem Teil Ihres Antrags nicht zustimmen!

Es kommt hinzu, daß natürlich, wie wir das mehrfach dargelegt haben, unser Ziel ist, die Strukturen zu verändern, und das Problem ist für uns tatsächlich der Filz. Da reicht es dann nicht, weitere Köpfe rollen zu lassen. Das ist auch keine Lösung, um zukünftig Verfilzung aufzulösen oder zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie machen dann in Ihrem Antrag eine Reihe von konkreten Vorschlägen unter Punkt vier. Punkt vier wäre die dritte Abstimmung zu dem Antrag, der sollte auch einzeln abgestimmt werden!

**Präsident Dr. Klink:** Welcher Punkt vier?

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Römisch vier! Zu den Vorschlägen, die hier gemacht werden: Ich finde es gut, daß man versucht, strukturelle Verbesserungsvorschläge zu machen. Wir haben selbst ja gesagt, wir wollen ein Gesetz zur Vermeidung von Ämterpatronage einbringen, wir denken selbst in diese Richtung nach, insofern unterstützen wir das in der Tendenz. Nur, wenn man sich das konkret ansieht, denke ich, ist das doch ein bißchen mit der heißen Nadel gestrickt, und da gibt es eine Reihe von Problemen im Detail. Deswegen beantrage ich für diesen Punkt IV die Überweisung zur weiteren Beratung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß.

Ich möchte aber ganz kurz noch sagen, wo wir da die Probleme sehen, obwohl wir den Grundansatz natürlich richtig finden. Ich finde es zunächst einmal unzulänglich, daß gesagt wird, Informationen sollen den anderen Parteien auf deren Wunsch zugestellt werden. Ich denke, Information ist auch eine Bringeschuld, nicht nur eine Holschuld. Wir haben des öfteren gehört, daß von Seiten der SPD gesagt wurde,

(A) nun gut, Sie haben ja nicht gefragt nach den Vorlagen. Die Verwaltung soll von sich aus die anderen Fraktionen informieren.

Den Punkt 4.e finde ich wesentlich zu restriktiv. Daß Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes Oppositionsparteien nur mit Zustimmung des Senators informieren sollen, ist meines Erachtens ein umständliches Verfahren. Da würden wir sagen, das soll jederzeit möglich sein.

(Bürgermeister Wedemeier: Ist ja heute auch so!)

Auch Ihre Vorschläge zur Veränderung des Deputationsrechts, finde ich, sind kaum eine Verbesserung. Das geht überhaupt nicht weit genug, daß Deputierte nur mit Zustimmung des Deputationsprechers oder des Stellvertreters bestimmte Auskünfte bekommen sollen. Warum so umständlich? Ich denke, jeder Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft sollte das Recht haben, von jedem Mitarbeiter der Verwaltung jede für seine Tätigkeit notwendige Auskunft zu bekommen, sofern sie nicht irgendwie unter Datenschutz fällt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum hier so umständlich?

Weiterhin machen Sie den Vorschlag, der Petitionsausschuß sollte sozusagen als zweiter Beschwerdeweg neben dem normalen Beschwerdeweg eingerichtet werden. Wir haben ja einen Antifilzbeauftragten vorgeschlagen. Wir sind auch der Meinung, daß der Untersuchungsausschuß gezeigt hat, daß der normale Beschwerdeweg nicht ausreicht, weil in Einzelfällen die Beschwerde gerade dem wieder zugeht, über den jemand sich beschwert hatte, insofern finden wir diesen Vorschlag mit dem Petitionsausschuß ganz interessant. Wir sind nicht begeistert davon, weil wir es richtiger fänden, so eine Art Ombudsmann einzurichten, der die Beschwerde auch vertraulich behandelt. Diese Vertraulichkeit ist beim Petitionsausschuß nicht gegeben.

(Abg. Klein [CDU]: Doch! Kann eingerichtet werden!)

Insofern haben wir da leichte Differenzen.

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, vielleicht noch ein letztes Wort! Ich denke, Sie sollten es sich mit diesen Vorschlägen, die jetzt von der CDU gekommen sind, nicht zu einfach machen, indem Sie einfach sagen, es gibt überhaupt gar kein Problem Filz, also brauchen wir auch nichts zu verändern. Mit dieser Auffassung stehen Sie in Bremen ziemlich allein. Ich denke, es sollte schon das Interesse aller Fraktionen hier im Haus sein, die strukturellen Voraussetzungen zu verbessern, um eine Wiederholung einer solchen Affäre möglichst in Zukunft zu vermeiden, und eine Beratung über die Vorschläge der CDU kann dabei hilfreich sein.

Ich appelliere daher an Sie, machen Sie es sich nicht so einfach, diese Vorschläge jetzt einfach niederzustimmen! Wir sollten versuchen, im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß darüber zu beraten und gemeinsam zu einer konstruktiven Lösung kommen. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Abgeordneter Tiefenbach, bei Ziffer IV insgesamt Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß? Dann ist aber noch eine Lücke in dem Antrag, die Sie noch nicht genannt haben, das ist II Ziffer 4 und III. Was machen wir damit?

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Ich bitte um getrennte Abstimmung in drei Blöcken!

**Präsident Dr. Klink:** Das ist aber der vierte Block!

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Ich nenne einmal die drei Blöcke. Der erste Block wäre I Ziffern 1 bis 4.

**Präsident Dr. Klink:** Eins bis vier? Hier steht fünf!

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Eins bis fünf, Entschuldigung! Der zweite Block wäre Ziffer 6 bis einschließlich III, und der dritte Block wäre IV.

**Präsident Dr. Klink:** Ja, da ist aber noch II. 4 bis III übrig!

(Zurufe von den GRÜNEN und von der CDU)

Nehmen Sie einmal den Antrag zur Hand! Dann sehen Sie, daß der zweite Abstimmungsvorgang von VI bis Ziffer 3 gehen soll. Dann folgt nach dieser Ziffer eine vierte Ziffer, und dann kommt III. Passen Sie auf! In Ziffer III heißt es, „Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Desinfektionsmitteln der Firma verzögert“, und jetzt geht es weiter mit „das Parlament, Stadtbürgerschaft, Öffentlichkeit“. Was soll damit geschehen? In III steht noch, „Die Bürgerschaft (Landtag) kritisiert“, und Sie fangen dann erst wieder an: „Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt zur Vermeidung von Mißständen“!

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN): Über III soll abgestimmt werden, der zweite Block würde beginnen mit I.6, „Die bisherigen personellen Konsequenzen“, und er würde enden mit III letzter Satz.

**Präsident Dr. Klink:** Jetzt ist es klar. Das war aber vorher nicht gesagt worden.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Metz.

Abg. Metz (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mir gegen Ende dieser Debatte das Verhalten der sozialdemokratischen Debattenredner vor Augen führe und noch einmal Revue passieren lasse, dann komme ich zu dem Schluß, Sie sind wieder so weit, daß Sie

(C)

(D)

(A) mauern, Sie wollen es hinter sich bringen um jeden Preis. Auch Herrn Brückner haben Sie halbwegs wieder eingesammelt. Konsequenzen sind über das, was passiert ist, hinaus nicht nötig, denn es gibt keinen Filz. Das sind alles nur Behauptungen. Auch sonst ist wieder alles in Ordnung.

Man muß also keine weiteren Konsequenzen ziehen, man muß auch nach einer solchen Affäre wie während einer solchen Affäre auf ernsthafte Anträge der Opposition nicht weiter eingehen. Man kann das politische Geschäft so betreiben, wie man es in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch betrieben hat, als wäre weiter nichts passiert.

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Herr Koring ist doch darauf eingegangen!)

Ich sage Ihnen, Sie hatten ja in den letzten zwei Jahren so etwas wie Nachdenklichkeit, so etwas wie Schwierigkeiten, so etwas wie einen Schwächeanfall!

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Jetzt haben Sie den!)

Heute habe ich den Eindruck, Sie halten das alles nur für einen Betriebsunfall und haben sich vorgenommen: So etwas kommt nicht wieder vor, daß wir Sozialdemokraten uns noch einmal erwischen lassen und wieder in die Knie gehen. Das ist der Eindruck.

(B) (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde, Herr Dr. Scherf, ich möchte Sie noch einmal ansprechen, Sie kommen in dieser Debatte, ich sage das einmal so, zu gut weg. Ja, das werde ich ja noch sagen dürfen!

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Der Präsident greift übrigens nicht ein! Das wollte ich nur sagen!)

Frau Schumann hat gesagt an die Adresse der SPD, sie habe den Eindruck, geschont werden die, die noch gebraucht werden.

(Abg. Frau D r . S c h u m a n n [DIE GRÜNEN]: Das machen wir im nächsten Untersuchungsausschuß!)

Ich muß an dieser Stelle die GRÜNEN fragen, auch wegen des Abstimmungsverhaltens jetzt gleich: Meine verehrten Kollegen und Kolleginnen von den GRÜNEN, sind Sie der Meinung, daß Sie demnächst unter Umständen insbesondere Herrn Scherf noch brauchen?

Man könnte ein bißchen diesen Eindruck haben. Sehen Sie, es ist doch so: Hier ist unterschieden worden zwischen Personen, von denen man sich trennen kann, und Personen, bei denen man nicht die Kraft aufbringt oder nicht die politische Opportunität, sich von ihnen zu trennen. Von Herrn Bürger-

meister Scherf sich zu trennen haben Sie keine Lust. (C)

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Nein!)

Die Sozialdemokraten, das ist ja die Wirklichkeit, haben nicht die Macht und nicht die Möglichkeit, und auch der Bürgermeister Wedemeier hat in Wirklichkeit nicht die Macht, sich von seinem Stellvertreter zu trennen. Das ist wohl der machtpolitische Hintergrund.

(Beifall bei der CDU — Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Das war schon einmal umgekehrt!)

Nein, nein, Sie wollen es nicht! Wenn man es nicht kann, dann will man es auch nicht.

Ich will auf die Entlassung Gallas doch noch in einem zusätzlichen Punkt eingehen. Zwei Dinge waren ja erforderlich: Frau Schumann, Sie haben gesagt, das sei unüblich gewesen und liege eben an den Bremer Verhältnissen. Das mag ja so sein, daß das an den Bremer Verhältnissen liegt, aber ich finde, man darf in dieser Debatte und in diesem Zusammenhang nicht verdrängen, daß Herr Dr. Scherf einer derjenigen ist, die seit über einem Jahrzehnt mit- und hauptverantwortlich dafür sind, was Sie mit Bremer Verhältnissen meinen.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Dann müßten Sie auch den Rücktritt von Bürgermeister Wedemeier fordern! — Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Das steht nicht in Ihrem Antrag!)

(D)

In diesem Falle, Herr Kollege Dittbrenner, ist es ja so, daß die Entlassung, das Sich-Trennen von Herrn Galla unter zwei Gesichtspunkten erfolgen mußte: Es mußte heimlich passieren, und — das ist wichtig, meine Damen und Herren, um das überhaupt zu verstehen — es mußte einvernehmlich mit Herrn Galla passieren, denn beides war zwingende Voraussetzung dafür, daß man alles unter dem Tisch würde halten können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Dr. Scherf, Sie haben doch diese unübliche Art der Entlassung nicht gewählt, um Schaden abzuwenden im Sinne des Gemeinwohls. Sie haben es doch vor allen Dingen getan, um die vergangenen zehn Jahre nicht hochkommen zu lassen und insofern Ihre Partei nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Sie haben es doch nur deswegen getan!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben es doch nur deswegen getan, weil Sie hofften, das vermeiden zu können, was später durch die Einsetzung des Untersuchungsausschusses dann eben nicht mehr vermieden werden konnte. So ist das doch im historischen Prozeß zu verstehen. Das

(A) heißt, Ihr Verhalten war im Sinne von SPD-Räson selbstverständlich eine gute Tat, aber im Sinne von Staatsräson war es ein Verhalten, das sich ein Landesminister in einem Bundesland in unserer politischen Kultur der parlamentarischen Demokratie nicht leisten kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jäger hat ja angesprochen, in welcher Situation das Land Bremen ist und in welche Diskussionen wir erneut kommen. Ich sage Ihnen, die Freie Hansestadt Bremen kann sich zu keiner Zeit, aber vor allen Dingen auch nicht in dieser Zeit, in der alles wieder in die Waagschale gelegt wird und die Gewichte neu verteilt werden — in dieser Zeit am wenigsten —, einen Landesminister erlauben, der aus Parteiräson die Spielregeln und die Rechtsregeln so eklatant verletzt hat, wie Sie das, Herr Dr. Scherf, nach meiner Überzeugung getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bleibt es mehr als ein Schönheitsfehler, wenn Sie an dieser Stelle, meine Damen und Herren von der SPD, auf halbem Wege stehenbleiben wollen. Herr Koring, die SPD ist für uns und für mich auch nicht, und Sie wissen das auch, der Inbegriff des Bösen.

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Das machen Sie doch selbst, Herr Metz! Lesen Sie doch einmal Ihren Antrag!)

(B)

Aber eines sage ich, eines glaube ich: 45 Jahre Machtausübung verstärken laufend die Tendenz zu Machtmißbrauch, und dafür ist dieses Krankenhaus mit seiner SPD-Affäre ein weiterer schlagender Beweis gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bis heute sind Sie nicht in der Lage, daraus wirklich die Konsequenzen zu ziehen, die man von Ihnen, die Sie alle dem Rechtsstaat verpflichtet sind, eigentlich verlangen muß. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster und bis jetzt letzter Redner erhält das Wort der Abgeordnete Jäger.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das hat sich erledigt durch den Antrag der GRÜNEN zur Geschäftsordnung! Es ging nur um das Abstimmungsverhalten!)

Meine Damen und Herren, dann stelle ich fest, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe als erstes den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/830 in er-

ster Lesung auf. Hier ist von der SPD Überweisung an die Deputation für öffentliches Dienstrecht beantragt worden. (C)

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Öffentlichen Dienst!)

Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/830 an die Deputation für den öffentlichen Dienst seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Überweisung ist damit beschlossen.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/869. Hier ist abschnittsweise Abstimmung beantragt worden, und zwar Teil I eins bis fünf.

Wer diesem Teil seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE GRÜNEN, FDP und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(D)

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dieser Teil ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Teil I sechs bis III einschließlich.

Wer diesem Teil seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

Auch dieser Teil ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zum Antrag auf Überweisung des Abschnitts IV insgesamt.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

(A) Stimmenthaltungen?

(DIE GRÜNEN und FDP)

Damit ist die Überweisung abgelehnt, und wir müßten jetzt über die Sache selbst entscheiden.

Wer dem Teil IV dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. **Alt er m a n n**  
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(DIE GRÜNEN)

Damit ist auch dieser Teil abgelehnt.

Damit ist der gesamte Antrag mit der Drucksachen-Nummer 12/869 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Drucksache 12/844, sowie von den Minderheitenvoten des Vertreters der FDP-Fraktion und der Vertreterin der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 12/855, Kenntnis.

(B) Ich möchte mich auch im Namen des Präsidiums sehr herzlich für die geleistete Arbeit des Untersuchungsausschusses bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir könnten jetzt noch, wenn es geht — —.

(Abg. **D i t t b r e n n e r** [SPD]: Ohne  
Debatte!)

Das sowieso! Ich frage einmal, wir haben heute ja noch vor, die Stadtbürgerschaft ohne Debatte zum Hygienebericht aufzurufen, und wenn es uns gelänge, ich frage einmal, den Rechnungshof-Prüfungsbericht, den wir im Landtag diskutieren wollten und dann in der Stadtbürgerschaft verabschieden wollten, wenn uns das noch gelänge — —.

(Zurufe: Nein!)

Gelingt uns das nicht mehr?

Meine Damen und Herren, dann schlage ich vor, daß wir jetzt die Punkte ohne Debatte aufrufen. Es sind die Punkte 41, 43, 44, 45 und außerhalb der Tagesordnung!

Meine Damen und Herren, dann müßten wir erst einmal der Umstellung der Tagesordnung zustimmen.

Wer damit einverstanden ist, daß wir jetzt die Tagesordnungspunkte entgegen der offiziell ausge-

druckten Tagesordnung, nämlich die Punkte 41, 43, 44, 45 und außerhalb der Tagesordnung abhandeln, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

### **Stand der Übersiedlung von Bürgerinnen und Bürgern aus der DDR nach den Wahlen in der DDR nach Bremen**

Mitteilung des Senats vom 19. März 1990  
(Drucksache 12/820)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

### **12. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

**vom 29. März 1990**

(Drucksache 12/815)

Interfraktionell ist Einigung darüber erzielt worden, den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß zu überweisen. (D)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37 vom 17. April 1990**

(Drucksache 12/845)

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 23. April 1990**

(Drucksache 12/848)

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 39 vom 7. Mai 1990**

(Drucksache 12/865)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden. Wir kommen daher zur Abstimmung.

(A) Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

#### Wahl eines Bremerhavener Mitglieds der Deputation für Jugendhilfe

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der CDU schlägt Herrn Andree Wittke, Wurster Straße 133, 2850 Bremerhaven, anstelle von Herrn Olaf Schwenesen vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(B)

(Einstimmig)

#### Wahl eines Bremerhavener Mitglieds der Deputation für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel

Von der Fraktion der CDU wird anstelle von Frau Erika Veith der Abgeordnete Michael Teiser vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend. (C)

(Einstimmig)

#### Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

Die Fraktion der CDU schlägt Herrn Jürgen Sengstaken, Hafestraße 141, Bremerhaven, anstelle des Abgeordneten Michael Teiser vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit haben wir — —.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Was ist denn mit Punkt 48?)

Dieser Punkt ist, glaube ich, ausgesetzt wegen Bremerhaven. Ich glaube, die CDU wollte den ausgesetzt haben. (D)

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) für heute erledigt. Wir haben noch sehr viele Punkte auf der Tagesordnung belassen müssen, die als Restanten für die nächste Sitzung bleiben.

Ich bitte sehr herzlich darum, erst einmal die Bremerhavener, uns jetzt, wenn es Ihre Zeit erlaubt, nicht zu verlassen! Wir wollen uns ja dann vielleicht noch etwas zu einem gemütlicheren Teil zusammensetzen.

Ich bitte die Mitglieder der Stadtbürgerschaft, auf ihren Plätzen zu bleiben, weil wir ganz kurz die Stadtbürgerschaft noch einmal einberufen!

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 17.32 Uhr)